

kriens

Protokoll

Kriens, 3. November 2022

Sitzungsdatum

Donnerstag, 3. November 2022

Zeit Ort

08:00 Uhr bis 18:00 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Sascha Frevel
Sachbearbeiter

T 041 329 63 09
sascha.frevel@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2022/2023 Protokoll Nr. 3

Anwesend

Präsident

Räto Camenisch

Einwohnerrat

29 Mitglieder

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Protokoll

Sascha Frevel

Entschuldigt

Tomas Kobi, Beat Tanner (Vormittag), Michèle A-
kermann (Nachmittag), Karin Schuhmacher (Nach-
mittag)

Traktanden

- | | | |
|----------------|---|-----------------------|
| 1. | <u>Vereidigung:</u> Bruno Purtschert | |
| 2. | <u>Ersatzwahl in die Kommission für den Rest der Amtsperiode 2020-2024:</u>
KFG – Bruno Purtschert, BRK – Andreas Vonesch | |
| 3. | <u>Mitteilungen / Beschlussfassung Dringlichkeit</u> | |
| 4. | <u>Protokoll Nr. 9 vom 30. Juni 2022 und Nr. 1 vom 1. September 2022</u> | |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Abrechnung Sonderkredit Rutschung Hergiswald | Nr. 123/22 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023-2027 mit Budget 2023 | Nr. 134/22 |
| 6a.
ergänzt | <u>Bericht und Antrag:</u> Verlängerung der Frist zur Behandlung der Gemeindeinitiative «Boden behalten, Kriens gestalten – Bodeninitiative» | Nr. 142/22 |
| 7. | <u>Beantwortung Interpellation Albrecht:</u> Erhöhung der Hort-Tarife sorgt für Aufregung | Nr. 100/22 |
| 8. | <u>Beantwortung Interpellation Meier:</u> Wagenburg | Nr. 109/22 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Solari:</u> Amphibienschutz in Kriens | Nr. 111/22 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Ziemssen:</u> Welche Auswirkungen hat der neue Schwimmunterricht in Kriens? | Nr. 112/22 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Erni:</u> Tempo-30-Zone auf der Zumhofstrasse | Nr. 115/22 |
| 12. | <u>Motion Amrhein:</u> Faire Löhne – Kaufkraft sichern (Zurückgezogen)
<i>Begründung</i> | Nr. 118/22 |
| 13. | <u>Beantwortung Interpellation Ziemssen:</u> Kommt der Systemwechsel vom GSS- zum ISS-Modell an der Sekundarstufe zum richtigen Zeitpunkt für Kriens? | Nr. 119/22 |
| 14. | <u>Postulat Lengwiler:</u> Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED
<i>Begründung</i> | Nr. 122/22 |
| 15. | <u>Postulat Solari:</u> Keine 1. Augustfeier in Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 125/22 |
| 16. | <u>Postulat Koch:</u> Mattenhofkreisel soll Kreisel bleiben – damit es weiterhin rund läuft!
<i>Begründung</i> | Nr. 126/22 |

17.	<u>Bericht Postulat Kobi:</u> Velo- und Fussgängerfreundliche Baustellen-Signalisation in Kriens	Nr. 098/22
18.	<u>Postulat Kobi:</u> Weniger Schottergärten mehr Grünflächen in Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 129/22
19.	<u>Motion Portmann:</u> Quartierentwicklungsbericht für alle Krienser Quartiere <i>Begründung</i>	Nr. 137/22
20.	<u>Fragestunde</u>	

Die Pausen sind von 09:40 Uhr bis 10:00 Uhr und von 15:40 Uhr bis 16:00 Uhr vorgesehen

Neueingangsliste

Nr. 139/22	Dringliche Interpellation Portmann: Welche Form der Gemeinnützigkeit gilt bei der Billettsteuer? Eingang: 13. Oktober 2022
Nr. 140/22	Interpellation Zosso: Verkehrs- und Sozialräumliche Planung Luzern Süd – Welche Priorität und wie funktioniert die Zusammenarbeit? Eingang: 13. Oktober 2022
Nr. 141/22	Interpellation Seger: Auch Kriens muss die Wirksamkeit überprüfen. Eingang: 14. Oktober 2022
Nr. 142/22	Bericht und Antrag: Verlängerung der Frist zur Behandlung der Gemeindeinitiative «Boden behalten – Kriens gestalten». Eingang: 14. Oktober 2022
Nr. 143/22	Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt!». Eingang: 25. Oktober 2022
Nr. 144/22	Postulat Stofer: Schachen- Amlehnstrasse: Tempo-30 jetzt! Zur Sicherheit des Veloverkehrs. Eingang: 25. Oktober 2022

Räto Camenisch begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Entschuldigt hat sich Tomas Kobi, Beat Tanner (Vormittag), Michèle Akermann (Nachmittag), Karin Schuhmacher (Nachmittag)

Die Pausen sind von 09:40 Uhr bis 10 Uhr und von 15:40 Uhr bis 16:00 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

Im Anschluss der Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Mitteilungen

Christine Kaufmann-Wolf informiert, dass der Kantonsrat mit einer grossen Mehrheit Ja zu der Sanierung der Obernauerstrasse gesagt hat.

1. Vereidigung

Räto Camenisch bittet Bruno Purtschert zu sich nach vorne. Auch bittet er die Anwesenden, sich zu erheben. Bruno Purtschert legt den Eid ab. Er wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

2. Ersatzwahl in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2020-2024

Ersatzwahl in die KFG für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

ausgeteilte Wahlzettel:	28
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

gewählt in die KFG ist:
Bruno Purtschert, Die Mitte 27

Ersatzwahl in die BRK für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

ausgeteilte Wahlzettel:	28
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

gewählt in die BRK ist:
Andreas Vonesch, Die Mitte 27

3. Mitteilungen / Beschlussfassung Dringlichkeit

Die Geschäftsleitung hat neu das Traktandum 6a verlängern der Frist zu Behandlung der Gemeindeinitiative Boden behalten – Kriens gestalten. Bodeninitiative 142/22 hinzugefügt und den Einwohnerrat darüber in Kenntnis gesetzt. Die ergänzte Traktandenliste ist zusammen mit dem entsprechenden B+A im Internet aufgeschaltet.

Mitteilung des Einwohnerratspräsidenten:

Die Geschäftsleitung wird am Ende der heutigen Sitzung entscheiden, ob die Reservesitzung vom 24. November 2022 durchgeführt werden muss.

Es ist ein dringlicher Vorstoss eingegangen und es handelt sich dabei um die dringliche Interpellation Portmann: Welche Form der Gemeinnützigkeit gilt bei der Billetsteuer? Die Begründung der Dringlichkeit liegt schriftlich vor. Der Dringlichkeit wird nicht opponiert und deshalb wird das Traktandum nach den B+A's behandelt.

4 Protokoll Nr. 9 vom 30. Juni 2022 und Nr. 1. Vom 1. Sept.

Die Protokolle konnten noch nicht abschliessend bereinigt werden, deshalb wird die Genehmigung der Protokolle auf die Sitzung vom 15. Dezember 2022 verschoben.

5. Bericht und Antrag Sonderkredit Rutschung Hergiswald

Gemäss Matthias Erni stellt die KBVU ein einheitliches Eintreten von allen Parteien fest und dankt dem Stadtrat für die Erarbeitung von dieser Abrechnung. Man ist erfreut, dass der Kredit nicht überschritten wurde und das Projekt im vorgegebenen Rahmen abgeschlossen wurde. Inhaltlich gibt es zu dieser Abrechnung nicht viel zu diskutieren. Grundsätzlich besteht Einigkeit. Man ist erstaunt, welche hohen Kosten auf Kriens zukamen. Insofern muss in Zukunft mit weiteren Gefahren gerechnet werden. Die KBVU wird daher an diesem Thema dranbleiben und sich um die Gefahrenlage informieren lassen. Die KBVU dankt allen Beteiligten für diesen sorgfältigen Bericht und empfiehlt ihnen diesen einstimmig zur Annahme.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung bei der Abteilung und dem verantwortlichen Departement für Abrechnung, insbesondere aber auch für die erfolgreiche Umsetzung des Bauprojekts. Da das Geschäft in zwei Kommissionen behandelt wurde, hat sich die KFG vor allem den finanziellen Aspekten der Abrechnung gewidmet. Die Bauabrechnung wurde bereits von Kanton und Bund geprüft. Ebenfalls wurde deren Vollständigkeit und Richtigkeit durch die Revisionsstelle Truvag bestätigt. Die Bauabrechnung zeigt die Aufgaben und ihre Kosten im Vergleich zu den für den Sonderkredit beantragten Positionen. Zum Zeitpunkt der Kreditstellung führten viele unbekannte Faktoren zu einer vorsichtigen Budgetierung. Ein Grund dafür war auch die Tatsache, dass die Subventionsgeber – Bund und Kanton – ein Kostendach verlangten. Diese vorsichtige Budgetierung war angebracht und führt nun im Resultat zu Kostenunterschreitungen. Die finanzielle Planung und das daraus resultierende Ergebnis mit einer Einsparung von Fr. 125'436.00 beim Anteil Kriens ist somit erfreulich, und dies trotz der Unsicherheiten zu Beginn des Unterfangens. Die Abrechnung des Sonderkredits als Bauabrechnung kann somit aus ihrer Sicht genehmigt werden. Sämtliche Fraktionen waren dann auch für Eintreten. Die KFG hat sich im Rahmen der Diskussion im Speziellen für die Folgekosten, deren Subventionsfähigkeit aber auch den grundsätzlichen Umgang mit Natur-Risiken aus finanzieller Sicht interessiert. Was die Folgekosten der Hergiswald Sanierung genau sind, konnte noch nicht aufgezeigt werden ebenso, ob solche Kosten subventionsberechtigt sind. Dies ist Gegenstand weiterer Abklärungen. Für Naturrisiken sei aus heutiger Sicht in der Finanzplanung eher wenig eingestellt. Der Stadtrat erläuterte, dass für die Kunstbauten ebenso ein Bauinventar gemacht werde wie dies für die Immobilien erfolgt ist. So können grundsätzlich Zustände besser dokumentiert und auch Investitionsplanungen gemacht werden. Zusammenfassend freut sich die KFG über das Resultat der Bauabrechnung und bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die erfolgreiche Umsetzung.

Ordnungsantrag

Viktor Bienz stellt den Antrag, dass man direkt zum Beschlusstext kommt. Es haben alle Kommissionen einstimmig angenommen und alle Fragen konnten gestellt werden.

Abstimmung über den Ordnungsantrag Bienz

Ordnungsantrag wird mit 18 zu 6 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Enthaltung
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Enthaltung
Portmann Michael	Ja
Purtschert Bruno	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Enthaltung
Zosso Cyrill	Ja

Räto Camenisch hält fest, dass bei dem Ordnungsantrag auch das Eintreten beinhaltet war.

Karin Schuhmacher Bürgi liest den Beschlusstext. Der Einwohnerrat der Stadt Kriens nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr. 123/2022 des Stadtrates Kriens vom 24. August 2022 und gestützt auf § 29 Abs. 1 lit. a. der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 betreffend Abrechnung Sonderkredit Rutschung Hergiswald beschliesst: Die Abrechnung Sonderkredit Rutschung Hergiswald im Betrag von Fr. 2'492'352.70 wird genehmigt. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlusstext:

Beschlusstext wird mit 27:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja

Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Purtschert Bruno	Ja
Rüegg Beat	Ja
Sege Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

6. Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023-2027 mit Budget 2023

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der KFG beim Stadtrat und der Verwaltung für die Erstellung des umfassend ausgearbeiteten Dokuments zum Bericht und Antrag. Die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung hat sich letzten Mittwoch in einer mehrstündigen Sitzung intensiv mit dem AFP 2023 – 2027 und insbesondere aber mit dem Budget 2023 auseinandergesetzt. Anwesend waren der gesamte Stadtrat, die Stadtschreiberin sowie der Abteilungsleiter Finanzdienste. Die Diskussion war eine Herausforderung da die Positionen der Fraktionen bisher diametral auseinander gingen. Bürgerlich will keine Steuererhöhung und Kosten sparen, aber auch ein klares Reglement, die Mitte will die Steuererhöhung und Kosten sparen vor allem aber die Investitionen eingrenzen und die Linke will die Steuererhöhung, keine zusätzlichen Kosten sparen und Investitionen ermöglichen. Alle wollen zwar dieselbe Gesundung der Krienser Finanzen, aber alle auf einem anderen Weg. Zusätzlich besagte der letztjährige Kontrollbericht der KFG, dass die KFG das Budget 2022 als vertretbar betrachteten, sofern der Stadtrat für das Jahr 2023 ein ausgeglichenes Budget vorlegt. Nun, der Stadtrat hat dies nicht gemacht und somit den Kontrollbericht der KFG nicht berücksichtigt. Dies wäre eigentlich alleine schon ein Grund, das Budget im Namen der KFG zurückzuweisen und ein ausgeglichenes Budget zu verlangen. Also, eine herausragende Ausgangslage um gemeinsam eine konstruktive Lösung zu finden. Nun denn, die KFG hat sich auf den Weg gemacht Varianten ausgearbeitet und glaubt einen mehrheitsfähigen Ansatz gefunden zu haben. Ein Ansatz der einen Weg aus der verkorksten Situation aufzeigen kann. Martin Zellweger hofft, dass es ihm gelingt dem Einwohnerrat im Namen der KFG diesen Weg zu erklären und zu begründen und die Einwohnerratsmitglieder dazu zu gewinnen. Was ist die aktuelle Ausgangslage: Ohne einen minimalen Konsens der ER-Fraktionen wird wahrscheinlich jede Lösung zum politischen Misserfolg: Eine Rückweisung des Budgets resp. AFPs oder auch eine Ablehnung würde wertvolle Zeit kosten, höchstwahrscheinlich in einer ähnlichen Neulösung enden die zu keinem Konsens des Einwohnerrats führt. Eine Annahme und damit eine Steuererhöhung, egal ob in einer ersten oder zweiten Version kommt vor das Volk und gelangt erst im März zu einer Abstimmung. Zu heutigen Zeitpunkt, nach der 66 % Ablehnung im 2021 und im aktuellen politischen Spannungsfeld ist eine Ablehnung eine grosse Wahrscheinlichkeit. Alles in allem würde Kriens wieder in einem Budgetlosen Zustand enden, womöglich wieder vom Regierungsrat fremdbestimmt, wieder den Ruf schürend, dass die Krienser Politik nicht zu einer Lösung fähig ist. All –dies will der Einwohnerrat verhindern und all dies hat die KFG nach mehrstündiger konstruktiver Diskussion zur Definition eines Antrags bewegt, welcher letztendlich von der KFG dem Einwohnerrat empfohlen wird. Die KFG ist überzeugt, dass dies eine der aktuellen Situation entsprechende Lösung darstellt, welche den Einwohnerrat zu einem Konsens und Kriens weiterbringen kann. Dieser Vorschlag setzt sich aus folgenden Eckpfeilern zusammen: Kriens verzichtet auf eine Steuererhöhung im 2023 um dem hohen Risiko einer Ablehnung durch das Stimmvolk vorzubeugen und dafür eine alternative Lösung zu zeigen. Kriens erhöht die Steuererträge im Budget 2023 moderat und reagiert damit auf die Ertragsentwicklung der Jahre 2021 und 2022 und verhält sich immer noch defensiver als vom Kanton empfohlen. Kriens verzichtet auf zusätzliche Sparmassnahmen um nicht weitere Opposition zu fördern und den verantwortungsvollen, wirtschaftlichen Umgang der Exekutive und der Verwaltung mit den Ressourcen zu betonen. Kriens akzeptiert ein Verlustbudget, im Wissen, dass das

Ertrags- und Sparpotential im 2023 durchaus auch eine positivere Entwicklung zeigen könnten. Kriens reduziert im Gegenzug zum grösseren Verlust die Nettoinvestitionen und stellen damit sicher, dass der Selbstfinanzierungsgrad wie gefordert über 80 % zu liegen kommt, so wie budgetiert. Dies im Wissen, dass der Investitionsumfang in den letzten Jahren sowieso nie gemäss Budget umgesetzt werden konnte. Diese Lösung zeigt verschiedene Vorteile. Sie baut politische Hindernisse zur Konsensfindung ab, nämlich durch keine Steuererhöhung, aber auch keine zusätzlichen einschränkenden Sparmassnahmen. Sie erfüllt den geforderten Selbstfinanzierungsgrad. Sie berücksichtigt die Ertragsentwicklung der Krienser Steuererträge im 2021 und 2022 und geht somit agil auf die aktuelle Realität ein. Sie lässt uns weiterarbeiten und verhindert ein monatelanges, politisches Hickhack, eine Volksabstimmung mit wahrscheinlicher Ablehnung, einen budgetlosen Zustand und viel Unmut in der Politik, in der Bevölkerung und in der Verwaltung. Die Lösung lässt der Verwaltung bzw. dem Einwohnerrat auch Zeit das Finanzhaushaltsreglement fertigzustellen, so dass eine später möglicherweise trotzdem notwendige Steuererhöhung in geregelterm Rahmen stattfinden könnte und damit möglicherweise einen erweiterten Konsens finden würde. Der Einwohnerrat kennt bis dahin wahrscheinlich auch den Wirkungsbericht des Kantons bezüglich des AFR 18. Martin Zellweger appelliert an den Einwohnerrat, dass dieser Weg Kriens heute weiterbringen und die Krienser Politik beweisen kann, dass sie im Konsens zu Lösungen bereit ist. Der Einwohnerrat schuldet dies der Krienser Bevölkerung und der Belegschaft der Krienser Verwaltung. Martin Zellweger hofft den Einwohnerrat heute für den Vorschlag der KFG gewinnen zu können. Er ist überzeugt, dass man damit ein positives Signal von Kriens nach Kriens senden kann. Neben der intensiven Diskussion um diesen Vorschlag, hat sich die KFG während der Detaildiskussion mit verschiedenen Themen befasst, hat letztendlich aber die Diskussion der Details unterbrochen um die vorher beschriebene Lösung zu erarbeiten. Einen Antrag wird die KFG jedoch noch gesondert stellen aber natürlich in den Gesamtantrag einrechnen. Die KFG überweist mit einem Stimmenverhältnis von 7:1 eine zusätzliche Lohnanpassung der Verwaltungslöhne von 0.5 % auf insgesamt 1.5 %. Damit reagiert die KFG auf die aktuelle Teuerungsentwicklung. Die KFG beantragt dies jedoch nicht als generellen Teuerungsausgleich, sondern überlässt es der Exekutive dies generell und individuell anzuwenden. Der Vorschlag von Grünen/GLP-Fraktion von 2 % wurde von der KFG per Stichentscheid abgelehnt. Den gesamten Antrag wird Martin Zellweger offiziell in der Detailberatung auf Seite 8 mit Details und Werten präsentieren und begründen. Detailberechnungen werden an dieser Stelle auch vom Stadtrat zur Verfügung gestellt. Dort wird auch ein erstes grundsätzliches Eintreten (zum Antrag) mit Diskussion und Stellungnahme stattfinden. Er wird danach einen Antrag für eine Konsultativabstimmung stellen. Danach werden die Einzelkomponenten des Antrags auf den Seiten 15 (Globalkredit), 27 (Lohnanpassung) und 109 (Fiskalertrag) gestellt. Letztendlich ist der anzupassende Beschluss text massgebend. Martin Zellweger dankt für eine wohlwollende Prüfung von diesem Vorschlag und freut sich auf eine konstruktive, Lösungsorientierte Diskussion.

Laut Raoul Niederberger hat sich die KBSG mit dem B+A auseinandergesetzt. Sie haben sich usanzgemäss auf den Teil, welchem dem Aufgabenbereich der KBSG zugewiesen ist. Dies sind die Globalbudgets vom Sozialdepartement und vom Bildungs- und Kulturdepartement. In der Eintretensdebatte haben alle Fraktionen auf die weiterhin schwierige finanzielle Lage der Stadt Kriens hingewiesen. Der Vorredner hat dies bereits sehr detailliert ausgeführt. Die Fraktionen waren sich nicht einig, wie man aus dieser Situation wieder rauskommt. Es ging um Sparübungen vs. Steuererhöhung. Es bestand jedoch eine Einigkeit über das Eintreten. Im Anschluss standen auch die Abteilungsleiter zur Seite und konnten verschiedenste Fragen beantworten. Raoul Niederberger verweist hier gerne auf das Protokoll der KBSG. Generell ausgeführt, haben sich viele Fragen um Kosten- und Mengengerüste gedreht, bei welchen grössere Abweichungen zu den vorgängigen Budgets festgestellt wurden. Anträge wurden in der KBSG keine gestellt. In der Schlussabstimmung hat die KBSG mit 5 zu 3 Stimmen empfohlen den Beschlusstext mit dem Blick auf die von ihnen geprüften Globalkredite anzunehmen.

Matthias Erni dankt im Namen der KBVU allen Beteiligten für die Erarbeitung von diesem AFP mit Budget 2023. Die KBVU hat sich intensiv mit den Bau-relevanten Themen in diesem B+A auseinandergesetzt. Schnell wurde klar, dass keine Partei so richtig hinter einem unausgeglichenen Budget stehen kann. Insbe-

sondere in den Bereichen Bau- und Umwelt stehen wichtige Investitionen an, die langfristig gesichert werden müssen, damit Kriens seine Infrastruktur aufrechterhalten kann. Insbesondere im Bereich der Naturkatastrophen, wie das vorherige Traktandum gezeigt hat. So hat auch die Kostenübernahme der Sanierung vom Bellenweiher und der Erhalt der Staumauer für Diskussionen gesorgt. Im Bereich vom Verkehr gibt es innerhalb vom Budget jedoch auch Investitionen, welche in der KBVU für Diskussionsstoff gesorgt haben. Die Grüne/GLP-Fraktion haben in der KBVU eine Lohnanpassung für alle Angestellten von 2.0 % beantragt. Der Antrag fand keine Mehrheit und wurde mit 3 Ja zu 4 Nein abgelehnt. Die Mehrheit von Mitte, FDP und SVP war der Meinung, dass dieser Antrag in der KFG gestellt werden sollte und sich die KBVU mit Bau-relevanten Themen auseinandersetzen sollte. Ein zweiter Antrag ist zum Gesamtverkehrskonzept zur Debatte gestanden. Die FDP beantragte der KBVU den Stadtrat zu verpflichten die Massnahmen im GVKK für zwei Jahre zu sistieren. Der Argumentation, dass es sich in der schwierigen Finanzlage um nicht zwingend nötige Investitionen handelt, ist der FDP einzig die SVP gefolgt. Die Mehrheit aus Mitte, SP und Grüne hat den Antrag der FDP abgelehnt. So hat es nach der angeregten Detailberatung auch nicht überrascht, dass alle Parteien einstimmig das Budget ablehnen. Über die letzten Änderungen vom Stadtrat, die Sie gestern in ihrem E-Mail-Postfach finden konnten, konnte die KBVU leider nicht beraten. Erstaunt nahm die KBVU Kenntnis, dass weniger als 24 Stunden vor der Beratung im Einwohnerrat Änderungen am AFP vorgenommen werden. Die KBVU ist zuversichtlich, dass Kriens nun keinen Stillstand verursachen und nun alle gefordert sind, ein ausgeglichenes Budget anzustreben. Damit die Infrastruktur auch in Zukunft leistungsfähig bleibt.

Cyrill Zosso dankt im Namen der Grünen/glp-Fraktion für die grosse Arbeit, welche in diesem Dokument steckt. Die Fraktion empfindet das vorliegende Budget als ehrlich. Es zeigt auf, wo Kriens als Stadt steht und die Fraktion anerkennt auch die Anstrengungen vom Stadtrat, welche aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion klar in die richtige Richtung geht. Kriens befindet sich auf dem Weg zu ausgeglichenen Stadtfinanzen. Im Budget sind keine Beschönigungen durch zu hohe Budgetierungen von Steuereinnahmen oder zu optimistische Korrekturen aufgrund von Vorgängerjahren. Weiterhin sind massive Sparanstrengungen im Budget, welche sich aufgrund von der Korrektur von Steuereinnahmen von 2020 auf 2021 auch in diesem Jahr wieder niederschlagen. Damals wurde eine Korrektur von sechs Millionen vorgenommen und das muss im Hinterkopf behalten werden. Die Kürzung der Betreuungsgutscheine laufen weiter, die Klassen sind weiterhin stark besetzt, wenn nicht überbesetzt und die Verwaltung beinahe durchgehend unterdotiert. Die Grüne/glp-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass ein Vergleich aufgezeigt wird, wo die Stadt Kriens steht. Das Budget zeigt auch einmal mehr ein massives Kostenwachstum. Eindrücklich sei jedoch nicht einfach das Kostenwachstum per se, sondern wo dieser stattfindet. Das Kostenwachstum ist nicht hausgemacht, sondern wird der Stadt Kriens im grössten Teil von extern aufgeladen. Das Kostenwachstum sei nicht auf die legere Budgetdisziplin in der Stadtverwaltung zurückzuführen. Die Grüne/glp-Fraktion empfindet es als negativ, dass nicht der gesamte Schuldenaufbau aufgezeigt wird. In der Infrastruktur werden weiterhin Schulden aufgebaut, welche auf Kriens zurückfallen werden. Man sehe dies zum Beispiel bei den Immobiliendiensten, welche keine der aufgeführten Kennzahlen einhalten können. Es benötigt nur einen kleinen Schritt um Schulden abzubauen und zwar mit einem Zehntel Steuererhöhung. In gewissen Herzen und Köpfen, sei sogar ein Zwanzigstel Steuererhöhung zu viel. Kriens kommt somit zu dem genannten KFG-Antrag. Aus den Ausführungen, welche vorher vorgetragen wurden, gehe klar hervor, was die Grüne/glp-Fraktion vom Antrag haltet. Es sei ein schönes Budget, jedoch auch ein Spiel mit dem Feuer, denn man weiss nicht welche Mehrkosten auf Kriens zukommen. Aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion werden auch Probleme aufgeschoben, denn das strukturelle Defizit bleibt. Es sei unklar wie das Budget mit dem Finanzhaushalt vereinbart werden soll. Die Fraktion sei jedoch gespannt und sieht, dass sich auch die anderen Fraktionen massiv verbiegen. Einerseits probiert man dem Personal einen gewissen Teuerungsausgleich zu ermöglichen. Der Vorschlag wäre gegebenenfalls Mehrheitsfähig und es wird auch ohne weitere Sparanstrengungen ein negatives Budget akzeptiert. Das Ziel sei, dass Kriens zeigen kann, dass es selber handlungsfähig und auch konsensfähig bleibt. Für eine Mehrheit der Fraktion sei klar, dass mit diesem Antrag Probleme aufgeschoben werden. Somit ist die Grüne/glp-Fraktion für Eintreten auf das Stadtratsbudget, hat aber zum Antrag der KFG keine geschlossene Haltung. Cyrill Zosso hat hier noch eine persönliche Notiz. Er wird den Antrag der KFG unterstützen. Martin Zellweger hat ausgeführt, dass man sich von den Diskussionsverabschiedet hat auf der Suche nach einem gemeinsamen Budget. Man hätte das Budget

auch einfach den Bach herunterschicken können. Niemand kann so 100 % dahinterstehen und dies sei in der Politik immer der Fall. Er hört immer wieder viele Kolleginnen und Kollegen ausserhalb vom Rat, welche sagen, dass sie nicht in die Politik können, weil sie hinter keiner Partei zu 100 % stehen. Genau das gehört zu der Politik. Der Stadtrat hat ein Budget vorgelegt, welches ebenfalls eine Kompromisslösung war. Cyrill Zosso findet der Einwohnerrat muss diese seriös diskutieren und zusammen mit dem Stadtrat nach weiteren Lösungsvorschlägen suchen. Es stellt sich für Cyrill Zosso die Frage, wie man Kriens gemeinsam gestalten möchte. Dafür benötigt es von jedem Einzelnen einiges an Überwindung, um diesem Antrag zuzustimmen. Einige finden es nicht nachhaltig und andere müssen ein rechtes Defizit schlucken. Diese Diskussion wird alle Jahre wieder auf Kriens zurückkehren. Sollte Kriens für die Jahresrechnung 2023 wieder ein massiv negatives Resultat einfahren, wird sich Cyrill Zosso 2024 klar für die nötige Steuererhöhung einsetzen. Somit sei Cyrill Zosso gespannt auf die weitere Debatte und was der Einwohnerrat gemeinsam erreichen kann.

Gemäss Martin Zellweger bedankt sich auch für die SVP-Fraktion bei allen involvierten Stellen und Verantwortlichen für die Ausarbeitung des umfassenden Werks. Mit 176 Seiten die bisher grösste Ausgabe. Es werden dem Einwohnerrat viele wichtige Informationen zur Verfügung gestellt, trotzdem muss man darauf achten die wesentlichen Eckpunkte politisch zu steuern und sich nicht in der Diskussionsdiskussion zu verfangen. Insofern gefällt ihnen der Vorschlag der KFG, auch wenn er nicht in allen Punkten ihrem Wunschweg entspricht. Grundsätzlich wird das Budget wie vom Stadtrat vorgelegt von ihnen nicht unterstützt. Eine Steuererhöhung mit dem Ausweis eines Verlusts von 1.4 Millionen Franken ist ein No-go. Was die Steuererträge anbelangt, weiss inzwischen der ganze Einwohnerrat, dass wie von ihnen im 2021 aufgezeigt das Resultat 2021 mit 1.95 Steuereinheiten dem Betrag eines Budgets mit 2.0 Einheiten entsprach. Die Steuererträge 2022 fallen ebenfalls massiv höher als budgetiert aus und deuten auf ein weitaus weniger schlechtes Resultat als budgetiert hin. Die Finanzstrategie auf der Ertragsseite ist eigentlich vollumfänglich erfüllt. Zusätzlich erhält der Einwohnerrat einen Ressourcenausgleich, welcher in der Finanzstrategie so nicht eingeplant war und ebenfalls einen weiteren Steuer-Zwanzigstel kompensiert. Vor diesem Hintergrund - nach einer 66 % Ablehnung des Krienser Stimmvolks im 2021- jetzt schon wieder mit einer weiteren Steuererhöhung aufzuwarten, würde Kriens einen weitaus grösseren Flurschaden anrichten, als mit den vermeintlichen 2 Millionen Franken erreicht werden könnten. Was die Ausgaben anbelangt wird die Finanzstrategie ihrer Meinung nach noch nicht umgesetzt. In den Jahren 2020/2021 umgesetzte Entlastungsmassnahmen wurden bereits im 2022 wieder rückgängig gemacht und auch im Budget 2023 werden Ausgaben wieder aufgestockt. Ein Hin und Her, dass nicht der Strategie folgt und auch zu Unglaubwürdigkeit führt. Die Fraktion verwundert die Aussage des Stadtrats in seiner Würdigung auf Seite 3: *«das Volk zeigte uns im Jahr 2022 klar auf, dass sie nicht bereit sind auf Leistungen zu verzichten.»* Woher stammt diese Aussage? Es ist klar, dass die direkt Betroffenen nicht erfreut über eine Sparmassnahme reagieren und sich ablehnend dazu äussern, aber das ist nicht die gesamte Volksmeinung. Zu dieser Aussage gibt es also keine Evidenzen, ganz im Gegensatz zur deutlichen Volksmeinung zu einer Steuererhöhung mit dokumentierten 66 %. Die Fraktion versteht nicht, dass diese Aussage nicht mindestens ebenso prominent vom Stadtrat in seiner Würdigung genannt wird. Die budgetierten Steuererträge sind für sie im Budget defensiv gut eingeplant. Sie glauben durchaus, dass auch mehr reinkommen wird. Es ist aber richtig nicht zu hoch zu gehen um dadurch nicht einer Ausgaben-euphorie zu Verfallen und Kosten auszubauen, welches in der Vergangenheit so gemacht wurde. Im Wissen jedoch, dass das Potential-zum-besser werden aufgrund der ausgewiesenen Entwicklung sehr gross ist, würde die SVP-Fraktion diesmal ein Verlustbudget, aber ohne Steuererhöhung, in Kauf nehmen. Eigentlich würden sie weitere Entlastungsmassnahmen beantragen, in der Grössenordnung von 1 % des Globalbudgets. Es gibt immer noch genügend Potential dazu. Sie würden darauf verzichten, sollte sich eine Lösung auf Basis des KFG Antrags ergeben. Einer Steuererhöhung wird die Fraktion in keinem Fall zustimmen, d.h. den Beschlusstext ohne weitere Entlastungsmassnahmen mit Steuererhöhung wird von ihnen abgelehnt. Nicht nur die vorangehende Argumentation führt sie dazu. Auch das Wissen, dass der Bürger im kommenden Jahr von steigenden Lebenskosten aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage gebeutelt wird. Nicht alle kriegen einen Teuerungsausgleich wie gerne argumentiert wird. Die wirtschaftliche Situation ist für die Fraktion ein weiterer Grund für die Ablehnung einer Steuererhöhung. Sie sind jedoch zuversichtlich, dass auch die anderen Fraktionen einen Schritt machen resp. über ihren Schatten springen – wie auch sie das machen müssten - um der Empfehlung der KFG zu folgen. Der Einwohnerrat hat die

Chance einer Lösung gemeinsam zuzustimmen, wenn das alle machen. Die SVP-Fraktion ist für eintreten und wird den Antrag der KFG unterstützen. Den Beschlusstext werden sie, je nach Diskussionsverlauf ablehnen, wenn er sich nicht ändern lässt oder unterstützen, wenn die Mehrheit der KFG folgt.

Jörg Ziemssen bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion beim Stadtrat sowie bei der Verwaltung für die intensiven Arbeiten rund um die Erstellung dieses Aufgaben- und Finanzplans 2023 – 2027 mit Budget 2023. Dieser Bericht und Antrag entspricht erneut klar nicht den Vorstellungen der FDP-Fraktion. Grundsätzlich müsste dieses Budget zurückgewiesen werden. Der Auftrag der KFG-Kommission im letzten Jahr war klar. Es ist ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Die FDP ist für das Eintreten zum Bericht und Antrag. Die FDP lehnt aber das dem Einwohnerrat vorgelegte Budget 2023 ab. Eine Steuererhöhung kumuliert mit einem Verlust bzw. einer weiteren Verschuldung ist aus Sicht der FDP nicht vertretbar. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist es dies auch nicht für die Krienser Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Sie nehmen den AFP 2023 – 2027 ablehnend zur Kenntnis. Jörg Ziemssen dankt dem KFG-Präsidenten Martin Zellweger für seine Ausführungen. Die FDP sieht positive Ansätze beim durch die KFG-Mitglieder erarbeiteten Kompromiss-Vorschlag. Der konkordante Stadtrat wusste genau wie sich die Finanzlage präsentierte, als sie ihre Wahl annahm. Anstelle die ersten beiden Jahre ihrer Tätigkeit die Finanzen zu konsolidieren, will er unverändert mit hohem Tempo und Ausgabenwachstum den Krienser Lebensraum erhalten und gestalten. Diese Gestaltungs-Einstellung sei grundsätzlich lobenswert, aber aus finanzieller Sicht kommt dies zur falschen Zeit. Nun erachtet es die FDP als sehr sinnvoll, zwei Jahre zu konsolidieren und sich auf das wichtigste zu konzentrieren. Dieses Vorgehen erlaubt Kriens die Finanzen wieder in die richtige Richtung zu bringen. Wie bereits im Vorjahr, ist die FDP auch in diesem Jahr sehr enttäuscht, dass der konkordante Stadtrat seine Bescheidenheit vermissen liess. Für die FDP ist es zu früh, bereits mit dem Budget 2023 die Ausgaben um mehrere Millionen zu steigern. Aus ihrer Sicht sind nicht all diese budgetierten Mehrausgaben gebunden und zu diesem Zeitpunkt nötig. Es wird hier nicht über ein Sparpaket gesprochen. Nur schon etwas weniger «Mehr» hätte zu einem ausgeglichenen Budget geführt. Kriens budgetiert rund Fr. 7'000'000.00 Mehreinnahmen (Fr. 4'000'000.00 bei den Fiskalerträgen und aus dem Ressourcenausgleich erhält Kriens Fr. 2'100'000.00 mehr). Trotz diesen hohen Mehreinnahmen resultiert ein Verlust von Fr. 1'400'000.00. Welche Strategie verfolgt der konkordante Stadtrat eigentlich bei den Finanzen? Für Jörg Ziemssen ist kein roter Faden für eine nachhaltige Gesundung ersichtlich. Es werden immer wieder Steuererhöhungen geplant und Mehrausgaben budgetiert. Hinzu kommt, dass er die Bevölkerung mit Sparmassnahmen verärgerte. Diese machte er nun wieder rückgängig und der Imageschaden bleibt zurück. Wird wirklich an den richtigen Stellschrauben gedreht? Die FDP-Fraktion ist unverändert überzeugt, dass beim Prozess der Budgetierung, dem Controlling sowie beim Umgang mit Kreditüberschreitungen noch sehr viel Optimierungspotenzial besteht. Es braucht aber auch der Wille, das Nötige vom Wünschbaren zu trennen und Prioritäten zu setzen. Dieser Wille sehen sie in diesem Budget nicht. Hier kämen noch weitere Ausführungen zum Budget 2023. Jörg Ziemssen verzichtet auf diese und kommt auf den bereits erwähnten Budget-Kompromiss aus der KFG zu sprechen. Jörg Ziemssen steht zu diesem Kompromiss-Vorschlag. Beeindruckt hat ihn an der KFG-Sitzung die Diskussionen, wie dieser Vorschlag erarbeitet wurde. Er habe diesen Kompromiss auch in seiner Fraktion positiv vertreten. Die KFG wollte, dass dieser eine parlamentarische Mehrheit findet und so auch negative Schlagzeilen der Stadt Kriens vermeidet. Für diesen Kompromiss wählt Jörg Ziemssen den Arbeitstitel «Hoffnung – Vertrauen – Erwartung». Was ist unter Hoffnung zu verstehen. Der Fore-Cast für die Jahresrechnung 2022 sieht sehr gut aus. Insbesondere, dass die Steuererträge beim laufenden Jahr besser ausfallen als bei den Nachsteuern. Diese Tatsache stimmt den Sprecher auch für das Jahr 2023 zuversichtlich. Ganz wichtig zu wissen. Diese positive Entwicklung der Steuereinnahmen ist nicht zu vergleichen mit der Steuerkraft in der Stadt Kriens. Hier ist die FDP gespannt auf die Details. Die Steuerkraft darf nicht noch weiter sinken. Was ist unter Vertrauen zu verstehen. Jörg Ziemssen dankt seinen Kommissionsmitgliedern für diese intensive und interessante Diskussion. Er hofft weiterhin auf diese lösungsorientierte Zusammenarbeit. Jede Partei hat sich aktiv eingebracht und die Parteien machten einen Schritt aufeinander zu. Die FDP stimmt dem KFG-Vorschlag einer Lohnerhöhung um 1,5 % zu. Sie verstehen dies nicht als generelle Lohnerhöhung, sondern sie darf auch Leistungsorientiert ausfallen. Die FDP wünscht sich, dass keine Partei diese KFG-Vorschläge torpediert. Ihr Ziel war, dass es keine Rückweisung oder Ablehnung des Budgets gab und somit auch keinen budgetlosen Zustand. Ein weiteres sehr wichtiges Ziel war, dass Kriens keinen weiteren Scherbenhaufen in der Medienpräsenz erlebt. Die

FDP-Fraktion ist unverändert überzeugt, dass eine Steuererhöhung inklusive einem Verlust vor dem Stimmvolk mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit Schiffbruch erlitten hätte. Was ist unter Erwartung zu verstehen. Für das kommende Budget im Jahr 2024 erwartet die FDP die Umsetzung des KFG-Auftrages. Das heisst der konkordante Stadtrat präsentiert ein ausgeglichenes Budget mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 100 %. Sie erwarten, dass die Finanzen auch unter dem Jahr aktiv gesteuert werden. Das heisst Prioritäten setzen, verschieben, verzichten, um inskünftig keine nicht bewilligten Kreditüberschreitungen mehr zu produzieren. Es ist unverändert noch nicht die Zeit, um im finanziellen Bereich weiter zu gestalten. Es ist unverändert Zeit, im finanziellen Bereich 1-2 Jahre zu konsolidieren. Jörg Ziemssen ist überzeugt, dass eine Zustimmung zum KFG-Kompromiss-Budget 2023 stattfinden wird. Oder gibt es etwa Stimmen, welche sich einen budgetlosen Zustand oder einen möglichen medialen Scherbenhaufen bei dieser Volksabstimmung wünschen?

Gemäss Bruno Purtschert hat Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion das umfassende Werk studiert und bedankt sich bei allen Beteiligten. Auf der Seite vier ist klar ersichtlich, dass die Verwaltung im Vergleich zu anderen Gemeinden eher schlank besetzt ist. Umso mehr sei diese Arbeit hinter diesem Werk zu schätzen. Materiell sieht Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion jedoch nicht viel Gutes. Wie die Vorredner dies bereits gesagt haben, sei die Situation der Stadt Kriens immer noch angespannt und dementsprechend ist es schwierig gute Lösungen zu finden. Die Einschätzung der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion lässt sich wie folgt zusammenfassen. Ein Minus von Fr. 1'400'000.00 sei unerfreulich. Bereits das zweite Budget nacheinander, welches mit einem Minus daherkommt. Die Erhöhung vom Steuerfuss von 1.95 auf 2 Einheiten sei auch keine gute Nachricht. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion findet eine Steuererhöhung nur angebracht, wenn es keine anderen Auswege gibt. Eine Steuererhöhung im heutigen Zeitpunkt wird bei der Stimmbevölkerung sehrwahrscheinlich nicht angenommen. Wenn dieses Budget vors Volk kommt wird es einen Budgetlosen Zustand geben. In diesen Dokumenten wird auch einen Anstieg der Nettoverschuldung angekündigt. Ein Anstieg der Verschuldung bei steigenden Zinsen sei sehr riskant und deshalb möglichst zu vermeiden. Das einzig Positive sei, dass im AFP im Verlauf der nächsten Jahre ein Selbstfinanzierungsgrad von beinahe 100 % angezeigt wird. Sämtliche Planjahre weisen jedoch einen Aufwandüberschuss aus und das sei sehr unschön. Es wurde angezeigt, dass die Personalkosten um 1 % steigen sollten. Es sei eine schwierige Aufgabe dies so umzusetzen. Man fragt sich, ob die schwierige finanzielle Lage auf dem Buckel der Mitarbeitenden Stadt Kriens ausgetragen werden sollte. Wie soll man das machen, damit gutes Personal nicht verloren geht. Insgesamt sei es ein schwieriges Budget und einen schwierigen AFP. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion wäre bereit gewesen dem zuzustimmen, damit es nicht zu einem Budgetlosen Zustand kommt. Nun sei jedoch der Vorschlag der KFG auf die Bühne gekommen. Die Einschätzung dazu, kann wie folgt zusammengefasst werden. Grundsätzlich kann sich Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion dem Antrag anschliessen. Der Budgetlose Zustand sei aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion unbedingt zu vermeiden. Es wäre ein erneuter Imageschaden gegenüber vom Volk. Eine Steuererhöhung sei aktuell nicht durchsetzbar. Der Hauptgrund weshalb Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion dem Antrag folgt, sind die guten Aussichten auf das Jahr 2022. Ein positiver Trend bei den Steuererträgen, lässt einen Silberstreifen am Horizont erscheinen. Der Abschluss 2022 wird dazu führen, damit man die Verschuldung reduzieren kann und so kann es eine kleine Verschuldung im Jahr 2023 leiden. Es wird positiv gewertet, dass in diesem Vorschlag aber auch im Budget keine weiteren Sparmassnahmen zu Lasten von den Familien der Stadt Kriens oder vom Personal enthalten sind. Keine Steuererhöhung sei ebenfalls ein gutes Zeichen für alle Einwohner der Stadt Kriens. Der KFG-Antrag hat auch Schattenseiten. Er führt zu einer Neuverschuldung, obwohl die Investitionen geschmälert wurden. Es sei auch ein Stück Hoffnung im Antrag. Der Kostenüberschuss bedeutet immer, dass man wenig Spielraum hat. Sobald etwas Unvorhergesehenes kommt, steht die Stadt Kriens schlecht da und die Schulden werden noch mehr steigen als geplant. Es sei ein Kompromissvorschlag und deshalb sind die positiven Punkte grösser zu gewichten als die negativen Punkte und deshalb wird Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion den Antrag unterstützen. Weitere Bemerkungen werden in der Detailberatung gemacht.

Michael Portmann dankt der Stadtverwaltung und dem Stadtrat im Namen der SP Kriens für das transparente und ehrliche Budget 2023 mit AFP. Sie würdigen die grosse Arbeit und sind für Eintreten. Für die SP

Kriens hat die positive Entwicklung der Stadt Kriens als Wohn- und Arbeitsort höchste Priorität. Sie wollen eine Finanzpolitik, welche den Bedarf der Menschen in der stark wachsenden Stadt abbildet - und nicht umgekehrt. «Kein Geld haben» als Vision für Projekte, Massnahmen und Investitionen verhindert eine zukunftsgerichtete Perspektive. Für die SP massgebend ist die Perspektive der wirkungsorientierten Verwaltung. Das bedeutet immer wieder folgende Fragen klären: Welcher Bedarf an Projekten, Massnahmen und Investitionen ist da? Welche gesetzlichen Grundlagen gibt es? Und erst dann: Wie wird das finanziert? Und abschliessend in der Jahresrechnung: Ist die beabsichtigte Wirkung eingetreten? Das aktuelle Rechnungsjahr 2022 zeigt deutlich, dass Ausgaben konsequenter auf ihre Wirkung hin untersucht werden müssen. Gesetzeskonforme Tagesstrukturen sind sicher besser fürs Image der Stadt Kriens als anderes. Mit der Hilfe zu Hause reduziert Kriens dank der Spitex die Kosten bei der Pflegerestfinanzierung und den Ergänzungsleistungen. Das ist ein positiver Nebeneffekt, der Tatsache, dass immer mehr ältere Menschen ihren Lebensabend zu Hause verbringen wollen. Mit gezielten Stellenaufstockungen und eingehaltenen Mengengerüsten können Kosten reduziert und die Einnahmenseite geschont werden. Das zeigt die Kosten in der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Es sind also Rezepte vorhanden, welche aber heute noch zu wenig genutzt werden. Das liegt auch daran, dass Kriens im Vergleich zu den Nachbargemeinden beim Personal hoffnungslos unterdotiert ist. Und für sie hängen überschrittene Mengengerüste direkt mit zu hoher Arbeitslast, hohen Fluktuationen und Fachkräftemangel zusammen. Im Budget 2023 wird sichtbar, dass die Abwärtsspirale weitergedreht hat. Die Steuersenkung 2020 kam zum falschen Zeitpunkt. Nur zwei Jahre nach dieser Steuersenkung muss Kriens der kantonale Finanzausgleich mit fünf Millionen helfen, damit Kriens nicht noch tiefer in die Defizite fällt. Selbst die Korrektur des Regierungsrats des Kantons Luzern 2021 mit ein 1/20 konnte die Einnahmenlücke nur verkleinern, aber nicht schliessen. Und immer noch wächst der Aufwand zuverlässig im Gleichtakt mit der Bevölkerung um 2 % pro Jahr. Wie also soll Kriens weitermachen? Soll die Politik in Kriens die Einnahmenlücke mit einer Steuererhöhung schliessen, die Abwärtsspirale stoppen und die sich stauenden Investitionen abbauen? Und da staut sich einiges – zu wenig Unterhalt in den Immobilien, die Naphtalin-Sanierung in mindestens 20 Schulzimmern, hindernisfreie Bushaltestellen, die gemäss Auftrag Bund bis Ende 2023 erstellt sein müssten, aber es noch nicht sind, oder einfach nur die Schulraum-Erweiterungen, die in der letzten Schulraumplanung angezeigt wurden. Das entspricht dem zukunftsgerichteten Budget-Vorschlag des Stadtrats. Oder soll jeder seinen zusätzlichen 1/20, ca. Fr. 500.00 für sich selbst behalten? Das zumindest schlagen SVP und FDP vor und haben in der KFG eine Budget-Alternative auf tiefem Niveau ausgehandelt. Da werden mit der SP Lohnmassnahmen erhöht, auf Leistungskürzungen in der Erfolgsrechnung verzichtet, die Steuereinnahmen erhöht, weil die Prognose 2022 besser als erwartet sei, und ein viel grösseres Defizit und einen damit steigende Verschuldung akzeptiert. Der Haken besteht darin, dass der Selbstfinanzierungsgrad auch ohne Steuererhöhung über 85 % bleiben soll. Ohne Steuererhöhung geht das aber nicht. Deshalb müssen auch die Nettoinvestitionen um Fr. 1'500'000.00 gekürzt werden und wieder müssen Investitionen in die Zukunft verschoben werden. Wie also entscheidet sich Die SP? Die SP Kriens macht gute Miene zum bösen Spiel. Der KFG-Variante gegenüber stehen nämlich nur die Rückweisung des Budgets und der budgetlose Zustand. Etwas was sie vermeiden wollen. Wenn der Einwohnerrat also wirklich als Mehrheit weiterhin 300 Schulkinder und 20 Lehrpersonen auf ein naphtalinfreies Schulzimmer warten lassen sollen, dann trägt diese Mehrheit auch dafür die Verantwortung. Wenn die Stadt Kriens verklagt wird, weil sie Ihre Aufgaben in Sachen Hindernisfreiheit oder gesetzeskonformen Elternbeiträgen in den Tagesstrukturen nicht wahrnehmen will. Dann steht auch der Einwohnerrat dafür ein. Die SP-Fraktion ist froh, dass die Folgen der Sparaktion fürs eigene Portemonnaie für einmal vom Personal abgewendet werden konnte, und werden den KFG-Vorschlag für die Lohnmassnahmen und ein Budget 2023 ohne Steuererhöhung unterstützen. Weitere Gedanken und Anregungen zum Budget 2023 folgen dann in der Detailberatung

Pascal Meyer bedankt sich bei der Verwaltung für den grossen Einsatz für das Budget 2023. Die GLP begrüsst explizit, dass der Stadtrat als Kollegialgremium ein Budget vertreten kann, welches breite Ansprüche der Krienser Politik zusammenfasst. Das vorliegende Budget zeigt auch klar, dass der Weg zu ausgeglichenen Finanzen noch nicht zu Ende gegangen ist. Aus grünliberaler Sicht muss es das gemeinsame Ziel sein, die Krienser Finanzlage, in dieser, spätestens in kommender Legislatur in den Griff zu bekommen. Der ewige Finanzelefant im Krienser Politraum muss endlich seinen Platz für Lösungsfindung allen anderen

politischen Themenfeldern freigeben. Der Vorschlag der KFG macht nun auf dem steinigen Weg zu ausgeglichenen Finanzen eine Marschpause. Der KFG Vorschlag vertagt aus Sicht der Grünliberalen zielführende Diskussionen und lässt dem Parlament ein Jahr trügerischen Sonnenschein ins Gesicht scheinen. Doch insgeheim wissen alle, dass der Regenschirm im Rucksack gepackt und die Regenfront noch immer über dem Pilatus steht. Was also soll das Ziel dieser finanzpolitischen Debattenpause sein? Die Grünliberalen unterstützen daher den Stadtrat in der Absicht, die Steuererhöhung um 1/20 im Budget 2023 einzuplanen. Sie sehen aber, dass der KFG Vorschlag Spielraum für das ausgeglichene Budget bietet. Daher soll das vom Stadtrat angezeigte Defizit mit den absehbar höheren Steuererträgen und reduzierten Investitionen zu einem ausgeglichenen Budget gemacht werden. Mit diesem Vorschlag baut Kriens weniger Schulden auf und erfüllt weiter die Anforderung der KFG aus dem Controlling Bericht 2022. Die Grünliberalen möchten noch darauf hinweisen, dass der konstruierte Silberstreifen am Horizont mit der Steuerentwicklung technisch konstruiert ist. Fakt ist, dass das Steuerwachstum in jedem Fall unter den kantonalen Annahmen liegen wird. Des Weiteren anerkennt die GLP zusammen mit der KFG, dass ein Teuerungsausgleich der Personalkosten für die – wie vom Stadtrat aufgezeigt – äusserst effizient arbeitende Verwaltung im Jahr 2023 eine wichtige und richtige Korrektur im Budget sein soll. Aus ihrer Sicht ist es unverständlich, dass der Stadtrat mehrmals die Risiken im Personalbereich erwähnt, aber einen im Jahr 2023 offensichtlichen Teuerungsausgleich trotz klarer wirtschaftlicher Tendenz nicht vorsieht. Pascal Meyer bittet daher die Einwohnerratsmitglieder den Anträgen der GLP zu Folgen.

Bruno Amrhein macht noch einige Ergänzungen zu den Worten von Pascal Meyer, welche er aus grünliberaler Sicht vollkommen unterstützt. Es gibt in Kriens Megatrends, welche bewältigt werden müssen. Die Krienserinnen und Krienser werden immer älter. Das heisst der Pflegeaufwand wird zunehmen und somit wird mehr soziale Unterstützung benötigt. Kriens hat ein Bevölkerungswachstum aufgrund von der enormen Bautätigkeit. Dies gibt natürlich Arbeit und ist gut für die Wirtschaft. Für Kriens heisst das jedoch, dass die Infrastruktur laufend ausgebaut werden muss. Dies ist natürlich nicht gratis. Der dritte Megatrend ist die stets wachsende Mobilität. Das Verkehrssystem in den Stosszeiten ist total überlastet. Der Bypass und das ausgebaute Renggloch wird noch mehr Verkehr in die Stadt bringen. Deshalb muss der Verkehr ausgebaut werden, vor allem der Öffentliche Verkehr, denn dieser braucht viel weniger Platz. Der vierte Megatrend ist die Klimaerwärmung und davon ist auch Kriens betroffen. Es wird noch mehr heisse und trockene Sommer geben und somit auch stark Niederschläge, Stürme, Hangrutsche und Überschwemmungen geben. Das heisst der Hochwasserschutz muss verbessert werden und das kostet viel Geld. Probleme müssen gelöst und nicht nur verwaltet werden. Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist nicht gratis. Dafür werden die Mittel benötigt. Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen.

Roger Erni ist vor zwei Jahren in die Regierung eingetreten um finanziell folgende drei Punkte anzugehen. Erstens: Finanzen ins Lot bringen. Auch der Stadtrat hat wie der Einwohnerrat das Ziel «Stadtfinanzen im Gleichgewicht». Zweitens: Der Stadtrat möchte ein Reglement einführen, für nachhaltige Finanzen in der Stadt Kriens. Noch im 2022 wird der Einwohnerrat darüber debattieren, was der Stadtrat gestern beschlossen hat. Drittens: Kein Investitionsstau aufbauen. Nach einer Phase, in welcher zeitenweise mehr als 20 Millionen im Jahr investiert wurde. Vor allem ins Zentrum und in die Schulhäuser. Kriens hat in den letzten Jahren überinvestiert und wenn nun etwas weniger investiert wird, wird kein Investitionsstau aufgebaut. Vor einer Woche stand der Stadtrat an einem Punkt, an welchem es ohne Steuererhöhung nicht ging. Diese drei Punkte waren nicht einzuhalten ohne Steuererhöhung. Der Stadtrat war in diesem halbjährigen Prozess überzeugt, dass es nicht ohne Defizit und Steuererhöhung funktioniert. Kriens musste 2.5 Millionen Mehrausgaben gegenüber vom Voranschlag in das Budget miteinbeziehen. Nicht nur die Löhne und die Inflation steigen, sondern auch die Energiekosten. Der Stadtrat hat es dann auch auf der anderen Seite angeschaut und probiert bei den Ausgaben einzusparen. Dies stoss jedoch wie bereits gesagt nicht auf grandiose Evidenz. Im 2021 haben 66 % Nein zu der Steuererhöhung gesagt und das war vermutlich der Grund, weshalb der Einwohnerrat im 2022 ein Budget mit einem Defizit von 3.2 Millionen bewilligt hat. Das war nicht Finanzhaushaltsgerecht und auch der Stadtrat hatte damals den Mut nicht mit dem Einwohnerrat etwas Anderes vorzuschlagen. Im 2023 kann man sagen, der Stadtrat hatte den Mut oder musste einfach, weil der Finanzplan rot war. Der Stadtrat hat nun aufgezeigt, wo die Mehrkosten waren und auch versucht

mittels Zero Based Budgeting Einsparungen zu machen. In dem Vorschlag, welcher vorliegt wurden keine weiteren Einsparungen gemacht. Wenn sich der Stadtrat ein halbes Jahr mit dem Budget befasst, kann man nicht einfach irgendwo noch eine Million finden und denken man kann dies streichen. Die KFG hat nun aufgrund von der Entwicklung Anpassungen gemacht. Dieser Vorschlag ist für den Stadtrat einen möglichen Weg, welchem er nicht opponieren wird. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass sie ihre Leistung, welche sie gemäss dem politischen Leistungsauftrag erbringen müssen auch erbringen, sonst würden sie hier nicht geradestehen. Der Stadtrat versucht die Aufträge vom Einwohnerrat korrekt und seriös umzusetzen. 1.4 Millionen Defizit bedeuten 8.8 Millionen Cashflow. Roger Erni wird das dann noch aufzeigen. Der Stadtrat opponiert im Sinne von diesem Kompromissvorschlag nicht und verzichtet auf 1.5 Millionen Franken Investitionen. In der Jahresrechnung 2021 sieht man wie viel Millionen übertragen wurden. Es soll kein Spiel werden, dass zu viel budgetiert wird um dann dies ins nächste Jahr zu übertragen. Das Geld wird einfach nicht herausgebracht. Das hat mit Ressourcen, Baubewilligungsprozessen, Baukosten und vieles mehr zu tun. Zum Beispiel für den Hort Grossfeld, welcher gestern eröffnet wurde, hat die Stadt Kriens Monatlang nach einem Architekten gesucht. Einer hatte sich dann noch zurückgezogen, weil er keine Zeit hatte und dann musste erneut eine Ausschreibung gemacht werden. So ist die Stadt Kriens wieder ein Jahr in Verzögerung. Kriens möchte eine eigenständige Stadt bleiben, welche die ihr gestellten Aufgaben meistert. Damit dies umgesetzt werden kann, war der Stadtrat vor einer Woche noch der Überzeugung, dass es eine Steuererhöhung benötigt. Nun hat man einen Kompromiss gefunden, um einen Budgetlosen Zustand zu verhindern. Der Stadtrat hat gestern die heutige Sitzung vorbereitet und entschieden, dass sie keinem dieser vier Anträge opponieren. Eigentlich sind es sogar fünf, denn «keine weiteren Sparmassnahmen» ist in diesen Anträgen mitintegriert. Die Schulden steigen zwar, jedoch geht die Nettoschuld pro Kopf aufgrund vom Bevölkerungswachstum zurück. Wie es aktuell aussieht, wird Kriens im 2022 Schulden abbauen und wenn dies im 2023 erneut gelingt hat der Stadtrat zusammen mit dem Einwohnerrat gewonnen. Zum Schluss möchte Roger Erni noch die wunderschönen Worte von Cyrill Zosso hervorheben. Niemand kann zu 100 % dahinterstehen. Man hat nun auch gemerkt, welche Personen Einzelsprecher waren. Der Einwohnerrat hat einen Kompromiss gefunden und das sei richtig so in der Politik. Als Kleinpartei kann man dann genial Politik machen. Selbstverständlich haben die Grünliberalen recht. Der Stadtrat setzt sich jedoch nun für den Kompromiss ein. Alle sind nicht ganz glücklich, das ist direkte Demokratie. Roger Erni freut sich auf die Detailberatung.

Räto Camenisch stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und deshalb erklärt er das weitere Vorgehen. Der KFG-Präsident hat in seinem Eintretensvotum bereits darüber informiert, dass die KFG dem Einwohnerrat einen Kompromiss-Vorschlag unterbreiten wird. Dieser Vorschlag wird dem Einwohnerrat auf Seite 8 zur Gesamtübersicht detailliert erläutert und auch dokumentiert. Das Verfahren im Rat sieht dann wie folgt aus: Der KFG-Präsident erklärt und begründet auf Seite 8 den KFG-Gesamtantrag mit den 4 Unteranträgen. Anschliessend erhalten im Sinne eines Eintretens alle Fraktionen und danach Einzelsprechende sowie abschliessend der Stadtrat das Wort.

Seite 8: Antrag KFG Anpassung Beschlusstext

Wie in seinem Eintretensvotum als KFG Präsident angekündigt, möchte Martin Zellweger an dieser Stelle den gesamten Antrag der KFG erläutern und begründen. Die Einzelanträge werden weiter auf den entsprechenden Seiten gestellt. Es ist wichtig zu verstehen, nur wenn alle Einzeln gestellten Anträge der KFG angenommen werden, ist der gesamte Antrag angenommen, da sie gesamtheitlich gestellt werden. Lediglich der Antrag zur Saläranpassung wird separat gestellt, aber natürlich in die Gesamtwirkung auf das Resultat eingerechnet. An dieser Stelle sollen die Fraktionen und Einwohnerrätinnen und -räte auch die Gelegenheit erhalten eine Eintretensdiskussion zu führen. Ebenso wird sich der Stadtrat dazu äussern. Martin Zellweger werde nach erfolgter Diskussion eine Konsultativ-Abstimmung beantragen, dass anschliessen alle wissen, ob der Gesamtantrag angenommen wird um nachher die direktive für die Einzelabstimmungen zu haben. In seinem KFG Einführungsvotum habe er bereits die Idee ihres Antrags erklärt. Jetzt möchte er dem Einwohnerrat die Zahlen und deren Entstehung auch noch detailliert aufzeigen. Alle haben die Dokumentation vom Stadtrat erhalten. Es zeigt die Gesamtübersicht Seite 8 mit den entsprechenden detaillierten

Anpassungen und daraus gerechneten Resultaten. Der Antrag der KFG wird wie folgt gestellt: Auf eine Erhöhung des Steuerfusses für das Jahr 2023 auf 2.0 Einheiten wird verzichtet und ein Steuerfuss von 1.95 gemäss Vorjahr festgelegt. Dies entspricht einer Reduktion der Fiskalerträge von exakt Fr. 1'992'078.00. In der KFG Sitzung haben sie kalkulatorisch einen Betrag gerechnet. Die durch die KFG beauftragte effektive Berechnung im Nachgang durch David Schilling hat die präzise Zahl von Fr. 1'992'078.00 ergeben. Aufgrund der effektiven Entwicklung der Steuereinnahmen in den Jahren 2021 und 2022 wird der Steuerertrag im Budget 2023 total um Fr. 776'911.00 erhöht. In der KFG haben sie den Betrag zur Senkung auf grob Fr. 800'000.00 gerechnet. Die effektive Berechnung durch David Schilling führt zu einem Betrag von Fr. 776'911.00. Das ursprüngliche Budget des Stadtrats sieht ein Wachstum der Fiskalerträge von 1.5 % bei den natürlichen Personen und 2.5 % bei den juristischen Personen vor. Eine Anpassung gemäss Betrag KFG würde zu einer Prozentzahl von 3.734713 führen. Es ist zwar nicht Pi aber mit den neuen Parametern 2.5 % bei den natürlichen Personen und 3.5 % bei den juristischen Personen resultiert der Wert von genau Fr. 776'911.00. Diese Werte liegen immer noch unter den vom Kanton vorgeschlagenen 3 % für natürliche Personen und 5 % für juristische Personen. Die Lohnanpassung Verwaltung 2023 wird auf 1.5 % festgelegt. Dies ergibt gegenüber dem Antrag Stadtrat 0.5 % respektive Fr. 130'000.00 Mehraufwand. Rechnerisch hat die KFG den Antrag zur Lohnanpassung von 1.5 % bereits einkalkuliert und rechnet so einen Mehraufwand in das erwartete Resultat ein. In der Diskussion hat die Kommission mit ca. Fr. 100'000.00 gerechnet. Die durch die Finanzdienste bestätigte Anpassung der Globalbudgets dazu beträgt Fr. 130'000.00. Mit diesen Anpassungen (Steuerfuss von 1.95, Mehrertrag Fiskal von Fr. 776'911.00 sowie den Mehrkosten Löhne resultiert ein Aufwandüberschuss von Fr. 2'747'973.00 gegenüber den vom Stadtrat bisher budgetierten Fr. 1'402'80.00. Um weiterhin einen Selbstfinanzierungsgrad von über 80 % auszuweisen, werden die Nettoinvestitionen um Fr. 1'500'000.00 reduziert. Im Antrag des Stadtrats beläuft sich der Selbstfinanzierungsgrad bei Nettoinvestitionen von 10.2 Millionen Franken auf 86.50 %. Um trotz des grösseren Aufwandüberschusses diesen Wert weiterhin nicht tieferen auszuweisen und die Schulden noch weiter auszubauen werden die Nettoinvestitionen um 1.5 Millionen Franken gesenkt. Mit dem errechneten Aufwandüberschuss von Fr. 2'747'973.00 ergibt dies einen neuen Selbstfinanzierungsgrad von 85.96 %. Alle wissen, dass der budgetierte Investitionsrahmen in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft werden konnte. Genau dies ist auch im 2023 zu erwarten. Aus diesem Grund wird mit dieser Massnahme höchstens transparent, was sowieso eintreffen würde. Die KFG begründet ihren Antrag wie folgt. Eine erneute Erhöhung des Steuerfusses auf 2.0 Einheiten führt zu einer Volksabstimmung, welche erst im März durchgeführt wird. Mit der Erfahrung aus dem 2021 muss mit einer Ablehnung durch das Volk gerechnet werden. Ein budgetloser Zustand ist unumgänglich, der politische Hixhak ist vorprogrammiert und die Glaubwürdigkeit der gesamten Krienser Politik leidet. Die KFG schlägt mit ihrem Antrag einen Weg vor, der diese Situation verhindern kann und aufzeigen kann, dass ein Konsens mit Kompromissen aller Fraktionen und Politischen Parteien Kriens weiterbringt. Mit dem Verzicht auf eine Steuererhöhung ergibt sich ein zusätzlicher Aufwandüberschuss. Die KFG verzichtet auf weitere Sparmassnahmen um politisch die Ausgewogenheit zwischen den Interessen zu bewahren. Der zusätzliche Aufwandüberschuss kann aus heutiger Sicht unter Berücksichtigung der folgenden Faktoren vertreten werden. Die Steuerentwicklung 2021 und 2022 liefert die Evidenzen, dass sich die Erträge seit 2020 positiver als erwartet erweisen. Es spricht grundsätzlich nichts dagegen, dass der Trend weitergeführt werden kann. Das projizierte Steuerwachstum ist gegenüber der Kantonalen Vorgabe immer noch defensiver und aus Sicht der KFG vertretbar, nämlich 2.5 % gegenüber 3 % bei den natürlichen Personen und 3.5 % gegenüber 5 % bei den juristischen Personen. Der mit dem grösseren Aufwandüberschuss entstehende Selbstfinanzierungsgrad von weit unter 80 % kann mit der Reduktion der Nettoinvestitionen über 80 % auf dem budgetierten Wert gehalten werden. Die Nettoinvestitionen befinden sich heute aufgrund der letzten Jahre über dem Umsetzbaren und eine Reduktion entspricht mehr der Realität als dies zurzeit der Fall wäre. Mit diesem Vorschlag wird die Stadt in ihrer Handlungsfähigkeit im 2023 auch ohne Steueranpassung nicht eingeschränkt. Im Gegenteil, Kriens kann einen budgetlosen Zustand verhindern, welcher wesentliche Einschränkungen mit sich bringt; und das Risiko eines Scheiterns vor dem Souverän wird ebenfalls verhindert. Natürlich muss die Entwicklung während des Jahres 2023 wie immer genau beobachtet werden und ein Budget 2024 wird diese Entwicklung berücksichtigen müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Einwohnerrat auch ein Finanzhaushaltsreglement verabschieden können. Ebenso sind möglicherweise Erkenntnisse aus dem AFR 18 Wirkungsbericht relevant für weitere Entscheide. Die KFG unterbreitet hier einen Antrag der Konsensfähig ist. Jede Fraktion beisst in ein Stück sauren Apfel und kriegt dafür etwas. Als Einwohnerrat können die Mitglieder mit diesem Vorschlag

nur gewinnen indem alle einen Konsens erreichen, welcher auch von den Krienser getragen werden kann. Es verändert die finanzielle Situation in Kriens vorerst noch nicht, es wäre aber ein erster Schritt zu einer gemeinsamen Handlung, welcher ein Weg nach vorne aufzeigt. Der Gewinn ist diesmal nicht in Franken auszudrücken, aber in der Stärke eines gemeinsamen Willens. Und darauf lassen sich auch wieder finanzielle Gewinne bauen. Martin Zellweger bittet die Einwohnerratsmitglieder den Antrag zu unterstützen.

Gemäss Raoul Niederberger widerspiegelt dieser Antrag für die Grüne/glp-Fraktion das Prinzip Hoffnung. Es sein ein Riskantes Spiel, welches hier eingegangen wird. Denn die positive Entwicklung auf der Einnahmenseite sei nur eine Seite der Medaille. Martin Zellweger hat es gesagt, dass man die Entwicklungen im 2023 gut im Auge behalten muss, wenn man auf ein Budget 2024 steuert. Auf der Seite der Kostenentwicklung gibt es viele Unsicherheiten. Entwicklungen wie zum Beispiel das rasante Steigen der Energiepreise sei sehr gefährlich und kann solche Budgetierungen über den Haufen werfen. In diesem Fall führt für die Grüne/glp-Fraktion eigentlich kein Weg daran vorbei, die Steuern zu erhöhen um die Einnahmenseite zu verstärken. Es wurde auch gesagt, dass man einfach mal Konsolidieren soll. Konsolidieren sei für eine Gemeinde jedoch immer schwierig. Wenn man ein Bevölkerungswachstum hat und somit auch mehr Schüler, kann die Gemeinde nicht einfach sagen, dass halt konsolidiert wird und deshalb keine weiteren Klassen gemacht und Lehrpersonen eingestellt werden. Deshalb sei es immer schwierig Anpassungen auf der Ausgabenseite zu machen. Die Grüne/glp-Fraktion möchte jedoch auch, dass die Stadt Kriens anpacken kann und etwas umsetzen. Deshalb ist ein Teil der Fraktion der Meinung, dass ein Budgetloser Zustand nicht sinnvoll ist. Die Stadt soll den entsprechenden Gestaltungsspielraum erhalten. Die Grüne/glp-Fraktion nimmt den Stadtrat beim Wort, wenn er sagt, dass der Rückgang der Investitionen nicht zu einem Investitionsstau führt. Die Probleme von einem Investitionsstau hat man kargesehen und dies soll verhindert werden. Nochmal zusammengefasst: Die Fraktion ist sich nicht einig. Ein Teil kann hinter dem Vorschlag stehen und ein anderer Teil sieht den Mehrwert nicht.

Laut Martin Zellweger hat die SVP Fraktion eine klare Haltung zum Thema Anhebung des Steuerfusses. Sie sehen sich nach wie vor auf dem Pfad der Finanzstrategie und sehen die Entwicklung der aktuellen Fiskalerträge. Sie sind der Überzeugung, dass es noch weitere Entlastungsmassnahmen braucht und insbesondere keine Massnahmen rückgängig gemacht werden sollten bevor das Tal der Tränen durchlaufen ist. Kriens befindet sich in der Konsolidierungsphase und mit der Verschuldung und der bisher defizitären Rechnung braucht es mindestens eine Legislatur dazu. Mit dem aktuellen Verzicht auf eine Steuererhöhung bringt sich die SVP mit dem Verzicht auf weitere Entlastungsmassnahmen in die Konsenslösung mit ein. Mit der Reduktion der Nettoinvestitionen bleibt Kriens der Realität ein Stück näher und verhindert einen weiteren Ausbau von Schulden. Die SVP macht diesen Schritt gerne, weil sie sehen, dass auch die anderen Fraktionen ihren Anteil beitragen. Der Vorredner hat erwähnt, dass es sich bei diesem Antrag um ein riskantes Spiel handelt. Dazu möchte Martin Zellweger ergänzen, dass eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt mit all seinen Folgen viel mehr Risikobehaftet ist als die von der KFG beantragte Lösung. Kriens kommt damit weiter. Es kommen fast alle aus einer anderen Richtung können sich so treffen, diesmal nicht in der Mitte, aber im Zentrum. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag und wird den Einzelanträgen zustimmen.

Lau Jörg Ziemssen hat die FDP-Fraktion eine unveränderte Haltung stimmt dem KFG-Antrag zu und machen dabei gern einen Schritt auf die anderen Parteien zu. Dabei haben sie eine gewisse Hoffnung oder auch Erwartung, dass es im 2023 und 2024 finanziell in die richtige Richtung geht.

Bruno Purtschert hat im Eintretensvotum bereits gesagt, wie Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion den Kompromissvorschlag der KFG sieht. In der aktuellen Situation der Stadt Kriens gibt es aktuell nicht einfache Lösungen, sondern nur Lösungen, welche weh tun und jeder etwas dazu beitragen muss. Die Lösung von der KFG scheint der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die beste Lösung der schlechten Lösungen zu sein. Deshalb werden sie den Antrag weiterhin unterstützen. Die Alternative wäre mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit der Budgetlose Zustand, welcher Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion unbedingt verhindern möchte.

Es sei kein risikoloser Vorschlag, jedoch muss dieses Risiko eingegangen werden um hier ein Zeichen zu setzen.

Michael Portmann findet die Finanzpolitik soll der Bedarf von den Menschen in Kriens abbilden und die SP hat heute den Eindruck dies sei erfüllt. Die Tagesstrukturen und der Ferienhort sind da und wieder bezahlbar. Das Prinzip Hoffnung soll nicht auf dem Rücken vom Personal ausgetragen werden und auch da findet die SP, dass dies so in Ordnung wäre. Das FHGG wird es richten, hatte Michael Portmann den Eindruck und ersetzt offenbar das Augenmass hier im Einwohnerrat. Michael Portmann findet es interessant, wenn dann mit dem FHR die Steuererhöhungen ermöglicht werden und bei der Bevölkerung der Automatismus als besser wahrgenommen wird und alle ja sagen. Michael Portmann ist nicht überzeugt, dass dies so sein wird. Er fand es faszinierend, wie die Informationen bei der Entwicklung dieser Varianten geflossen sind. Michael Portmann war sich nicht bewusst, dass der Forecast 2022 vom Stadtrat veröffentlicht wurde. Insgesamt kann Michael Portmann sagen, dass mehrere Fliegen auf einen Streich erwisch wurden, jedoch sind andere weitergefliegen. Die SP wird den Antrag unterstützen. Jedoch möchte die SP gerne jetzt geklärt haben, wie es mit dem Variantenentscheid bei der Lohnerhöhung aussieht.

Pascal Meyer findet schön wie sich nun alle wohl fühlen, jedoch wird man sich genau für ein Jahr wohlfühlen und im nächsten Jahr wird man wieder über die Steuererhöhung diskutieren. Die Steuern wachsen unter dem Kantonalen Ziel und daher hat die GLP den Antrag gestellt, dass die Steuererhöhung gemacht wird. Es sei bestimmt für alle klar, dass die Diskussion einfach nur herausgeschoben wird. Pascal Meyer versteht nicht was genau das Ziel von diesem Ganzen sein soll.

Roger Erni geht auf die Frage von Michael Portmann ein. Wenn die 2 % angenommen werden, wird die Differenz beim Aufwand grösser und dies würde den Antrag der KFG um die Fr. 130'000.00 verändern. Wenn der Antrag vom Stadtrat angenommen wird, würde der Aufwand um 130'000.00 kleiner werden. Dieser Antrag wird dann auf der Seite 27 gestellt. Roger Erni erwähnt es gerne nochmal, dass es ein toller und höchst Konsensorientierter Vorschlag ist und der Stadtrat nicht opponiert.

Seite 8 Antrag KFG: Rechtlich nicht bindende Konsultativabstimmung zum vorliegenden Kompromissvorschlag.

Räto Camenisch stellt fest, dass dieser Konsultativabstimmung nicht opponiert wird.

Seite 8 Antrag KFG: Konsultativabstimmung Kompromissvorschlag

Mit 23: 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen wird der Antrag angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Enthaltung
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja

Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Purtschert Bruno	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Enthaltung
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Seite 15 Antrag KFG: Nettoinvestition reduzieren

Martin Zellweger stellt wie angekündigt für die KFG hier den Antrag die Globalkredite um Total Fr. 1'500'000.00 von Fr. 14'702'000.00 Bruttokredit auf Fr. 13'202'000.00 Bruttokredit zu senken. Dies ergibt Nettoinvestitionen von Fr. 9'700'000.00 gegenüber der im Budget genannten Fr. 10'200'000.00. Die Begründung zum Antrag wurde bereits Seite 8 ausgeführt.

Der Vorschlag von Pascal Meyer sieht dies ebenfalls vor, dies zielt jedoch darauf ab, schlussendlich ein ausgeglichenes Budget zu erhalten.

Roger Erni erklärt, dass sich die Globalbudgetpositionen anpassen und der Stadtrat hier noch entscheiden muss, welche Investitionen gekürzt werden. Zum Beispiel muss das Spielfeld zwei für Fr. 750'000.00 angepasst werden, damit dort wieder Spiele stattfinden könnten. Wenn nun der Einwohnerrat das Investitionsbudget kürzt sind solche Investitionen logischerweise nicht erste Priorität.

Seite 15 Antrag KFG: Investitionsrechnung

Einstimmig mit 27:0 Stimmen angenommen

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja

Portmann Michael	Ja
Purtschert Bruno	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Seite 25, Personaldienste

Gemäss Räto Camenisch liegen hier drei verschiedene Anträge vor. Diese werden einander gegenübergestellt. Alle drei Anträge behandeln denselben Sachverhalt, sie sind alle gleichwertig als Hauptanträge zu betrachten. Jedes Ratsmitglied kann nur für einen dieser Anträge stimmen. Hat kein Antrag das absolute mehr erhalten, fällt derjenige aus der Abstimmung, der am wenigsten Stimmen erhalten hat.

Antrag Stadtrat: Lohnerhöhung um 1 %

Antrag KFG: Lohnerhöhung um 1.5 %

Antrag glp: Lohnerhöhung um 2 %

Michael Portmann tritt in Ausstand, weil er von der Abstimmung betroffen ist.

Laut Bruno Amrhein wissen alle, dass ein Bauernhof, eine Pizzeria, eine Garage oder ein Haustechnikbetrieb nur funktioniert, wenn Menschen da sind. Anlagen, Fahrzeuge und Maschinen allein reichen nicht. Es braucht kompetente, motivierte und engagierte Leute, welche arbeiten. Das gilt genauso für Dienstleistungsunternehmen oder öffentliche Einrichtungen und Verwaltungen. Die Menschen sind der zentrale Erfolgsfaktor. Diese Menschen, diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen sollen einen fairen Lohn erhalten. Wenn nun die Teuerung nicht ausgeglichen wird, verlieren die Löhne an Kaufkraft, der Reallohn sinkt. Gemäss aktuellsten Meldungen beträgt die Teuerung im Jahr 2022 in der Schweiz ca. 3 %. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Kriens erbringen trotzdem jeden Tag ihre volle Leistung. Es ist wichtig, diese zu erhalten. Die Konkurrenzfähigkeit von Kriens auf dem Arbeitsmarkt ist schwierig, der Fachkräftemangel gross und dies bei steigenden Anforderungen und hoher Belastung. Dazu braucht es auch konkurrenzfähige Marktlöhne. Sinkende Reallohne sind keine Lösung und sie sind unfair. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auch nicht verantwortlich für die Folgen der lockeren Geldpolitik der SNB oder für die Folgen des Krieges oder für die hohe Verschuldung von Kriens und so weiter 1 % Lohnanpassung gemäss Budget Stadtrat reichen nicht. Aktuelle Erhebungen zeigen, dass die Besoldungen in der Schweiz im Durchschnitt um 2,3 % angepasst werden. Unsere Nachbargemeinden und Nachbarkantone planen mit 2 %. Der Kompromissvorschlag der KFG von insgesamt 1,5 %, also nur 0,5 % mehr als der Stadtrat vorschlägt, ist ungenügend. Die Hälfte des Reallohnverlustes von 3 % müssten also die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen. Mit 1,5 % wäre Kriens das Schlusslicht. 1 % zusätzlich zu 1 % gemäss Vorschlag Stadtrat, also 2 % sind notwendig, moderat und verkraftbar. 1 % Lohnanpassung kostet weniger als 1/1'000 des Gesamtaufwandes von Kriens. In die Menschen investieren lohnt sich.

Marco Meier möchte erwähnen, dass die Mitarbeiter durch die Kürzung der Investitionen auch entlastet werden. Es ist korrekt, dass die Teuerung aktuell bei 3 % ist und dies ist vor allem aus geopolitischen Gründen. Aktuell sind es vor allem die Energiepreise, welche steigen, jedoch geht dies aktuell wieder zurück. Die 1 % vom Stadtrat findet auch die FDP zu wenig und die GLP fordert 2 %. Der Kompromiss wäre also 1.5 %. Man soll dies jedoch nicht via Giesskannenprinzip auf alle verteilen, sondern Personen mit ausserordentlich gutem Dienst sollen auch mehr erhalten und andere, welche zum Beispiel erst frisch angefangen

haben und bereits einen gerechten Lohn erhalten bekommen nichts. Wenn es zu einem guten Jahresergebnis 2022 kommen sollte, steht es dem Stadtrat zu nochmal ein ausserordentliches Budget zu beantragen um ausserordentliche Leistungen zu belohnen.

Raoul Niederberger möchte sich kurz stark machen für den Antrag vom Bruno Amrhein. Die Teuerung betrifft alle Mitarbeitenden und nicht nur die, welche die allerbeste Arbeit machen. Zu sagen, dass nur weil man die Investitionen reduziert, steigt der Druck auf die Mitarbeitenden nicht ist eine sehr gewagte Aussage. Kriens hat eine sehr knappe Verwaltung und man hat es schon in den Vorjahren nicht geschafft alle Investitionen zu tätigen. Der Druck wird also nicht abnehmen und deshalb ist Raoul Niederberger klar der Meinung, dass man dem Personal den Rücken entsprechend stärken soll.

Peter Stofer möchte noch einen weiteren Aspekt zu bedenken geben. Letztes Jahr haben über 11 % die Stadt Kriens verlassen und die Finanzen sind ein wichtiger Grund dafür. Die Stadt Kriens ist aktuell kein attraktiver Arbeitgeber. Kann sich Kriens noch eine unterdurchschnittliche Lohnrunde leisten? 97 Mitarbeiter haben im letzten Jahr ihren Job quittiert. Eine Neubesetzung dieser Jobs kostet im Durchschnitt 50-60 % vom Jahreslohn. Wenn man dies zusammenrechnet, verwendet die Stadt Kriens jedes Jahr fast eine halbe Million für das Einarbeiten von neuem Personal.

Martin Zellweger möchte die Aussagen schnell rechnerisch aufnehmen. Wenn man von diesen 97 Stellen, welche gewechselt haben spricht und das Votum von Marco Meier anschaut, wäre dies ein rechter Prozentsatz, welche keine Lohnerhöhung erhalten. Dies sei in der Privatwirtschaft eine Usanz. So wäre man dann schnell einmal bei den 1.5 %, welche man entsprechend verteilt.

Abstimmung: Lohnanpassung Verwaltung

Antrag Stadtrat:0 Stimmen

Antrag KFG:15 Stimmen

Antrag Amrhein:11 Stimmen

Akermann Michèle	KFG (1.5%)
Albrecht Michèle	KFG (1.5%)
Amrhein Bruno	Amrhein (2%)
Bienz Viktor	KFG (1.5%)
Bucher Zita	Amrhein (2%)
Durrer Ivo	KFG (1.5%)
Erni Matthias	KFG (1.5%)
Felber Reto	Amrhein (2%)
Fluder Hans	KFG (1.5%)
Gomer-Beacco Bettina	Amrhein (2%)
Gut Kathrin	Amrhein (2%)
Koch Patrick	KFG (1.5%)
Lengwiler Beda	Amrhein (2%)
Lisibach Armin	KFG (1.5%)
Meier Marco	KFG (1.5%)
Meyer Pascal	Amrhein (2%)
Niederberger Raoul	Amrhein (2%)
Purtschert Bruno	KFG (1.5%)
Rüegg Beat	KFG (1.5%)
Segger Cedric	Amrhein (2%)
Solari Simon	Amrhein (2%)
Stofer Peter	Amrhein (2%)

Vonesch Andreas	KFG (1.5%)
Zellweger Martin	KFG (1.5%)
Ziemssen Jörg	KFG (1.5%)
Zosso Cyrill	KFG (1.5%)

Abstimmung: Lohnanpassung VerwaltungAntrag KFG 15 zu 10 Stimmen und 1 Enthaltung angenommen

Akermann Michèle	KFG
Albrecht Michèle	KFG
Amrhein Bruno	Amrhein
Bienz Viktor	KFG
Bucher Zita	Amrhein
Durrer Ivo	KFG
Erni Matthias	KFG
Felber Reto	Enthaltung
Fluder Hans	KFG
Gomer-Beacco Bettina	Amrhein
Gut Kathrin	Amrhein
Koch Patrick	KFG
Lengwiler Beda	Amrhein
Lisibach Armin	KFG
Meier Marco	KFG
Meyer Pascal	Amrhein
Niederberger Raoul	Amrhein
Purtschert Bruno	KFG
Rüegg Beat	KFG
Seger Cedric	Amrhein
Solari Simon	Amrhein
Stofer Peter	Amrhein
Vonesch Andreas	KFG
Zellweger Martin	KFG
Ziemssen Jörg	KFG
Zosso Cyrill	KFG

Seite 48, Finanzdienste

Cyrill Zosso möchte darauf hinweisen, dass die Billettsteuer miteinberechnet ist und somit würde diese auch zum Kompromissvorschlag zählen.

Seite 109 Antrag KFG: Verzicht Erhöhung Steuerfuss

Martin Zellweger stellt wie bereits angekündigt den Antrag der KFG auf die Steuererhöhung von 1.95 auf 2 Einheiten zu verzichten. Der Antrag wurde bereits begründet.

Gemäss Pascal Meyer möchte die GLP dem Stadtrat folgen und an der zwanzigstel Steuererhöhung festhalten, damit keine unnötigen Risiken aufgebaut werden.

Abstimmung Antrag KFG: Verzicht auf SteuerfusserhöhungAntrag der KFG wird mit 21 zu 4 Stimmen angenommen.

Albrecht Michèle	Ja (KFG)
Amrhein Bruno	Nein (StR/Meyer)
Bienz Viktor	Ja (KFG)
Bucher Zita	Ja (KFG)
Durrer Ivo	Ja (KFG)
Erni Matthias	Ja (KFG)
Felber Reto	Ja (KFG)
Fluder Hans	Ja (KFG)
Gomer-Beacco Bettina	Ja (KFG)
Gut Kathrin	Ja (KFG)
Koch Patrick	Ja (KFG)
Lengwiler Beda	Ja (KFG)
Lisibach Armin	Ja (KFG)
Meier Marco	Ja (KFG)
Meyer Pascal	Nein (StR/Meyer)
Niederberger Raoul	Ja (KFG)
Portmann Michael	Ja (KFG)
Purtschert Bruno	Ja (KFG)
Rüegg Beat	Ja (KFG)
Seeger Cedric	Ja (KFG)
Solari Simon	Nein (StR/Meyer)
Stofer Peter	Nein (StR/Meyer)
Vonesch Andreas	Ja (KFG)
Zellweger Martin	Ja (KFG)
Ziemssen Jörg	NICHT ABGESTIMMT
Zosso Cyrill	Ja (KFG)

Seite 109 Antrag KFG: Erhöhung Steuerertrag

Martin Zellweger stellt den Antrag von der KFG den Steuerertrag zu erhöhen. Es geht also um die Erhöhung der Erträge im Budget. Dies sei aufgrund von den Steuerentwicklungen im Jahr 2021.

Abstimmung Antrag KFG: Erhöhung Steuerertrag

Antrag wird mit 18 zu 3 Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Enthaltung
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Enthaltung
Gut Kathrin	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Enthaltung
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Enthaltung

Purtschert Bruno	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Seite 153, Familien-, Freizeit- und Kulturdienste

Simon Solari ist durch die Zahlen hindurch, war verwundert und hätte deshalb gerne eine Antwort vom Stadtrat. Wenn man die Stunden für die Kinder- und Jugendanimation genauer betrachtet, sieht man, dass diese im Budget 2023 drastisch zurückgehen. Der Personalbestand bleibt jedoch bestehen.

Marco Frauenknecht sagt, dass dies korrekt sei. Dies wurde der KBSG auch bereits so mitgeteilt und da wurde diese Frage auch gestellt. Dadurch, dass man nichtmehr vom Ressort Jugendanimation spricht, sondern vom Ressort Kind, Jugend und Familie, setzen sich die Mitarbeiter mit einem breiteren Spektrum auseinander. Gleichzeitig hat man auch bei den Besuchern gefragt, wann die Infobar und der Club geöffnet haben sollte. Man sich den Bedürfnissen von den Jugendlichen angepasst und so die Öffnungszeiten geändert. Da konnte man in der Zeit etwas gewinnen und diese Personalkosten kann man im Bereich Kind und Familien einsetzen. Marco Frauenknecht Frage wurde auch in der KBSG gestellt. Seit kleiner Departementsumstrukturierung setzen sich die Abteilungen. Es wurde nachgefragt, wann die Öffnungszeiten sein sollen,

Seite 168, Volksschule

Simon Solari hat auch hier die Zahlen genau betrachtet und bittet um Erklärung. Die Anzahl Kinder im Hort gehen im Vergleich zum letzten Jahr mehr als 30 % runter und im Jahr 2024 sollten die Zahlen wieder 40 % steigen. Bei den Mittagstischen sei es noch verheerender, denn da gehe es von 68 auf 30 und soll im Jahr 2024 wieder auf 70 steigen. Wie kann das genau sein? Welche Massnahmen sind angedacht? Für Simon Solari sei dies kein Familienfreundliches Budget, sondern mehr ein Familienfeindliches Budget und er tut sich schwer dieses mitzutragen.

Marco Frauenknecht dankt für die Frage, diese Situation wurde auch bereits in der KBSG erläutert. Diese Zahlen sind noch im Protokoll der KBSG ersichtlich. Marco Frauenknecht hat dort mitgeteilt, wie diese Einheiten zurückgingen. Diese gingen zurück, weil im Budget 2022 die Sparmassnahmen durchgesetzt wurden. Für das Budget 2023 musste mit den aktuellen Zahlen budgetiert werden. Wenn das Budget heute genehmigt wird, kann auch die Tarifierung gemacht werden und Kriens kann für das Jahr 2024 wieder familienfreundlichere Zahlen präsentieren.

Karin Schuhmacher Bürgi liest den Beschlusstext:

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens, nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr. 134/2022 des Stadtrates Kriens vom 21. September 2022 und gestützt auf § 26 Abs. 1 lit. C der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 beschliesst:

1. Das Budget 2023

-für die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand von 219'194'549 Franken und einem Gesamtertrag von 216'446'573 Franken, somit mit einem Aufwandüberschuss von 2'747'976 Franken wird beschlossen.

-für die Investitionsrechnung mit Bruttoinvestitionen von 13'202'000 Franken wird beschlossen.

-der Steuerfuss für das Jahr 2023 von 1.95 Einheiten wird unverändert festgesetzt.

-
- die Globalbudgets der Aufgabenbereiche (Globalkredit der Erfolgsrechnung und Bruttokredit der Investitionsrechnung) inkl. den politischen Leistungsaufträgen werden beschlossen.
 - der Steuerfuss für das Jahr 2023 von 1.95 Einheiten wird unverändert festgesetzt.
 - die Feuerwehersatzsteuer für das Jahr 2023 von 2 ‰ analog dem Vorjahr.
 - 2. Die Beschlüsse gemäss der vorstehenden Ziffer unterliegen dem fakultativen Referendum.
 - 3. Der Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 wird zur Kenntnis genommen.
 - 4. Mitteilungen an den Stadtrat.

Abstimmung über den Beschlusstext zu Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 mit Budget 2023 Nr. 134/2022

Dem Beschlusstext wird mit 22 zu 4 Stimmen zugestimmt

Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Purtschert Bruno	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

6a. Bericht und Antrag: Verlängerung der Frist zur Behandlung der Gemeindeinitiative «Boden behalten, Kriens gestalten – Bodeninitiative»

142/22

Räto Camenisch: Die Behandlung der Gemeindeinitiativen richtet sich nach dem Kantonsratsgesetz (KRG). Gemäss § 82b KRG muss der Stadtrat dem Einwohnerrat bei einer Gesetzesinitiative innerhalb von einem Jahr einen Entwurf für dessen Stellungnahme unterbreiten. Beantragt der Stadtrat die Ablehnung einer Initiative, kann er dem Einwohnerrat einen Gegenentwurf unterbreiten. Am 29. August 2022 unterbreitete der Stadtrat dem Einwohnerrat fristgerecht den Bericht und Antrag: Boden behalten, Kriens gestalten - Bodeninitiative (Nr. 127/22). Der Einwohnerrat wies jedoch den B+A zurück und gab dem Stadtrat den Auftrag,

einen Gegenvorschlag mit allen Beteiligten auszuarbeiten. Die rechtlichen Abklärungen haben im Austausch mit der Abteilung für Gemeinden ergeben, dass der Stadtrat beim Einwohnerrat gemäss § 82i KRG eine Fristverlängerung beantragen sollte, damit der Stadtrat ausreichend Zeit für die Überarbeitung des B+A unter Einbezug der Beteiligten hat. Die Verlängerung der Frist läuft bis am 28. Februar 2023. Der Stadtrat stellt Ihnen mit dem vorliegenden B+A Antrag zur Verlängerung der Frist bis am 28. Februar 2023.

Raoul Niederberger dankt dem Stadtrat im Namen der Grünen/glp-Fraktion, dass er so Proaktiv vorgegangen ist und dieser Bericht und Antrag im Nachgang aufbereitet hat. Dies war wahrscheinlich der Schönheitsfehler beim Vorgehen der letzten Einwohnerratssitzung. Nun hofft die Grüne/glp-Fraktion, dass die Bodeninitiative so bald wie möglich behandelt werden kann um eine gute Lösung zu finden.

Gemäss Michael Portmann wird die SP-Fraktion den Antrag selbstverständlich unterstützen. Sie haben den Sitzungsabbruch an der letzten Sitzung und das anschliessende Geschehen als sehr konfus erlebt. Das Eintreten der Parteien war unbestritten, jedoch konnte der Stadtrat nicht darauf eingehen. In diesem Sinne ist die SP sehr froh, dass der Stadtrat wieder den Lead übernommen hat. Die SP-Fraktion erwartet gerne die baldige Einladung zum runden Tisch sowie den überarbeiteten Gegenvorschlag.

Roger Erni nimmt das konfus sehr gerne auf, denn das Wort sei auch gefallen, als der Stadtrat die Sitzung nachbesprochen hat. Es gab ein Eintreten und ein Abbruch ohne dass der Stadtrat etwas sagen durfte. Roger Erni hatte eineinhalb Seiten vorbereitet um den Prozess und die Ideen aufzuzeigen. Nun wurde es ein rechtliches Thema. Der Stadtrat wollte so schnell wie möglich der runde Tisch einberufen und dann kann ein Gesetzesparagraph vom Kanton und der führe zu Diskussionen mit dem Amt für Gemeinden. Kathrin Graber hat dann gesagt, dass der Stadtrat diese Fristverlängerung beantragen muss und deshalb hat der Stadtrat hier den Lead wieder übernommen. Sonst hätte Kriens mit einer Stimmrechtsbeschwerde rechnen müssen und aufgrund der Dringlichkeit gab es nun auch eine Ergänzung der Traktandenliste. Roger Erni möchte als zuständiger Stadtrat Karin Schuhmacher Bürgi und ihrem Team danken. Roger Erni bittet die Parteien, dass sie schon vor dem runden Tisch untereinander nach Lösungen suchen, denn die Zeit ist immer noch sehr knapp.

Räto Camenisch stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und kommt deshalb zur Detailberatung. Keine Ergänzungen und kein Rückkommen.

Karin Schuhmacher Bürgi liest den Beschlusstext: Der Einwohnerrat der Stadt Kriens nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr. 142/2022 des Stadtrates Kriens vom 19. Oktober 2022 und gestützt auf § 16 Abs. 4 der Gemeindeordnung von Kriens vom 13. September 2007 (Nr. 0111) i.V.m. § 82b des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Kantonsrates (KRG; SRL 30) betreffend Verlängerung der Frist zur Behandlung der Gemeindeinitiative «*Boden behalten, Kriens gestalten – Bodeninitiative*» beschliesst: Die Frist zur Behandlung der Gemeindeinitiative «*Boden behalten, Kriens gestalten – Bodeninitiative*» wird bis zum 28. Februar 2023 verlängert. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlusstext

Wird mit 26:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja

Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Purtschert Bruno	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

6.b Beantwortung dringliche Interpellation Portmann: Welche Form der Gemeinnützigkeit gilt bei der Billettsteuer?

Michael Portmann dankt dem Stadtrat für die Beantwortung und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Antwort. Die Fragen wurden akut, da Michael Portmann wiederholt von Menschen nach den Billettsteuern gefragt wurde. Diese Interpellation dient in diesem Sinne für die Klärung und wurde deshalb auch 14 Tage vor der Sitzung eingereicht. Bei den Antworten eins und zwei wird häufig vom Eintrittspreis gesprochen. Das scheint gemäss dem Titel «Steuerobjekt» vom Art. 5 im Reglement der Billettsteuern auch so zu sein. Im Absatz eins von diesem Artikel wird jedoch von Eintrittsgeld und nicht Eintrittspreis gesprochen. Im Absatz zwei wird von einer Leistung in irgendeiner Form gesprochen. Das wäre kein Eintrittspreis und kein Ticket. Im Absatz drei steht, dass einen Aufschlag auf den Konsumationspreis ebenfalls als Eintrittspreis gilt. Es wird also angedeutet, dass eine Veranstaltung Billettsteuerpflichtig sein kann, ohne dass Tickets verkauft werden. Michael Portmann möchte deshalb genau wissen, was dies bedeutet und nimmt Bezug auf die Frage zwei bezüglich Quartiervereine und Quartierfeste. Ein Quartierverein ist ein Freizeitverein und organisiert Freizeitaktivitäten für die Mitglieder. Wenn ein Quartierverein an seinem Quartierfest essen verkauft, wird dies nicht nur zum Materialpreis verkauft, sondern es wird eine Gewinnmarge draufgeschlagen und dies wäre dann einen Aufschlag auf die Konsumation. Wenn sich also in der Kuonimatt 500 Bewohner an einem Quartierfest treffen und jede Person für etwa Fr. 30.00 konsumiert, ist man sehr schnell höher als Fr. 10'000.00. Michael Portmann fragt sich nun, ob der Quartierverein dann Billettsteuern bezahlen muss. Im Text steht, dass dies nicht so sei, da kein Eintrittspreis bezahlt werde. Wenn man dies jedoch streng auslegt, wäre der Quartierverein steuerpflichtig. Wenn dann noch ein Jassturnier und ein Weihnachtsmarkt vom Quartierverein organisiert wird, zahlt der Verein schon ziemlich viel Billettsteuern. In diesem Fall müsste eine kommunale Definition der Gemeinnützigkeit erstellt werden, damit ein erwünschter Quartierverein von den Billettsteuern befreit werden kann. Die Gallizunft macht ebenfalls viel für die Kultur und organisiert Umzüge. Da werden Plaketten verkauft und diese haben ebenfalls nicht nur den Materiellen Wert. Nach Art. 5 wäre also wieder eine Billettsteuer fällig. Hier müsste ebenfalls klar definiert werden, was es für die Gallizunft bedeutet, wenn sie Plaketten verkaufen. Michael Portmann versteht, wenn sich ein Quartierverein oder eine Gallizunft gegen eine Einführung der Billettsteuer wehren. Mit einer Verordnung könnte man dieses Problem lösen und die Gemeinnützigkeit Kommunal definieren. Bei der Antwort zur Frage vier dankt Michael Portmann für die Präzisierung. Er begrüsst es sehr und hofft, dass diese Fragen in einer Verordnung passend geregelt werden können. Michael Portmann hätte sich die Klärung dieser Fragen zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht.

Raoul Niederberger dankt dem Interpellant im Namen der Grünen/glp-Fraktion. Es sind sehr wichtige Fragen. Die Fraktion möchte ebenfalls dem Stadtrat für die Präzisierungen danken. Für die Grüne/glp-Fraktion stellt sich noch eine Frage zum Hinweis, welcher in der Antwort zu der Frage vier gegeben wird. Es steht, dass in der Umsetzung der Verordnung gewisse Ausnahmen vorgesehen sind, wie zum Beispiel die Juniorabteilungen. Die Grüne/glp-Fraktion findet solche Ausnahmen sinnvoll, jedoch ist ihnen wichtig, dass dies für alle Vereine gilt und nicht nur für den SCK oder den HCK.

Martin Zellweger dankt Michael Portmann, dass er in seinem Vorstoss die Dringlichkeit begründet hat, dies war sehr hilfreich. Reglemente gibt es bereits und dies steht auch in der Beantwortung. Obwohl die Fragen sehr interessant sind. Es gibt bereits bestehende Reglemente und diese sollen weiterhin so gelten. Es geht lediglich darum, dass der Geltungsbereich auch für Krienser Vereine gilt.

Andreas Vonesch dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für die klärenden Antworten. Für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion präzisieren die Antworten, was bereits in der Debatte zum Reglement gesagt wurde. In der Budgetdebatte hat der Einwohnerrat einen Konsens gefunden und nun erwartet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion, dass im Hinblick auf die Abstimmung aufgrund der Ausführungen, dem Bürger erklärt werden kann, wie dies gehandhabt wird und was es bedeutet. Andreas Vonesch möchte nochmals darauf hinweisen, dass mit dem Budget auch der Betrag für die Billetsteuern angenommen wurde. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hat sich besonders darüber gefreut, dass der Stadtrat die Gratistickets für die Junioren von den Billettsteuern ausnehmen will.

7. Beantwortung Interpellation Albrecht: Erhöhung der Hort Tarife sorgt für Aufregung

Gemäss Räto Camenisch liegt die Beantwortung vom Stadtrat schriftlich vor. Michèle Albrecht wünscht keine Diskussion. Da niemand opponiert gilt das Traktandum als erledigt.

8. Beantwortung Interpellation Meier: Wagenburg

Marco Meier möchte sagen, dass dies ein Thema sei, welches von Krienserinnen und Kriensern an ihn getragen wurde. Dieses Thema beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger von Kriens. Es geht nicht darum diese Wohnform oder diese Menschen in Frage zu stellen. Dies wurde in den Medien teils so vermittelt. Die Handlungen, welche von diesen Bewohnerinnen und Bewohner ausgehen, müssen jedoch hinterfragt werden. Marco Meier war wichtig, dass das Augenmerk auf die folgende Grundlage legt. Das Zusammenleben kann nur funktionieren, wenn sich alle an die gesetzlichen Rahmenbedingungen halten. In der Schweiz kann man diese Rahmenbedingungen zu Glück selber mitbestimmen. Folglich war das übergeordnete Ziel der Interpellation, dass es eine Lösung gibt und dass eine Grundlage erarbeitet wird. Marco Meier findet es wichtig, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner an die Rahmenbedingungen halten und einen Beitrag an die Gemeinschaft leisten. Dazu gehört, dass man sich in Kriens anmeldet. Ebenso gehört es dazu, dass eine Lösung für eine Zwischennutzung findet. Wie auch immer diese Lösung aussieht, es soll einfach etwas Offizielles geben und die Bauten, welche dort erstellt wurden müssen bewilligt werden. Nichts machen und einfach dulden ist keine Option. So werden falsche Signale ausgesendet. Jede und jeder, welche das mühsame Bewilligungsverfahren durchläuft und auch bezahlt, fühlt sich etwas hintergangen. In der Zwischenzeit konnte sich Marco Meier mit zwei Bewohnerinnen unterhalten. Er spürte durchaus, dass eine gewisse Offenheit vorhanden ist, um Lösungen zu erarbeiten. Marco Meier findet es spannend, dass in der Beantwortung gesagt wird, dass dort zwölf Personen sind und zwei davon angemeldet und die Bewohnerinnen haben gesagt, dass dort neun Personen sind und sechs davon angemeldet. Die Sickergrube wurde

ebenfalls bestätigt, welche aktuell nicht bewilligt ist und aufgrund der illegalen Besetzung auch nicht bewilligt werden kann. Weiterhin wurde bestätigt, dass die Kommunikation mit der Stadt Luzern und der Stadt Kriens aktuell auf Stillstand ist. Marco Meier beurteilt es so, dass die Bewohnenden bereit für die Diskussion wären und deshalb wünscht er sich vom Stadtrat, dass er den Schritt macht um eine Lösung zu erarbeiten.

Raoul Niederberger dankt für die Beantwortung der Interpellation. Aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion, zeigt die Beantwortung klar auf, dass die Zwischennutzung durch die Wagenburg relativ problemlos funktionierte. Für die Grüne/glp-Fraktion ist es deshalb begrüssenswert, dass auf diesem Areal endlich wieder Leben eingekehrt ist. Das Areal eignet sich bestens für eine Zwischennutzung, wie es die Stadt Luzern und die Stadt Kriens bemerkt hat. Auch wenn das Vorgehen der Bewohnenden der Wagenburg nicht ganz korrekt war, haben sie es doch geschafft, dass die beiden Städte endlich anfangen sich mit der Zwischennutzung von diesem Areal auseinander zu setzen. Raoul Niederberger spricht hier ganz bewusst von einer Zwischennutzung, denn für die Grüne/glp-Fraktion ist klar, dass dieses Areal eine wichtige strategische Landreserve im Entwicklungsgebiet Luzern-Süd ist und nicht ohne Not überbaut werden soll. Nachdem beide Städte im Juni 2022 eine Absichtserklärung unterzeichnet haben, ging es Planmässig nochmal zwei Jahre bis das Areal für eine Zwischennutzung zur Verfügung gestanden wäre. Dieser lange Prozess ist für die Grüne/glp-Fraktion unverständlich. Insbesondere nach der Überweisung vom Postulat Nr. 177/2019 hat der Stadtrat ausgeführt, dass ihm die Wichtigkeit der Zwischennutzung bewusst ist und er deshalb eine Plattform schaffen will, welche Grundeigentümer und mögliche Nutzer von leerstehenden Flächen zusammenführt. Die Grüne/glp-Fraktion hofft, dass das Areal nach der Zwischennutzung durch die Wagenburg nicht einfach wieder brachliegt, sondern dass ein Weg gefunden wird, damit eine bewilligte Zwischennutzung das Projekt ablösen oder weiterführen kann.

Hans Fluder erläutert, dass diese Wagenburg seit 2021 auf dem Areal im Hinterschlund steht, welches der Stadt Luzern gehört. Steuern zahlen müssen diese Bewohner aber in Kriens. Nur gerade zwei Personen kommen dieser Verpflichtung nach, man vermutet, dass circa zwölf Bewohner sich auf dem Areal aufhalten. Die SVP findet das eine absolute Frechheit von der Stadt Luzern, solche Missstände zu dulden. Das ganze Areal ist eingezäunt und nur durch ein Tor kommt man auf das Gelände. Das Tor wurde von diesen Bewohnern aufgebrochen, was zu einer Strafanzeige geführt hätte. Keine Person kann einen Wohnwagen irgendwo hinstellen. Das ist gesetzlich verboten. In kurzer Zeit wäre die Polizei vor Ort und der Wohnwagen müsste auf einen Campingplatz gestellt werden und dort Ordnungsgemäss die Gebühren entrichten. Mit der Hygiene nehmen es diese Wagenburgbesitzer nicht so genau. Das verschmutzte Wasser wird einfach in eine Sickergrube zugeführt und ob das Abwaschmittel, Waschpulver und Duschmittel biologisch abbaubar ist, das bezweifelt Hans Fluder. Mit den Hausbesitzern im Hochwald ging man resoluter um und die nicht bewilligten Anbauten und Cheminéés müssen zurückgebaut werden. Die SVP fragt sich, wo da die Gerechtigkeit ist. Der Stadtrat von Kriens muss der Stadt Luzern Druck machen, dass Kriens diese Wagenburg nicht akzeptiert. Das Gesetz muss durchgesetzt werden, man darf nicht einfach wegschauen sonst häufen sich solche Ereignisse.

Andreas Vonesch bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion bei Marco Meier für diese Interpellation und beim Stadtrat für deren Beantwortung. Zur Wagenburg im Hinterschlund sind aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion diese Fragen berechtigt. Die Besiedelung des Areals durch die Bewohner der alternativen Wohnform ist nicht rechtskonform. Sie halten sich illegal auf dem Grundstück auf. Die Stadt Luzern hat wohl Strafanzeige eingereicht, duldet aber die Inbesitznahme bis auf weiteres. Das stört Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion eigentlich nicht gross, denn die Anwohner fühlen sich nicht beeinträchtigt und negativ tangiert. Der Stadtrat Kriens setzt sich gemäss Beantwortung der Interpellation für die zeitnahe Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes ein. Sie interpretieren auf Grund der Fragenbeantwortung, dass dies eher mit grosser Gelassenheit und Toleranz geschieht. Dies kann Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion auch verstehen und stört sich nicht gross daran, wenn Leistungsbezüge wie Wasser, Strom, die Einhaltung von Umweltauflagen (Abwasser,

Feuer, usw.) eingehalten werden. In der Beantwortung der Interpellation wird prominent auf die Absichtserklärung zwischen der Stadt Luzern, der Stadt Kriens und des Gebietsmanagements LuzernSüd zur gemeinsamen Entwicklung des gesamten Areals hingewiesen. Die Mitte/Junge Mitte begrüsst, dass auf Grund der Realisierungsdauer eines Projekts eine Zwischennutzung in Absprache mit der Stadt Luzern und Kriens und dem Kanton angestrebt wird. Eine mögliche Nutzung des Areals für den vorübergehenden Wohnaufenthalt von geflüchteten Menschen aus der Kriegssituation in der Ukraine beurteilen sie positiv und es würde zudem zur Entspannung der Situation der kantonalen Quotenregelung für eine Gemeinde beitragen.

Cedric Seger dankt dem Interpellant für die gestellten Fragen und dem Stadtrat für die Beantwortung. Überall wird gesagt, wie wichtig die Diversität in allen Bereichen und Formen ist. Unsere Gesellschaft zeichnet sich genau durch diese Diversität aus. Die Schweiz hat sich mit ihrem System dem Schutz von Minderheiten verpflichtet. Die SP-Fraktion ist froh, dass der Interpellant das gesellschaftlich Liberale denken ebenfalls pflegt. Die SP-Fraktion ist sich natürlich bewusst, dass hier ein Rechtsstaat ist und sich alle an die Regeln halten müssen. Die Antwort vom Stadtrat zeigt auf, dass sich gewisse Befürchtungen nicht bestätigen lassen. Es wird nicht unrechtmässig Wasser verwendet und es gibt auch keine Probleme mit der Entsorgung. Die Stadt Luzern hat den juristischen Weg beschritten und duldet die Anwohner. Die Bewohnenden zahlen also für ihr Wasser, für die rechtmässige Entsorgung ist gesorgt und die Stadt nimmt ihre Pflicht wahr und weist auf Verstösse hin. Das Areal scheint in naher Zukunft immernoch brach zu liegen und eignet sich für die vorliegende Nutzung. Die SP-Fraktion ist ebenfalls an einen lösungsorientierten Dialog mit den Bewohnenden interessiert. Deshalb ist die SP froh, dass die Bewohnenden ihrer Einladung gefolgt sind und den Einwohnerrat besucht haben und so Marco Meier den Kontakt zu ihnen suchen konnte.

Cyrill Zosso hätte auch sehr gerne einen rechtmässigen Zustand. Vor allem wenn es die breite Krienser-schaft dermassen beschäftigt. Cyrill Zosso möchte noch eine andere Sichtweise einbringen. Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sollten einen gewissen Filter über die Ansprechpersonen der Krienserinnen und Krienser legen. Mit dieser Interpellation wurde nämlich eine kleine Gruppe von Menschen ziemlich heftig an den Pranger gestellt. Auch wenn das nicht bewusst gemacht wurde, der Schaden ist angerichtet. Das ist für Cyrill Zosso kein richtiger Umgang mit Minderheiten. Wenn man die Anwohner dort so lange duldet wie man die illegalen Bauten im Hochwald geduldet hat, hat man diese noch eine ganze Weile.

Maurus Frey dankt für die unaufgeregte Diskussion zu einem Thema, welches die ein oder anderen Emotionen anspricht. Der Sprecher stellt fest, dass der Stadtrat insbesondere mit dem Interpellant gemeinsame Interessen hat. Es geht darum, dass das Zusammenleben funktioniert und dass rechtskonforme Zustände erschaffen werden. Die Hausbesitzer im Hochwald sowie auch die Bewohner der Wagenburg sollen gleich behandelt werden. Diese Interessen verfolgt der Stadtrat als Interessensvertreter der Krienser Bevölkerung. Die Interpellation wurde am 8. Juli ausgegeben und die Zahl der Bewohner war damals aktuell. Seit der illegalen Besetzung von diesem Land ist schon viel Zeit verstrichen, jedoch gab es auch viel Unterbrechung. Die aktuelle Unterbrechung ist das Interesse vom Kanton, das Gebiet Hinterschlund als Wohnunterkunft für geflüchtete zu nutzen. Dem Stadtrat geht es um eine Wiederherstellung von einem gesetzeskonformen Zustand. Der Einwohnerrat kann sich sicher sein, dass ein sehr intensiver Kontakt zwischen der Stadt Luzern und der Stadt Kriens stattfindet. Maurus Frey glaubt mit dem gefühlten siebten Vorstoss zur selben Parzelle sind alle zum Schluss gekommen, dass Kriens kein brachliegendes Land möchte, welches nur für den LUGA-Parkplatz genutzt wird. Die Stadt Kriens muss aktiv gestalten, anstelle nur mit sich geschehen lassen. Dies sei das Lernige, welches der Stadtrat versucht in Anwendung zu bringen. Zuletzt gab es Diskussionen, weil auf diesem Areal ein Car-Parkplatz erstellt werden wollte. Kriens ist besser beraten, wenn sie das Heft selber in die Hand nimmt und sich nicht Nutzungen diktieren lässt. Kriens ist kurz davor die Ausschreibung für die Zwischennutzung zu machen. Der aktuelle Zustand ist mit privatrechtlicher und öffentlich rechtlicher Gesetzgebung nicht kompatibel. Kriens ist also kurz davor dort eine bewilligte Zwischennutzung zu erhalten. Die Stadt Kriens hat mit der Stadt Luzern Bedingungen und Fristen gestellt, bis

wann dies erreicht werden soll und ist auch optimistisch, dass bald kommuniziert werden kann, wie es weitergeht.

9. Beantwortung Interpellation Solari: Amphibienschutz in Kriens

Peter Stofer dankt dem Stadtrat für die Beantwortungen seiner Interpellation. Die Antworten haben Simon Solari sehr zufrieden gestellt. Auch hat er festgestellt, dass Kriens schon bereits aktiv geworden ist und ein Freiwilligenteam aufbaut. Selbstverständlich hat sich Simon Solari schon für so einen freiwilligen Einsatz gemeldet. Soweit Simon Solari richtig informiert ist, soll im Januar eine Anzeige im KriensInfo erscheinen. Somit hofft er, dass er den einen oder anderen Einwohnerrat oder Stadtrat nächsten Frühling in diesem Team begrüßen kann für eine gute Tat.

Patrick Koch findet es gut und sinnvoll, wenn sich Parlamentarier für bedrohte Tierarten einsetzen. 70 % Prozent der einheimischen Amphibienarten sind auf der roten Liste. Die SVP hat bereits im Jahr 2017 die Interpellation «nachhaltiger Unterhalt der Schulhausweiher» eingereicht und auf den desolaten Zustand der damaligen Schulhausweiher hingewiesen. Inzwischen wurden die meisten Weiher wieder hergerichtet und die Stadt hat ein Pflegekonzept für die stadteigenen Laichgewässer erstellt. Die qualitative Aufwertung der Fortpflanzungsgewässer dürfte sich positiv auf die Bestandesentwicklung auswirken. Weiter findet die SVP es sehr positiv, dass die Stadt Kriens Ausstieghilfen in verschiedenen Strassenschächten angebracht hat und somit nicht untätig geblieben ist. Wie die Stadt richtig feststellt, sind die vom Interpellanten genannten Brennpunkte der Amphibienwanderung für Schutzzäune ungeeignet. Die Strasse zur Schiltalp ist zudem vom Dorf weit abgelegen. Helfersonal hätte einen sehr langen Anfahrtsweg. Diese Strasse wird von einer überschaubaren Anzahl von Fahrzeugen befahren. Diese Leute sollten direkt kontaktiert und sensibilisiert werden. Hier können auch Signalisationstafeln sinnvoll sein. Der hohe personelle und organisatorische Aufwand für Kontrolle und Wartung darf nicht unterschätzt werden. Die Zäune schützen die Tiere nur auf der Hinwanderung zum Laichgewässer aber nicht auf deren Rückwanderung. Gerade die verletzbaren Jungtiere sind so nicht geschützt. Auch soll sich schon mal ein Dachs an einem mit Froschlaiben gefüllten Eimer gütlich getan haben. Die SVP-Fraktion findet den Ansatz der Stadt gut, wonach Helferteams die Tiere bei der Laichwanderung über die Strasse tragen. Freiwillige vor. Vielleicht könnte der Interpellant die Organisation dieser Aufgabe bei der Hubelstrasse übernehmen. Die SVP würde seinen Beitrag zum Amphibienschutz sehr schätzen.

Für Andreas Vonesch und Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion greift der Interpellant ein wichtiges Thema auf, denn es sei immer ein ganz trauriges Bild, wenn zur Laichzeit sehr viele Amphibien beim queren von Verkehrswegen überfahren werden. Gemäss der Beantwortung der Interpellation ist sich die Stadt Kriens sehr wohl dieser Problematik bewusst. Sie zeigt sogar auf, wo und wie sie aktiv den Amphibienschutz unterstützt. Selbst der Kanton Luzern mit der Dienststelle Landwirtschaft und Wald steht zu diesem Thema mit der Stadt im Austausch. Die Stadt tut aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion schon viel für den Amphibienschutz. Jetzt geht es aber auch darum, während der Wanderungszeit andere (Gruppen, Quartierbewohner, Vereine) zu sensibilisieren und zur freiwilligen Mithilfe zu motivieren. Fachmännische Unterstützung dabei zugesichert. Vielleicht wäre dies auch ein Projekt, bei dem Sekundarschulklassen als Ergänzung zu «Suubers Chriens» mitmachen könnten. Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion dankt allen Freiwilligen für ihren Einsatz.

Reto Felber dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die SP-Fraktion nimmt die Antwort mit grossem Wohlwollen zur Kenntnis. Viel muss eigentlich nicht mehr gesagt werden, da viel von den Vorredner bereits angesprochen wurde. Die SP-Fraktion begrüsst die Zusammenarbeit mit Privatpersonen und

Vereinen bei diesem Geschäft. Es soll allerdings geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, Schulklassen mit ins Boot zu holen. Dies würde noch eine vorteilhafte Kombination der Schutzmassnahmen mit einer Ausbildungslektionen ermöglichen. Eine Zusammenarbeit zwischen Quartiervereinen und Schule, kann das Projekt nachhaltig festigen und hoffentlich vielen Lehrpersonen, Kindern und Eltern Freude bereiten. Schön wenn sich daraus sogar eine Verbesserung der Bildungslandschaft für das Quartier und für die gesamte Stadt ergeben würde.

Maurus Frey dankt für die positive Aufnahme von dem Engagement. Der Stadtrat dankt ebenfalls für die zusätzlichen Inputs. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es wichtig ist den Lebensraum lebenswert zu gestalten. Für menschliche Bewohnerinnen und Bewohner sowie auch für Amphibische. Am einten oder anderen Ort braucht es Verkehrsmassnahmen, damit der Lebensraum so gestaltet werden kann, dass er Lebenswert und auch sicher ist. Es wurden Schilder angebracht an diesen Stellen oder diese werden angebracht, sobald die Wandersaison beginnt. Bezüglich dem Aufruf vom Interpellant, dass sich möglichst viele Parlamentarier oder der ein oder andere Stadtrat bei diesem Unterstützungsteam beteiligt, ist Maurus Frey noch spontan in den Sinn gekommen, ob Kriens überhaupt eine Fussballmannschaft hat «FC Einwohnerrat». Soweit Maurus Frey weiss, gibt es den nicht, jedoch könnte man einen Schritt weitergehen und ein Helferteam aufbauen und sich nicht im Sport profilieren, sondern in der Hilfe der Natur.

10. Beantwortung Interpellation Ziemssen: Welche Auswirkungen hat der neue Schwimunterricht in Kriens?

Jörg Ziemssen dankt dem Stadtrat und den involvierten Personen für die Beantwortung seiner Interpellation. Der Sprecher nimmt die Antwort zur Kenntnis, dass das Schulschwimmen aus Kostengründen nicht mehr für die 1. + 2. und 5. + 6. Klasse stattfindet. Teilt man die Einsparungen (man spricht hier von internen Kosten) von Fr. 49'400.00 auf, dann resultiert für die 1. + 2. Klasse ein Betrag von Fr. 24'700.00. Jörg Ziemssen findet dieses neue Schwimm-Schul-Angebot sehr schade, denn somit werden kleinere Kinder von ärmeren Familien benachteiligt, wenn Eltern die private Schwimmschule nicht finanzieren können. Lebenswert ist, dass man die korrekte Verrechnung bei externen Nutzern auch beim Schwimmbad umsetzt. Dies entspricht für Jörg Ziemssen einer transparenten Umsetzung der Immobilienstrategie. Nun besteht allerdings die Herausforderung, diese Cash-Einnahmen beim Schwimmbad zu generieren und die Auslastung zu steigern. Sehr interessant findet Jörg Ziemssen die Botschaft, dass es Möglichkeiten für die Lehrperson im Zyklus 1 und 2 gibt, mit ihren Kindern schwimmen zu gehen. Obwohl es die Schwimm-Strategie ist, genau dies nicht mehr anzubieten. Die theoretischen Voraussetzungen dafür sind, dass Nachmittage durch den Schwimmunterricht der 3. + 4. Klasse nicht besetzt sind, sowie die Lehrperson eine SLRG-Anerkennung habe. Wenn die Lehrperson heute einen Tagesausflug mit seiner Klasse unternimmt ist es die Voraussetzung, dass mehrere erwachsene Personen die Klasse begleiten. Aber wenn es um einen Ausflug ins Wasser geht, reiche eine Lehrperson mit SLRG-Anerkennung. Bevor das mögliche Plantschen losgehen kann, sucht sich die Lehrperson zuerst freie Wasserflächen. Dies findet Jörg Ziemssen eine ziemliche Herausforderung und grosse Verantwortung. Theorie vs. Praxis. Der Interpellant ist überzeugt, dass nach einer guten Analyse der Auslastung bei der externen Vermietung eine Kombination mit Wiedereinführung des Schulschwimmens im Zyklus 1 und 2 sehr sinnvoll und möglich wäre. Für die 5. + 6. Krienser Klassen ist es für ihn akzeptabel. Einige setzen bereits heute bei schönem Wetter ihren Turnunterricht im Parkpad um. In seiner anderen Interpellation «ISS-Modell» liegt der Fokus der Antworten auf den pädagogischen und nicht bei den finanziellen Überlegungen. Beim Schulschwimmen für die 1. + 2. Klasse legt der Stadtrat hingegen klar seinen Fokus auf die finanziellen Aspekte. Daher findet es Jörg Ziemssen sehr schade, dass bei einem Wachstum des Globalbudgets Bildung von gut Fr. 2'000'000.00 das Schulschwimmen bei den 1. und 2. Klässlern kein Platz gefunden hat. Notabene handelt es sich hier bei der Wiedereinführung nur um Fr. 25'000.00 bei Totalausgaben von Fr. 72'000'000.00. Aus Sicht der FDP-Fraktion setzt der Stadtrat wieder einmal mehr sehr spezielle Prioritäten bei den Finanzen. Es ist ihm ein grösseres Anliegen das Bildungsgeld für das Grossprojekt «Einführung ISS-Modell» einzusetzen anstelle Schulschwimmen für die

kleinsten Primarschüler anzubieten. Der Stadtrat scheint den finanziellen Fokus dort einzusetzen wo er nicht im Detail weiss wie die finanzielle Reise dieses ISS-Projektes aussehen wird.

Raoul Niederberger erinnert an die Budgetdebatte von heute Morgen. Es wurde lang gerungen, dass dieses Budget so durchkommt. Auch in diesem Budget wurden wieder Vorgaben gemacht, wie viel der Stadtrat für die Bildung einsetzen darf. Man hat schon vor einem Jahr dem Stadtrat einen ganz klaren Sparauftrag gegeben. Das Resultat daraus war, dass der Schwimmunterricht gekürzt wird. Die Grüne/glp-Fraktion geht mit dem Interpellanten einig und sie fänden es ebenfalls schön, wenn der Schwimmunterricht bereits in der ersten und zweiten Klasse durchgeführt wird. Der Interpellant hat jedoch heute Morgen beim Budget auch gesagt, dass Kriens für zwei Jahre konsolidieren soll. Dies ist für Raoul Niederberger auch ein Teil der Konsolidierungsmassnahmen. Der Stadtrat hat seine Prioritäten gesetzt und Raoul Niederberger findet es auch korrekt, dass man den Wechsel zum ISS macht. Mit einem minimalen Budget erhält man eben auch nur minimale Leistungen. Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben. Wer Leistungen möchte, muss bereit sein auch etwas dafür zu bezahlen. Der Einwohnerrat hatte die Chance zum Beispiel heute Morgen eine Steuererhöhung zu veranlassen. Jetzt im Nachhinein zu sagen, dass man mit dem Angebot nicht zufrieden ist, findet die Grüne/glp-Fraktion schwierig, wenn man nicht bereit ist der Stadt Kriens die nötigen Mittel dafür zu geben.

Trotz irritierender Interpellations-Titelüberschrift handelt es sich laut Beat Rüegg bei diesem Vorstoss nicht um «neuen Schwimmunterricht», sondern um die Neu-Organisation des obligatorischen VSK-Schwimmunterrichts mit allen 3.-4. Schuljahrklassen. Da der Hallenbad-Kostendeckungsgrad bisher nur 21 % erreichte, und das jährliche Defizit Fr. 522'000.00 betrug, entschied der Stadtrat in Absprache mit der VSK-Leitung, ab Sommer 2022 ein Neu-System der Wasserflächenmiete für Gruppennutzende einzuführen. Grundsätzlich ist die kantonale Schulvorgabe betreffend Schwimmunterricht im 3. + 4. Schuljahr mit WOST17 und Lehrplan 21 erfüllt. Es sind mindestens neun mal zwei Lektionen blockweise pro Schuljahr durchzuführen. Mit dem Minimalziel «Bestehen des Wassersicherheitschecks nach BfU». Aufgrund des kürzlich verabschiedeten GESAK-Konzepts soll insbesondere im Sommer auch das Parkbad für den VSK-Schwimm-/Sportunterricht vermehrt genutzt werden. Ebenso sind die Eigen- und Fremdvermietungs-Statistiken von Hallenbad und Parkbad optimiert einzusetzen, um «freie Wasserflächen» vermehrt aktiv zu promoten und/oder den VSK zukünftig wieder zur Verfügung zu stellen. Mittels VSK-Hallenbad-Belegungs-Reduktion resultiert eine grössere vermarktbare Wasserfläche für Externe und dadurch ein substantiell erhöhter Kostendeckungsgrad.

Beda Lengwiler bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Interpellanten für den Vorstoss und dem Stadtrat für die Beantwortung. Neu werden nur noch 3. und 4. Primarklassen in Genuss von dem Schwimmunterricht kommen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hält dies für sehr schade und bedauernswert. Viele Eltern können sich den fehlenden Schwimmunterricht in einer privaten Schwimmschule nicht so einfach leisten. Somit lernen die Kinder das Schwimmen nicht mehr gleich gut wie bisher. Schlussendlich muss leider der Tatsache ins Auge geschaut werden. Die Wasserflächen sind sehr teuer und die Stadt Kriens vermag sie – trotz des stadteigenen Hallenbades – nicht mehr. Dies ist etwas, was Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion mit Zähneknirschen akzeptieren muss. Das, was ihnen positiv in der Beantwortung aufgefallen ist, ist, dass die Stadt Kriens den Schwimmunterricht optimiert. Neu wird der Unterricht in Blöcken gestaltet, damit der Schwimmunterricht intensiver ist. Ausserdem wird die Lektion von 45 auf 60 Minuten angepasst. Diese beiden optimierenden Anpassungen haltet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für Sinnvoll. Schlussendlich muss die Fraktion der Entscheid aus finanziellen Gründen zur Kenntnis nehmen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion macht sich dafür stark, dass der Schwimmunterricht wieder ausgeweitet wird, sobald die Stadt Kriens aus der finanziellen Misere raus ist und es die Krienser Finanzen erlauben.

Kathrin Gut dankt im Namen der SP-Fraktion für die Interpellation und die Beantwortung durch den Stadtrat. Die SP bedauert die Reduktion des Schwimmunterrichts. Leistungen kürzen tut weh, insbesondere wenn es bei den Kindern ist. Interessant ist, dass der Vorstoss der FDP, ohne Finanzierungsvorschlag vorliegt. Wer Wassersicherheit will, muss diese Sicherheit auch finanzieren wollen. Leider klappte es in den letzten zwei Jahren nicht mit der Stärkung der Einnahmeseite mit moderaten Steuervorlagen. Gerne wüsste die SP auch in welchem Projekt aus der Finanzstrategie eine Reduktion und somit die Ausgabenkürzung für den Schwimmunterricht vorgeschlagen wurde? Sicheres Schwimmen ist eine wichtige Grundvoraussetzung insbesondere hier in Kriens in der Nähe von Fluss und See. Schwimmen zu können ist die beste Lebensversicherung gegen den Ertrinkungstod und Ertrinken ist bei Kindern eine häufige unfallbedingte Todesursache. Deshalb ist Reduktion des Schwimmunterrichts auf das Minimum gemäss Lehrplan 21 nur aufgrund des finanziellen Drucks falsch. In der Antwort des Stadtrats steht, dass der Unterricht alle drei Wochen stattfindet. Empfohlen von der Dienststelle des Kantons Luzern in der Weisung zum Lehrplan 21 über den obligatorischen Schwimmunterricht wird aber folgendes: «Der Schwimmunterricht sollte wöchentlich oder vierzehntäglich durchgeführt werden. Wenig effizient ist es, den Schwimmunterricht einmal pro Monat einzuplanen.» Gemäss der Empfehlung des Vereins Swimsports, sollte der Schwimmunterricht in Blöcken idealerweise wöchentlich, zirka zehn Wochen hintereinander stattfinden. Zwei Wochen sind auch vertretbar. Der Schwimmunterricht sollte konzentriert stattfinden, auf keinen Fall nur ein Mal pro Monat, dies sei verlorene Zeit und Energie, und der Schwimmunterricht werde zu einer simplen Badestunde ohne Lerneffekt. Ein Intervall von drei Wochen in Kriens ist zusätzlich zur Streichung des Unterrichts in der 1. + 2. sowie 5. + 6. Klasse eine klare Verschlechterung. Und wieder verliert die Stadt Kriens mit einer weiteren Sparmassnahme auf dem Buckel der Familien an Attraktivität. Unter anderem steht, dass bei genügend Kapazität der Betrieb wie bis anhin genutzt werden kann. Wichtig dazu ist mindestens eine erwachsene Person, die über ein Brevet der Schweizerischen Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG) verfügt. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass eine Lehrperson mit Kindern vom 1. Zyklus dies nutzen wird. Ist es doch eine zu grosse Herausforderung mit Kindern der 1. und 2. Klasse ins Wasser zu gehen, wenn diese noch keinen Unterricht hatten. Gemäss Empfehlung von Swimsports ist das ideale Lernalter zwischen 7 und 10 Jahren und der Schwimmunterricht sollte von der 1. - 4. Klasse angeboten werden. Auch gegen diese Empfehlung wird verstossen in Kriens. Begrüssenswert wäre mindestens in der 1. + 2. Klasse Wassergewöhnungsstunden wieder einzuführen und damit die Wassersicherheit zu erhöhen. Im 3. Zyklus kann einer Lehrperson durchaus einfacher die freiwillige Organisation von Wasserzeit zugemutet werden, damit weitere Kompetenzen erreicht werden können. Noch einmal: Schwimmen zu können ist die beste Lebensversicherung gegen den Ertrinkungstod, leider können sich nicht alle Eltern privaten Schwimmunterricht leisten. Da kommt die Frage auf: Lohnt sich der Abbau bei diesen kleinen Einsparungen.

Laut Beat Tanner wurde der FDP vorgeworfen, dass sie nicht gesagt haben, wie der Schwimmunterricht finanziert werden soll. Laut ihren Berechnungen geht es hier um Fr. 25'000.00. Die Immobilienabteilung verrechnet neu die Wasserflächen. Die Schulen zahlen also der Immobilienabteilung Geld für den Schwimmunterricht. Das ist wie das Geld von der linken in die rechte Hosentasche zu legen. Die Rechnung bleibt gleich. Diese Massnahme bringt erst etwas, wenn man die Wasserfläche extern vermieten kann. Denn so kann man Einnahmen generieren und die Kasse aufbessern. Ansonsten hat man einfach das Schulschwimmen gestrichen und es passiert nichts. Um die Kosten für die Einführung vom ISS zu tragen wurden einfach die Prioritäten so gesetzt, dass das Schulschwimmen weit hinten ist. Mit diesem Budget zu sagen, es sei nicht finanzierbar sei nicht korrekt.

Cyrill Zosso findet, dass man noch sehr viel könnte, wenn man es wirklich will. Die Prioritäten werden halt gesetzt und dieser Budgetposten ist immer sehr hart umstritten. Der Stadtrat hat hier einfach gewissem Druck standgegeben.

Marco Frauenknecht dankt für die Rückmeldungen. Es ist wirklich ein kleiner Bruchteil, jedoch führt jedes Prozent, welches das Budget der Volksschule hochgeht zu einer heissen Diskussion. Der Schwimmunterricht wurde jahrelang freiwillig gemacht, wie so vieles anderes in der Stadt Kriens. Die Betriebskosten pro Schüler sind so immer weiter in die Höhe gestiegen. Der Einwohnerrat hat der Auftrag gegeben, dass die Betriebskosten unter den kantonalen Durchschnitt gebracht werden. Das ist in diesem Jahr zum ersten mal geglückt. Dafür müssen Leistungen, welche die Stadt Kriens erbringt auf die kantonalen Vorgaben minimiert werden. Leistungen werden nicht gestrichen sondern lediglich den Vorgaben vom Kanton angepasst. Die Vermarktung ist was am Schluss Geld gibt. Die Immobiliendienste sind in diesem Bereich in vollem Gang. Der Stadtrat hat gerade kürzlich darüber diskutiert, welche Leistungen die Stadt Kriens wieder geben kann und trotzdem unter dem kantonalen Durchschnitt bleibt. Der Unterricht soll für die Lehrpersonen sowie auch für die Lernenden attraktiver werden. Marco Frauenknecht hat mitgenommen, dass gewünscht wird, dass der Schwimmunterricht im Zyklus eins wieder stattfinden kann. Dies nimmt er sehr gerne mit für die Planung vom Schuljahr 2023/24 und die folgenden Jahre.

11. Beantwortung Interpellation Erni: Tempo-30-Zone auf der Zumhofstrasse

Matthias Erni bedankt sich beim Stadtrat, dass er ihm die Fragen beantwortet hat auch wenn der Interpellant gebeten wurde diese Fragen nicht zu stellen, beziehungsweise mit Verweis auf das laufende Gerichtsverfahren seine Interpellation unbeantwortet zurückzuziehen. Die Stadt Kriens plant erhebliche Verkehrsbehinderungen mit baulichen Massnahmen. Dabei handelt es sich nicht um triviale Signalisationsänderungen, sondern um Strassenverengungen und Pollern. Die Bevölkerung hatte dazu keine Möglichkeit der Partizipation. Die Beantwortung weckt beim Interpellant den Eindruck, dass sich Kriens hinter Begriffsdefinitionen versteckt. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort eine «öffentliche Vernehmlassung» sei nicht nötig. Das kann von Gesetzes wegen so sein. Auch wenn es das Gesetz nicht 1:1 vorgibt, dürfte man Bevölkerung bei solch einschneidenden Verkehrsbehinderungen auf einer Hauptdurchfahrtsstrasse trotzdem eine Möglichkeit der Partizipation bieten. Es sei gemäss dem Stadtrat auch keine politische Entscheidung. Daher entscheide das die Verwaltung. Das erweckt den Eindruck die Verwaltung führt in diesem Thema an und setzt ihre Interessen durch. Das Interesse der direktbetroffenen ist dabei sekundär. Eine Plattform zur Mitwirkung gleichzeitig zur Veröffentlichung im Kantonsblatt (und damit während der Beschwerdefrist) aufzuschalten sei offensichtlich nicht als ernstes Diskussionsangebot gemeint. Es erweckt eher den Eindruck einer Scheinmitwirkung für bereits vollendete Tatsachen. Der Stadtrat spricht in seiner Beantwortung von Signalisationsänderung. Bei diesem Projekt wird eine ganze Strasse mit Absperrpfosten verbarrikadiert. Die Verkehrssicherheit wird mit diesen Hindernissen eher verschlechtert als verbessert. Das Erscheinungsbild der Strasse wird somit wesentlich verändert. Das hat für Matthias Erni als Verkehrsteilnehmer wenig mit Signalisation zu tun. So gibt es wohl auch keinen Gerichtsentscheid, ob das als Markierung ausgelegt werden kann oder eben bewilligungspflichtig wäre. Man dürfe auf das Urteil des Kantonsgerichts gespannt sein. Was bleibt ist der Eindruck, dass man im Baudepartement sich lieber hinter Begrifflichkeiten versteckt und eigenwillig ein Gesamtverkehrskonzept verfolgt, das vom Einwohnerrat nie genehmigt wurde und somit demokratisch nicht legitimiert ist. Die Bedürfnisse der Anwohnerinnen nicht abholt und sie stattdessen mit einer kostenintensiven Verwaltungsbeschwerde vorgehen müssen. Aus der Sicht von Matthias Erni zeigt das eigenwillige Durchsetzen von diesem Temporegimes durch die Verwaltung wenig Fingerspitzengefühl. Die Petition der SVP und FDP gegen den Umbau der Zumhofstrasse hat mit 320 Personen definitiv gezeigt, dass das Vorhaben zu stoppen ist. Matthias Erni appelliert an den Punkt A1 im Legislaturprogramm. «Wir stehen in engem Kontakt zur Bevölkerung, nehmen deren Bedürfnisse auf und handeln gemeinsam lösungsorientiert.»

Peter Stofer dankt Matthias für diesen Vorstoss und dem Stadtrat für die sorgfältige Beantwortung. Die Grüne/glp-Fraktion ist mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden. Die Antworten zeigen, dass der Stadtrat durchaus nach Konzept, nämlich dem GVKK, zwar langsam dafür aber überlegt und im

Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vorgeht. Die Grüne/glp-Fraktion möchte den Stadtrat ausdrücklich ermutigen, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, mit dem Ziel, den Verkehr in den Quartieren Schritt für Schritt siedlungsverträglicher und die Stadt lebenswerter zu machen. Die langjährigen Erfahrungen mit Tempo 30 Zonen sind so positiv, dass der Bundesrat auf die Einforderung eines Verkehrsgutsachten bei Temporeduktionen innerorts ab dem nächsten Jahr generell verzichtet. Gerne möchte die Grüne/glp-Fraktion die Vorteile für das Tempo 30 Projekt Zumhofstrasse und stellvertretend für alle weiteren Temporeduktionen die noch folgen werden, in Erinnerung rufen: Eine Geschwindigkeitsabnahme von 10 km/h hat laut den Fachleuten des Bundes und der Kantone eine Pegelreduktion von ca. 3.0 dB(A) zur Folge. Dies entspricht in der Wirkung in etwa einer Halbierung der Verkehrsmenge. Alternativ müssten teure lärmarme Strassenlärmbeläge eingebaut werden. Verkehrssicherheit: Der Anhalteweg (Reaktions- und Bremsweg) ist gerade einmal halb so lange (27.7m vs. 13.3m). Unfallhäufigkeit nimmt um 10-15 %, bis 50 % ab. Die Unfallschwere noch deutlich stärker. Tempo 30 ist eine preisgünstige Sanierungs- und Quartieraufwertungsmassnahme, also massgeschneidert für Kriens. Ist Tempo 30 einmal eingeführt, wollen die wenigsten wieder zurück zum alten Verkehrsregime. Dazu kommt, mit der Tempo 30 Zone wird auch eine veloverträgliche Situation auf der Zumhofstrasse geschaffen. Eine weitere Massnahme aus dem GVKK. Also: 2 Fliegen auf einen Schlag.

Patrick Koch dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Die Antworten mögen vielleicht formell korrekt sein, auf das tatsächliche Anliegen des Interpellanten will man aber eigentlich nicht eingehen. Es kann aus Sicht der SVP-Fraktion nicht sein, dass man immer derart an der Bevölkerung vorbei politisiert und einzelne Fraktionen das Schlammassel dann versuchen müssen auszubügeln. So sah die SVP wie auch die FDP sich gezwungen eine Petition zu starten. Nämlich die Petition «Tempo 30 mit Vernunft am Sonnenberg». Denn mit Vernunft hat die Einführung der Tempo-30-Zone vor allem mit den zahlreichen zusätzlichen Verkehrsbehinderungen überhaupt nichts zu tun. Denn es handelt sich ja gerade nicht lediglich um eine Anpassung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit, sondern es sollen dazu regelrechte Schikanen installiert werden, die alle Verkehrsteilnehmer - also auch beispielsweise Velofahrer behindert würden. Es ist für die SVP mehr als unverständlich, dass hier Geld ausgegeben werden soll, das gar nicht vorhanden ist, um unnötige und kontraproduktive Massnahmen umzusetzen. Das stösst vielen Bewohnern der Stadt Kriens sehr sauer auf. Auch das ständige Verweisen auf das GVKK des Stadtrates trägt nichts zur Besserung bei. So gab es nie eine Volksabstimmung dazu und der Einwohnerrat konnte das GVKK gerade einmal zur Kenntnis nehmen. Auch die Information der Anwohner und Grundeigentümer vor der Publikation im Kantonsblatt, dass diese auf mitreden-kriens.ch dazu Stellung nehmen können, ist fast schon ein Hohn und völlig irreführend. Denn die Anwohner konnten keineswegs mitreden, was auch aus der Beantwortung der Interpellation hervorgeht. So wurden die Rückmeldungen lediglich aufgenommen und gesammelt, eine tatsächliche Mitwirkung ist aber unerwünscht. Auch fragt es sich dann doch, wo denn das Gutachten ist, welches besagt, dass mit der Einführung der Tempo 30 Zone mit allen Modifikationen, andere kostspieligere Massnahmen verhindert werden. Das Strassenverkehrsgesetz sieht zwingend die Erstellung eines Gutachtens vor und auch der Stadtrat stützt sich darauf, dass es sich bei der Abweichung von der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit um einen gutachterlichen Akt handelt. Was denn das Gutachten konkret dazu aussagt, wenn es denn existiert, wird in der Beantwortung der Interpellation aber mit keinem Wort erwähnt. Auch der Versuch, sich damit zu rechtfertigen, dass die Ausgaben der Stadt Kriens für Verkehrsmassnahmen im Vergleich zu andere Gemeinden unterdurchschnittlich seien, geht völlig an der Sache vorbei. Patrick Koch fordert deshalb den Einwohnerrat auf, die von der FDP und SVP lancierte Petition «Tempo 30 mit Vernunft am Sonnenberg» zu unterschreiben. Petitionsbögen habe er genügend dabei.

Viktor Bienz denkt, dass das meiste bereits gesagt wurde. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Sie sind ebenfalls der Meinung, dass es richtig sei auf ein teures Strassenprojekt zu verzichten. Die Stadt Kriens versucht nun mit günstigen Massnahmen eine Lösung für den Lärmschutz zu erreichen. Die positiven und negativen Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen, wie umstritten dieses Vorhaben ist. Ob für die Ausgabe von über Fr. 30'000.00 der richtige

Zeitpunkt ist, lässt Viktor Bienz im Raum stehen. Es sei jedoch sicher, dass der Stadtrat angehalten ist, Massnahmen für den Lärmschutz voranzutreiben.

Reto Felber bedankt sich im Namen der SP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation Erni. Die Interpellation und die zwischenzeitlich 320 gesammelten Unterschriften bei der Bevölkerung kann die SP teilweise verstehen. Wäre es möglich gewesen die Anregungen der Anrainer noch besser aufzunehmen und sich weniger hinter formaljuristischen Begrifflichkeiten zu verstecken? Allfällig hätte eine leicht bessere Kommunikation einiges vorab klären können. Die Faktenlage ist allerdings glasklar. Durch die Installation einer 30er-Zone kann der Strassenlärm kosteneffizient massiv reduziert werden. Alternativen mit einem Flüsterbelag sind Investitionsintensiver und sind zusätzlich noch weniger dauerhaft. Da diese Strassenbelagsarten nur wenige Jahre schadlos bleiben. Dies wäre eine Luxuslösung. Ein Bauleiterkollege von Reto Felber, würde sagen «eine Jaguarlösung». Kriens kann sich dies in der momentanen finanziellen Situation nicht leisten. «Wurde die Investitionen nicht vor wenigen Stunden beim AFP 2023-2027 um einiges reduziert?» Die Installation einer Tempo 30er-Zone kann zusätzlich die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erheblich verbessern. Wenn sie korrekt geplant und umgesetzt werden. Aus diesem Grund ist es Reto Felber wichtig auf folgende beide Punkte hinzuweisen. Obwohl bei Tempo 30 nach Lehrbuch eine flächige Strassenquerung ohne Fussgängerstreifen oder Querungshilfe anzustreben ist, kann in Ausnahmefällen bei grosser Frequenz, der Zufussgehende oder vor Schulen ein Fussgängerstreifen oder Querungshilfen angeordnet werden. Aus diesem Grund kann ein beibehalten des bestehenden Fussgängerstreifen vor der Primarschule Feldmühle sich vorteilhaft auf die Sicherheitssituation auswirken. Es ist wichtig die Tiefenwirkung des Strassenraums einzulegen, um das Tempopotential bestmöglich zu reduzieren und somit zu einen notwendigen Sicherheitsverbesserung beizutragen. Dies nur mit Markierungs- und Signalisationsanpassung zu erreichen, ist möglich aber nicht einfach und muss allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt nachgebessert werden.

Raoul Niederberger möchte noch gerne auf zwei bis drei Sachen hinweisen. Man hat gehört, dass der Stadtrat an der Bevölkerung vorbeipolitisiert. Die Bevölkerung hat nicht über dieses Projekt abgestimmt und 350 Personen, welche die Petition unterzeichnet haben, sind ein Bruchteil der Bevölkerung. Bei der Zumhofstrasse handelt es sich nicht um eine Hauptverkehrsader. Die Zumhofstrasse ist eine Quartierstrasse, welche bewohnende zu der Oberrauerstrasse führt. Es handelt sich um 1.1 Kilometer und auf dieser Strecke verliert man genau 22 Sekunden, wenn man nur Tempo 30 anstatt Tempo 50 fahren kann. Und wer es schafft mit 50 um die beiden Haarnadelkurven zu fahren beim Mühlirain, würde Raoul Niederberger bestaunen. Für Raoul Niederberger wird ein Scheingefecht über eine Massnahme gemacht, über welche man nicht streiten müsste. Zuletzt soll noch gesagt werden, dass das GVKK vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen wurde. Die Aussage, dass dieses nicht demokratisch legitimiert sei, ist falsch. Eine Partizipation ist gesetzlich nicht vorgesehen und wenn es gesetzlich nicht vorgesehen ist, kann der Stadtrat nicht einfach Sachen machen, welche keine rechtliche Grundlage haben. Dies wurde ebenfalls oft hier im Einwohnerrat diskutiert, dass der Stadtrat nicht auf Gutdünken Kosten auslösen kann.

Maurus Frey hat festgestellt, dass der Einwohnerrat über formaljuristische Argumentationen moniert. Es sei tatsächlich so, dass Kriens ein laufendes Gerichtsverfahren zu diesem Thema hat. So bleibt es beim Kantonsgericht, darüber zu empfinden, ob es nun ein Signalisationsprojekt oder ein Bauprojekt ist. Die Fragen mussten nicht zurückgezogen werden aber die Antworten sind einfach Formaljuristisch etwas sistiert, damit die berechtigten Fragen parallel zum Gerichtsverfahren beantwortet werden können. Es sei auch tatsächlich so, dass der Stadtrat hier auf einer Gratwanderung war und sich sehr genau überlegt hat, ob man eine Art Partizipation machen will. Der Stadtrat wusste, dass es sich um ein Signalisationsprojekt handelt und dies nach der Signalisationsverordnung ausgehandelt wird. Ein Mitwirkungsprozess wäre somit gesetzlich nicht vorgeschrieben. Eine Mitwirkung erleichtert den Prozess in der Regel auch nicht. Deshalb hat man gegenüber den Anwohnern sehr sehr genau definiert, welche Massnahmen gemacht werden. Der Vorwurf, dass falsche Hoffnungen und Pseudopartizipationsgefässe eröffnet wurden, trifft nicht zu. In dem Schreiben an die Anwohnenden stand: «Ihre allfällige Rückmeldung kann zur Optimierung der Planung einfließen. Die Abschliessende Kompetenz über die Gestaltung und Einführung der Verkehrsanordnung obliegt jedoch

bei der zuständigen Dienststelle». Bei allen partizipativen Prozessen muss man sagen, zu was man Stellung nehmen kann. Kann man sagen, ob das Haus grün, gelb oder violett ist oder kann man einfach sagen, ob einem das Haus gefällt oder nicht. Der Stadtrat hat hier die Regel befolgt und den Rahmen der Partizipation abgesteckt. Der Stadtrat hat sich in dieser Legislatur die Stärkung der Partizipation auf die Fahne geschrieben und die Abgrenzungsdiskussion muss immer wieder geführt werden. Partizipationen bei Verkehrsmassnahmen sind nicht zwingend ein demokratischer Mitmach-Prozess. Es kann nicht jeder sagen dieser Strich kommt dort und das Velo-Signet hier und ich hätte gerne das Verbotsschild einer anderen Farbe. Es gibt Grundlagen und Standards und daran hält sich auch der Stadtrat. Der Stadtrat handelt nach Vorgaben und Verkehrsstandards und nicht nach politischem Vollstreckungswillen. Von acht Lärmsanierungsprojekten, welche der Stadtrat zur Aufgabe hat, wurde bis jetzt erst eines erledigt. Sieben andere liegen bereits seit über fünf Jahren irgendwo im Kasten. Der Stadtrat setzt nicht so viel Geld ein für eine Tempo 30-Zone aus purer Ideologie. Die Tempo 30-Zone ist einfach die günstigste Variante eine Strassen Lärmsanierung zu machen. Wenn ein Belag ausgewechselt werden muss bevor er am Ende seiner Lebenszeit ist, kostet dies einiges mehr. Verkehrsteilnehmer haben das Interesse so flüssig wie möglich vorwärts zu kommen und dieses Interesse gilt es miteinzubeziehen. Es gibt jedoch auch die Interessen der Anwohnenden und von Schulkinder. Dieser Mix aus Interessen muss zu einem Resultat führen. Es sei legitim, dass solche Interessen in Form von einer Petition dem Stadtrat publik gemacht werden. In den letzten zehn Jahren wurden bereits etwa zehn Petitionen zum Thema Tempo 30 eingereicht. Die einen wollen es sofort und die anderen nicht. Spannend war auch die Reaktion von anderen Gebieten vom Sonnenberg, als die Tempo 30-Zone an der Zumhofstrasse angekündigt wurde. Anwohnende der Bergstrasse haben sich zum Beispiel beklagt, dass sie schon viel länger für die Tempo 30-Zone kämpfen und es sei unfair, dass der Teppich von der anderen Seite ausgerollt werde. Das Gutachten wurde ebenfalls in Frage gestellt. Das Gutachten gibt es und es ist auch online aufgeschaltet. Es wurde erwähnt, dass es in Zukunft keine Gutachten mehr braucht und der Stadtrat findet dies nicht so toll, weil er gerne faktenbasierte Tempo 30-Zonen einführen möchte und dafür braucht es eine Betrachtung von Fachleuten. Die Stadt Kriens möchte deshalb nicht auf diese Gutachten verzichten. Kriens muss aufpassen, wenn sie über Flüsterbelege spricht, denn Kriens hat sich gegenüber vom Kanton sehr stark gemacht, dass die K4 einen Flüsterbelag bekommt. Es wäre falsch dies vom Kanton zu verlangen und dann selber grosszügig darauf zu verzichten. Der Unterschied ist einfach, dass nur Flüsterbelag eingebaut wird, wenn der Belag wirklich angefasst werden muss. Bei der Heriswaldstrasse werde es zum Beispiel einen Flüsterbelag geben. Der Stadtrat wird mit der Ortsplanungsrevision einen Verkehrsrichtplan erlassen. Ein Verkehrsrichtplan liegt in der Kompetenz vom Einwohnerrat und da kann der Einwohnerrat Diskussionen führen. Der Stadtrat ist gespannt, wie das Kantonsgericht bei der Zumhofstrasse entscheiden wird.

13. Beantwortung Interpellation Ziemssen: Kommt der Systemwechsel vom GSS- zum ISS-Modell an der Sekundarstufe zum richtigen Zeitpunkt für Kriens?

Wünscht Diskussion es opponiert niemand

Jörg Ziemssen dankt dem Stadtrat und den involvierten Personen für die Beantwortung seiner Interpellation. Die FDP-Fraktion hinterfragt den Entscheid des Stadtrates für diesen Modellwechsel nicht grundsätzlich. Mit seiner Interpellation wollte Jörg Ziemssen aber in Erfahrung bringen, wie der Entscheid durch den Stadtrat zu Stande kam und ob ihm die finanziellen Auswirkungen dazu schriftlich vorliegen. Aus der Sicht des Sprechenden wurden die Fragen teilweise anders interpretiert und allgemeingültig oder gar nicht beantwortet. Interessant findet Jörg Ziemssen, was er zwischen den Zeilen gelesen habe. Genau das sei für ihn besorgniserregend. Wenn man ein Projekt in dieser Grössenordnung und Reichweite nachhaltig und sinnvoll umsetzen möchte, gibt es neben pädagogischen Aspekten auch noch führungstechnische und finanzielle Punkte zu berücksichtigen. Diese Punkte sind in einem Konzept vor dem Entscheid zu erarbeiten. Eine gesamtheitliche Betrachtung ist notwendig und bildet eine wichtige Basis für den anschliessenden Entscheidungsprozess. Dieser fehlt hier. Der FDP-Fraktion ist nicht klar, nach welcher Projektmethode in der Stadt Kriens Projekte umgesetzt werden. In den letzten Wochen und Monaten hat Jörg Ziemssen dieses Thema sehr intensiv begleitet. Dauerthemen in der Medienlandschaft sind derzeit die Schulen, der

Lehrpersonenmangel, unbesetzte Lehrstellen, der allg. Fachpersonalmangel etc. Jörg Ziemssen führte verschiedenste Gespräche mit dem Rektorats-Team, Schulleitung, Lehrpersonen, Politikern, Eltern und Schülern. Das war nötig, da er nicht Experte sei auf diesem Gebiet. Viele im Einwohnerrat sind beobachtende und interessierte Eltern. Kürzlich besuchte Jörg Ziemssen den äusserst interessanten Anlass der Liberalen Senioren zur Volksschule Kriens. Dort konnte er sich persönlich mit dem Rektor Markus Buholzer und seinem Team austauschen. Die Wichtigkeit einer guten Schule wurde ihm durch diese verschiedenen Gespräche sehr bewusst. In der Beantwortung steht geschrieben, dass viele Lehrpersonen diesem Entscheid offen gegenüber stehen. Stimmt das wirklich? Laut einem Schreiben an den Rektor, welches von mehr als der Hälfte der Sekundar-Lehrpersonen unterschrieben wurde, ist die Voraussetzung zur erfolgreichen Umsetzung zurzeit noch nicht gegeben. Was ist hier angedacht, damit die Lehrpersonen, in einer Zeit des Lehrpersonenmangels, nicht an eine andere Schule abspringen? Gibt es ein Kommunikationskonzept? Von vielen habe Jörg Ziemssen deutlich gehört, dass man sehr grossen Respekt vor dieser Umsetzung innert kürzester Zeit habe. Es braucht viel pädagogisches Geschick, wenn der Unterricht weiterhin allen Schülerinnen und Schüler mit so unterschiedlichen Niveaus gerecht werden soll. Hinzu kommt, dass eine kostenneutrale Umsetzung des ISS-Modells eher fraglich ist. Woher kriegen die an der Schule aktiv Beteiligten die notwendige Unterstützung? Bildungslandschaft ISS: In Basel-Stadt sind Bestrebungen im Gange, nicht mehr alle zu integrieren. In Zürich ist dies bereits teilweise umgesetzt. Und wie sieht es im Kanton Luzern aus? Mit Willisau, Malters, Emmen, Horw und Kriens haben nur 5 von 80 Gemeinden das ISS- oder KSS-Modell nicht umgesetzt. Auf den zweiten Blick ist wichtig zu wissen, dass bei den Schülerzahlen im Kanton Luzern etwas mehr als 1/3 das heutige GSS-Modell anwenden. Diese Gemeinden haben bewusst das GSS-Modell gewählt und werden nicht wechseln. Es liegt auf der Hand, dass kleinere Gemeinden das ISS-Modell wegen zu wenigen Schülerinnen und Schüler führen. Dies wird vorwiegend aus finanziellen Überlegungen so gemacht. Beim ISS entspricht das Unterrichtsniveau nur noch in den Fächern Mathematik, Französisch und Englisch ihrem Niveau. In allen anderen Fächern werden sie beim ISS in der Stammklasse unterrichtet. Das bedeutet, dass vom Niveau A (bedeutet die Vorbereitung auf weiterführende Schulen) bis Niveau D (inklusive Schülerinnen und Schüler mit IS-Status, die meist am Basisstoff der unteren Primarklassen arbeiten) alle in einer Klasse sitzen. Weshalb wird in der Antwort geschrieben, dass Über- oder Unterforderung keine Option mehr sei? Wie wird dieser beim neuen ISS kostenneutral entgegengewirkt? Dieser Systemwechsel an der Sekundarstufe bedeutet für die VSK nicht nur die Umsetzung einer pädagogischen Änderung. Dies ist definitiv die Umsetzung eines Grossprojektes, welches auch kommunikativ sehr gut begleitet werden muss. Jörg Ziemssen ist seit längerer Zeit bei der Rodtegg im Stiftungsrat. Nach der letzten Sitzung habe er mit Charles Vincent (ehemaliger Leiter DVS Kanton Luzern) das Thema ISS-Modell diskutiert. Auch wenn er dies aus pädagogischer Sicht klar unterstützt, stimmt er mit ihm überein, dass der Erfolg des ISS-Modells bzw. jeder Schul- und Organisationsentwicklung von einer guten Analyse und von überzeugten Lehrpersonen bzw. Mitarbeitenden abhängt. Ansonsten gestaltet sich eine erfolgreiche Umsetzung dieses Change-Projekts schwierig. Die Initialkosten zur Einführung des ISS-Modells sind nicht gratis. Ob es insgesamt kostenneutral ausgestattet werden könne, kann nur durch eine gute und sorgfältige Konzeptanalyse evaluiert werden. Bei der Beantwortung der Frage 3 steht: «Die Einführung des ISS basiert auf pädagogischen und nicht auf finanziellen Überlegungen». In der Medienmitteilung sowie auch in der Beantwortung wird von Kostenneutralität gesprochen. Der Stadtrat nennt keine konkreten Zahlen zu den Initialkosten. Eine Kostenneutralität ist für Jörg Ziemssen nicht vorstellbar. Befindet sich der Stadtrat nun für ein paar Jahre im finanziellen Blindflug? Einen kurzen Blick in die Stadt Luzern zum Geschäftsbericht aus dem Jahr 2016. Für die befristete Entlastung der Lehrpersonen wurde in der Einführungsphase ein Kredit von Fr. 1'270'000.00 bewilligt. Auf die Krienser Grössenordnung runter gerechnet kostet dies wohl knapp Fr. 500'000.00. Die Kostenwahrheit wird der Einwohnerrat somit erst im Wirkungsbericht 2027 nachlesen können. Irgendwo werden wohl die gestarteten Workshops mit professioneller externer Begleitung im Globalbudget ihren Platz gefunden haben. Aus der Schwimm-Interpellation (Nr. 112/22) geht hervor, dass Fr. 25'000.00 Mehrkosten anfallen, um das so wichtige Schulschwimmen bei den 1. und 2. Klässlern wieder einzuführen. Hier ein weiteres Beispiel der Prioritätensetzung des Stadtrates bei den Finanzen. Im kürzlichen PUK-Bericht wurde festgestellt, dass wegen fehlender guter Basis-Planung und fehlendem gemeinsamen Abstimmen unter den Beteiligten ein finanzielles Desaster resultierte. Natürlich ist dies nicht 1:1 vergleichbar. Jörg Ziemssen ist bewusst, dass hier nicht von einem Immobilienprojekt gesprochen wird. Trotzdem - mit dieser pädagogischen Modellumstellung wird in die Bildung investiert. Der Stadtrat nahm die Learnings aus diesem PUK-Bericht wohlwollend mit und versicherte hier im Ratssaal, diese beim nächsten

grossen Projekt miteinfließen zu lassen. Ist dem wirklich so? Hier geht es nicht um ein Immobilienprojekt. Aber kann ISS beispielsweise in den heutigen Schulräumlichkeiten sinnvoll und gelingend umgesetzt werden? In der Beantwortung steht, dass Klassen eingespart werden können. Dies ist ein enorm heikler Punkt, sind doch die vermehrt verhaltensauffälligen und kognitiv beeinträchtigten Schülerinnen und Schüler im neuen integrativen Modell in fast allen Klassen vorhanden. Und das in grösseren Klassen? Im Weiteren können Niveauwechsel auch unter dem Schuljahr vorgenommen werden. Wie wird hier mit Unter- und Überbeständen umgegangen? Die letzten schulischen Projekte wie zum Beispiel die Einführung der Integration wurden ebenfalls als kostenneutral bezeichnet. Wo steht Kriens rund 10 Jahre später? Kostenneutral war die Einführung definitiv nicht und insbesondere an der Sek gibt es bei diesem Projekt nach wie vor Baustellen und massive Herausforderungen mit verhaltensauffälligen und kognitiv beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern. Jörg Ziemssen ist der Meinung, dass der angestrebte Zeitplan zu ambitiös ist. Der Unterricht in den heterogenen Klassen wird als sehr anspruchsvoll beurteilt, die Vorbereitungen sind aufwändig und sehr zeitintensiv. Die Einführung ist auf den Sommer 2024 vorgesehen. Das bedeutet, spätestens ab Herbst 2023 müssen Schuljahresplanungen, Stundenplanungen, Raumplanungen etc. konkret angepackt werden. Die Projektgruppe hat bis zum heutigen Zeitpunkt lediglich 3,5 Klausur-Tage investiert und steht noch in der Anfangsphase. Gemäss den Informationen aus den Gesprächen mit Involvierten arbeitet der neue Prorektor sehr viel und engagiert für das Projekt. Ende November ist es das Ziel, das Rahmenkonzept zu verabschieden. Erst dann beginnt die eigentliche Arbeit in den Teams. Von der konkreten Umsetzung wurde bisher noch nichts besprochen. Das meint Jörg Ziemssen mit ambitiösem Zeitplan und sorgfältiger Umsetzung des Projektes. Der Stadtrat spricht nur das einseitige Beleuchten von pädagogischen Aspekten an. Es wird erwähnt, dass die Lehrpersonen bisher nicht aktiv im Projekt involviert waren. Wäre es nicht auch möglich gewesen, ein kleines Vorprojekt zu starten? So hätte man die Betroffenen Lehrpersonen frühzeitig zu Beteiligten gemacht und die gemeinsame Basis gelegt, für ein verständnisvolles Mitmachen der Involvierten. Die Grundhaltung und das Menschenbild welche den POR (pädagogischer Orientierungsrahmen der VSK) prägen, gehen von einem Führungsverständnis aus, wo «positive leadership» die Grundlage bilden. Gemäss Organisationslehre bei Umsetzung von Projekten habe der Sprechende gelernt: Planen – Entscheiden – Umsetzen. In der Stadt Kriens scheint unverändert, eine eigene Interpretation bei der Umsetzung von grösseren Projekten zu gelten: Entscheiden – Planen – Umsetzen oder vielleicht sogar Entscheiden – Umsetzen – Anpassen. Nun hat der Krienser Stadtrat entschieden. Auf welchen konkreten Grundlagen hat der Stadtrat entschieden? Man könne nicht mehr zurück. Jörg Ziemssen sehe dies anders. Man muss nicht zurück auf Feld 1. Vielleicht wäre es angebracht dieses Projekt nach dem Motto «Gut Ding will Weile haben» zu verstehen und weiterzuentwickeln. Der Sprecher plädiert für einen kurzen Marschhalt auf dieser Reise. Die Einführung soll auf das Jahr 2025 oder 2026 verschoben werden. Das stark geforderte und leitende Rektorats-Team soll Zeit erhalten. Die Lehrpersonen sollen Zeit erhalten. Zeit für eine fundierte Auseinandersetzung und gut geplante Einführung. Zeit für die Lehrpersonen, um bei diesem Projekt nicht hyperaktiv mitarbeiten zu müssen, sondern sorgsam und überlegt beim Projekt mitzugestalten. Eine gute Bildung ist nicht günstig zu haben. Wieso hat dieses Projekt kein Preisschild? Neben pädagogischen Aspekten muss immer auch das Finanzielle eines Projektes fundiert beleuchtet werden. Eines kann Jörg Ziemssen dem Einwohnerrat versichern. Im angekündigten Wirkungsbericht im Jahre 2027 werden auch die finanziellen Auswirkungen schonungslos aufgezeigt werden müssen. Die Initialkosten wird man wohl bereits in den nächsten Jahresrechnungen oder Budgeterhöhungen sehen. Sofern für Dritte nachvollziehbar dargestellt. Die effektiven Kosten sieht man in den Budgets ab 2024. Die Erfahrung zeigt, dass eine Kostenneutralität bei solch einem Grossprojekt nur schwer umsetzbar bzw. erreichbar ist. Jörg Ziemssen bittet den Präsidenten der KBSG die Einführung des ISS-Modells für die nächsten 2 Jahre als Standard-Traktandum in seinen Kommissionssitzungen einzuführen. Dabei sollen regelmässig Informationen zum pädagogischen und finanziellen Fortschritt des Projektes transparent aufgezeigt werden. Weshalb nicht regelmässig Lehrpersonen dazu einladen, welche die Experten bezüglich Bildung sind? Das persönliche Fazit von Jörg Ziemssen: «Man bewegt sich im Eilzugstempo auf unsicheren Schienen. Will man ein neues Modell auf wackeligen Beinen wirklich so schnell einführen? Und dies in für Kriens eher schwierigen finanziellen Zeiten. Einmal mehr sind sie überzeugt, dass es klare Regeln bei der Krienser Finanzpolitik braucht. Ansonsten sind die Worte des Stadtrates für gesunde und nachhaltige Finanzen bei der Präsentation der Jahresrechnung 2021 ein Lippenbekenntnis. Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte meldet euch bei ihm und unterstützt seine Idee mit einem weiteren Vorstoss, um dem Rek-

torats-Team 1 oder 2 Jahre mehr Zeit zu geben. Der Rat muss sich bewusst sein, dass dieses Bildungsprojekt massive Veränderungen und Verunsicherungen mit sich bringt. Gibt man mehr Zeit für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Grossprojektes. Getreu dem Motto: «Gut Ding will Weile haben!»

Raoul Niederberger nutzt die Gelegenheit, da er als KBSG Präsident angesprochen wurde. Der Pädagogische Austausch zwischen der Kommission und dem Rektorat steht auf der Pendenzenliste und dies wird nun regelmässig stattfinden. Die Traktandierung der Umsetzung der Modelle nimmt er gerne mit, kann dies jedoch nicht alleine als Präsident entscheiden.

Zita Bucher bedankt sich im Namen der Grünen/glp-Fraktion beim Interpellant und beim Stadtrat für die Beantwortung. Bildungspolitisch gesehen, sei der Entscheid richtig, dass man richtung ISS-Modell geht. Aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion muss es Auftrag und Ziel einer Schule sein, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht und kulturellem Hintergrund eine Zeitgemässe und entsprechend qualitative Bildung erhalten. Das heisst auch, dass Schüler und Schülerinnen bestmöglichst und optimal gefördert werden und Niveaugerechten Unterricht erhalten. Die Entwicklung zum ISS-Modell sei bereits seit längerem im Gang und die Beantwortung vom Stadtrat verdeutlichte dies. Auf Kantonalen Ebene gibt es aktuell 24 Schulen, welche das ISS haben, 17 das KSS und 5 das GSS. Mit dem ISS-Modell führt Kriens ein Bildungsmodell ein, welches eine Chancengleichheit ermöglicht und auch die Entwicklung der überfachlichen Kompetenzen fördert. Die Erwähnte Herausforderung im Bereich verhaltensauffälligen Schüler tritt unabhängig von einem Schulmodell auf und kann nicht auf ein Schulmodell zurückgeführt werden. Heterogenität ist eine Realität unabhängig von einem gewählten Schulmodell. Die Pädagogischen Hochschulen tragen dieser Entwicklung schon seit Jahren Rechnung und bilden angehende Lehrpersonen entsprechend aus, damit diese gerüstet sind mit diesen Heterogenen Situationen umzugehen. Ein strategischer Entscheid kann unabhängig von den direkt betroffenen Personen gefällt werden. Da es sich jedoch um eine grosse Änderung handelt, könnte ein anderes Vorgehen seine Berechtigung haben. Die Einführung der Projektgruppe ist sicher richtig und ein wichtiger Schritt. Mit dem Start im 2024 hat die Sek nun knapp zwei Jahre um sich vorzubereiten. In dieser Zeit müssen verschiedene Prozesse in den Weg geleitet werden und das heisst auch Ressourcen identifizieren und sie entsprechend zur Verfügung stellen. Es ist eine sukzessive Umsetzung geplant, was aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion die Implementierung vom neuen Modell begünstigt. Es ist höchste Zeit für den Wechsel zum ISS-Modell.

Beat Rüegg zitiert den ehemaligen kantonalen Volksschulen-Dienststellenleiter, Dr. Vincent: « Wenn die zuständigen kommunalen Gremien hinter dem Entscheid stehen, erhöht dies die Akzeptanz und die Qualität der Umsetzung». Das Stichwort dafür lautet «Changemanagement» im Bereich der Schulentwicklung, also eine sogenannte Grosskiste mit entsprechendem Echo, vielen Anspruchsgruppen, direkten persönlichen Betroffenheit und ausgeprägten Erwartungshaltungen. Das vorliegende, zeitgemässe Krienser-Sek-Systemwechsel-Projekt erfolgt aus bildungspolitischen, pädagogischen und finanziellen Gründen. Anlässlich der AFR 18 wurde der kantonale Kostenteiler im Volksschulwesen von 25 auf 50 % erhöht, womit natürlich auch das kantonale Finanz-Mitspracherecht entsprechend zugenommen hat. Zum Beispiel, werden Gemeinden mit bewilligten Klassen-Unterbeständen gebüsst. 2017 wollte der Kanton die Sekundarschulkreise von 45 auf 30 reduzieren, jedoch haben viele Widerstände aus den Gemeinden diesen Entscheid verhindert, sodass Luzern immer noch 45 Kreise hat. Davon sind 6 GSS, 16 KSS und 23 ISS. Die Wochenstundentafel definiert die Lektionenanzahl pro Fach und gilt für alle Sekundarschulmodelle – deshalb wird das ISS-Modell im Vollbetrieb nicht teurer. Als Hauptvorteile des bereits eingeläuteten Krienser ISS-Modells gilt der erfolgreich erprobte Pädagogische Orientierungsrahmen, sowie die gezielte Förderung im Bereich der Sozial- und Selbstkompetenzen. Gespannt wartet die KBSG auf die entsprechenden Zwischenberichte der VSK Schulleitung und hofft auf ein gutes Gelingen, sowie einen gefreut erfolgreichen Modellwechsel-Start per Schuljahr 2024/25.

Michèle Albrecht bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat und Bildungs- und Kulturdepartement für die Beantwortung, beim Interpellanten für die wichtigen und richtigen Fragen, die offensichtlich Lehrpersonen, Eltern und Öffentlichkeit auch stellen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hat die vorliegende Antworten intensiv besprochen. Genau diese multiprofessionellen Haltungen veranlassen Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hier einige kritische Hinweise zu platzieren. Der Top-Down-Entscheid muss jetzt dringend auch an der Basis Zusprache finden. Das Konzept mag aus pädagogischer Sicht zeitgerecht und ausbildungsgetreu sein. Engagierte Lehrpersonen und verunsicherte Eltern müssen aber Model umsetzen und verstehen und entsprechend informiert und einbezogen werden. Die Fakten müssen transparent vorgelegt werden, um das Vertrauen aller Akteure zu gewinnen. Die stufenweise Einführung bereits per Schuljahr 2024/25 erscheint der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ambitioniert und darf allenfalls überdenkt werden. Sie sind überzeugt, die Projektgruppe, der externe Berater und in späteren Prozessen die Steuergruppe und Sek-Teams können nur so einen zufriedenstellenden Job erfüllen. Obwohl die Stadt Kriens bekanntlich die Hausaufgaben abgeschafft hat, müssen noch ein paar Arbeiten angepackt werden. Die Basis soll abgeholt-, die Fakten sollen vorgelegt-, und der Zeitpunkt nochmal überdenkt werden. Nur so kann eine erfolgreiche schulische Integration erfolgen, wenn nämlich auch die entsprechenden Mittel und personellen Ressourcen sichergestellt werden.

Bettina Gomer-Beacco dankt im Namen der SP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. Sie stehen hinter dem Entscheid des baldigen Wechsels auf das Modell der integrativen Sekundarschule. An der PH wird seit Jahren so unterrichtet. Es ist «State of the Art», weil das integrative Modell die Chancengleichheit fördert, den Stress bei den Jugendlichen mindert und nicht bereits 10-Jährige in a, b oder c schubladisiert werden. Das integrative Modell hat weitere Vorteile. Das Lernen wird von den Schülerinnen und Schülern mitgesteuert. Jedes Kind erhält sein eigenes individuelles Ziel. Die Ziele müssen (ganz nach SMART) attraktiv sein. Attraktive Ziele steigern naturgemäss, selbst bei pubertierenden Jung-menschen, die Motivation. Lehrpersonen werden zu Lerncoaches bei der individuellen Zielerreichung und den Massnahmen wird genauer und individueller hingeschaut. Selbst Ziele zu benennen und zu erreichen, ist leistungsstarken Schülerinnen und Schülern durchaus zuzutrauen, sie lernen dies heute von der Basisstufe respektive vom Kindergarten an. Selbstständigkeit, Kreativität, Flexibilität sowie weitere überfachliche Kompetenzen werden gefördert und das ist doch genau das, was die Wirtschaft heute fordert. Vorausgesetzt wird dabei, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Die Personal- und Raumressourcen müssen entsprechend angepasst sein und die Lehrpersonen müssen eine Förder-Haltung pflegen. Es braucht die klare Kommunikation, dass die Umstellung zu Anfang etwas kostet und man bereit ist, die Investition in die Bildung zu tragen. Schliesslich sollen alle Lehrpersonen mitgenommen werden. Wenn das alles klappt, dann profitieren Schülerinnen und Schüler, welche in einzelnen Fächern aus verschiedenen Gründen mehr Förderung benötigen oder Spätzügler sind, und so ihre Defizite kompensieren und somit ihre Talente im Bewerbungsverfahren herausstreichen können. Die Wirtschaft und die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, denn sie bekommen selbstständige und sozialkompetente Lernende (was Bettina Gomer-Beacco als Betroffene auch freut). Die Stadt Kriens, denn die Kosten werden laut BKD langfristig sogar tiefer ausfallen und die Attraktivität als Arbeitgeberin wird erhöht.

Marco Frauenknecht dankt für die wohlwollenden und auch berechtigten kritischen Voten. Das Thema Betriebskosten sprich Fr. 1'000.00 pro Schüler, wurde bereits in der KBSG und der KFG erwähnt und auch aufgezeigt. Marco Frauenknecht werde dies in der nächsten KBSG-Sitzung gerne erläutern, falls dies gewünscht wird von der KBSG. Der Rektor ist heute nicht hier, da er seinen Verpflichtungen nachgehen muss und einen Sitzungsmarathon hinter sich hat. Der Rektor hat die Diskussion in der KBSG mitbekommen und weiss was sich die Fraktionen wünschen. Dieser Entscheid musste gefällt werden und in der Stadt Kriens ist das Gremium der Stadtrat. Der Stadtrat hat auf Antrag vom Bildungs- und Kulturdepartement diesem Antrag zugestimmt, dass man vom GSS ins ISS Modell wechselt. Das Projekt wurde mit einer Steuergruppe, wie auch mit einer Projektgruppe gestartet und es sei nicht so, dass kommunikativ nichts lief. Es

wurde schon sehr früh im sogenannten «Freitagsmail» informiert. Eine Veränderung ist nie etwas, was allen Beteiligten leichtfällt, sei es Mitarbeitende, Eltern oder Politiker. Zita Bucher hat gut ausgeführt, was das ISS der Volksschule Pädagogisch bringen wird. Die Volksschule Kriens hat einen sehr guten Ruf und das hat unter anderem den Grund, dass sich alle Mitarbeitenden Zeit nehmen um Projekte zu unterstützen. Es wird nicht die ganze Schule auf einmal gewechselt, sondern es wird Schritt für Schritt gegangen. Im Prozess werden stets Meilensteine kontrolliert und analysiert und wenn ein Meilenstein nicht erreicht werden kann, wird dies reflektiert und geschaut, ob das Ziel umgesetzt werden kann. Die Steuergruppe aus Lehrpersonen, Schulleiter und weiteren Mitarbeitenden stellt sich genau solche Fragen. Das Schreiben von den verunsicherten Mitarbeitenden hat Marco Frauenknecht erhalten und zur Kenntnis genommen. Dies sei auch eins zu eins so in das Projektteam eingeflossen. Er ist überzeugt, dass die gestellten Fragen in der Projektgruppe analysiert werden und der Steuergruppe zum Andenken leiten. Die Kommunikation kann immer verbessert werden. Die Mitarbeitenden wurden jedoch so früh wie möglich informiert. Die Volksschule hat den Auftrag trotz den Sparmassnahmen erfüllt und wird dies auch weiterhin tun. Es gibt ein Ziel und eine Projekt und Steuergruppe, welche das Ziel verfolgt. Die KBSG wird im Dezember das erste Mal über den Stand informiert. Marco Frauenknecht nimmt sehr gerne mit, dass eine Mehrheit im Einwohnerrat dem Modellwechsel wohlwollend zustimmt und es auch klare kritische Stimmen gibt. Die kritischen Stimmen werden aufgenommen und fliessen direkt in die Steuergruppe. Jede Änderung braucht Zeit und diese muss auch der Volksschule gegeben werden, für die erfolgreiche Einführung vom ISS.

14. Postulat Lengwiler Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED

Gemäss Räto Camenisch ist der Stadtrat für Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen

15. Postulat Solari: Keine 1. Augustfeier in Kriens

Gemäss Räto Camenisch ist der Stadtrat für Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen

16. Postulat Koch: Mattenhofkreisel soll Kreisel bleiben – damit es weiterhin rund läuft!

Patrick Koch zitiert: «Ihren Nutzen für den Verkehr hat der Kreisel schon seit geraumer Zeit. Er wurde von der Stadt Kriens gebaut, um die Kreuzung sicherer zu machen und ein Verkehrsfluss zu optimieren. Wie erste Erfahrungen zeigen, ist dieses Ziel erreicht.». Diese Sätze habe er aus dem Newsletter der Stadt Kriens vom 30. Oktober 2020. Es ist ein Lobeslied auf den neuen Lauerzkreisel, nachdem die Lichtsignalanlage dem Kreisel weichen musste. In der Schweiz werden immer mehr Kreisel gebaut. Die wichtigsten Vorteile gegenüber von herkömmlichen Verkehrsknoten sind die grössere Verkehrssicherheit (niedrige Geschwindigkeit, keine Frontalkollisionen etc.). Auch ist die Durchlassgeschwindigkeit höher als bei signalgesteuerter Kreuzung. Niemand muss unnötig warten. Diese Aufzählung ist bei weitem noch nicht vollständig. Wenige hundert Meter entfernt vom Lauerzkreisel soll der bewährte Mattenhofkreisel von Luzern Süd in eine Lichtsignalanlage umgebaut werden. 10 Millionen Franken darf es kosten. Es handelt sich um eine Kantonsstrasse, weshalb der Kanton diese Kosten berappen müsste. Tunlichst verschwiegen wird aber, dass die Stadt Kriens die neue Erschliessung der Industriestrasse über den Oberkuonimattweg selbst bezahlen muss. Es handelt sich um eine Gemeindestrasse.

Die Krienser Steuerzahler schütteln darüber nur den Kopf. Schlussendlich bezahlt auch jeder Krienser Kantonssteuern. Als Bürger einer finanziell ausgebluteten Stadt habe Patrick Koch kein Verständnis dafür, dass die öffentliche Hand um die 12 Millionen Steuerfranken verschleudert. Leider hat es der Kanton verpasst die Bevölkerung in den Prozess miteinzubeziehen. Über dem Kopf der Bevölkerung von Kriens und Horw will er die Lichtsignalanlage durchstieren. Beim Kredit für die neue Erschliessung der Industriestrasse darf er die Rechnung nicht ohne die Krienser Bürger machen. Der Mattenhofkreisel ist ein Zeugnis verkehrsplanerischer Weitsicht. Denn normalerweise wurden in der Vergangenheit in Kriens Wohnungen und Büros gebaut und erst dann die Strasseninfrastruktur der gestiegenen Nachfrage angepasst. Aber gerade im Mattenhof haben die damaligen Behörden weitsichtig einen Grosskreisel erstellt. Der Kreisel ist heute das «Herzstück» von Luzern-Süd. Darum ist der Erhalt des Kreisels elementar, damit der gesamte Verkehr in Luzern-Süd reibungslos funktioniert. Der ganze regionale Verkehr ist jetzt auf den Mattenhof-Kreisel abgestimmt. Es kann nicht einfach am Herzstück herumgebastelt werden. In Grossbritannien, dem Geburtsland der dort genannten «Roundabouts» schliessen Kreisel und Ampel einander nicht aus. An den grossen, staugefährdeten Kreiseln stehen Ampeln, die zu Stosszeiten in Betrieb genommen werden. Schliesslich geht es ja um die nur 4-stündige «Rush hour»! Auch sonst ist die Spurführung in UK genial gelöst – beim richtigen Einspuren wird man automatisch zur richtigen Ausfahrt geführt. Patrick Koch kann nicht verstehen, dass Geld in einen unnötigen Umbau verlockt wird, wenn man die Situation elegant und günstig lösen kann. Der Sprecher empfiehlt den Ingenieuren des Kantons eine Studienreise nach England, bevor sie kostspielige Entscheidungen treffen. Reisen bildet bekanntlich. Bei der Begründung zum Postulat vom Stadtrat Kriens fällt auf, wie erheblich er den Kanton in den Vordergrund rückt und sich auf Worthülsen wie die «städteräumliche und funktionale Sicht» oder «betriebliche Aspekte» beruft. Seine Haltung geht auf phantomhafte, unzählige Gutachten, Expertisen, etc. zurück. Patrick Koch frag sich, ob jemand diese Gutachten kennt? Er selbst jedenfalls nicht. Wer hat sie erstellt? Leute vor Ort, wenigstens Luzerner Fachleute? Patrick Koch habe nicht zum ersten Mal Zweifel an deren Kenntnisse an den lokalen Eigenheiten, noch mehr an den Bedürfnissen, der Bevölkerung. Passend dazu zitiert Patrick Koch aus einem Leserbrief vom 3. Oktober 2022 aus der NLZ über die neue Stadtluzerner Dosieranlage «... Dosieranlagen sollen für einen besseren Verkehrsfluss in der Luzerner Innenstadt sorgen. Der Start von derjenigen beim Parkhaus National führte zu einem Chaos. Man darf davon ausgehen, dass sich Experten zuvor während Monaten, gar Jahren, mit dem neuen Verkehrsregime befasst haben. Bei den Simulationen am Computer hat es bestimmt bestens funktioniert. Das erinnert mich an die alte Weisheit, die da lautet: Theorie ist, wenn alles funktioniert, aber keiner weiss warum. Bei der Stadt hat man offenbar Theorie und Praxis vereint. Nichts funktioniert und keiner weiss warum». Romantiker träumen von einem aufgewerteten Mattenhofplatz. Offenbar soll ein Ausgleich für vergessene Spielplätze geschaffen werden. Die SVP-Fraktion erachtet es nicht als eine qualitätsvolle Gestaltung, wenn anstelle eines Kreisels ein Amplikon errichtet wird. Selbstverständlich verweigern sie sich nicht Aufwertungsmassnahmen. Für Fr. 10'000'000.00 lässt sich da bestimmt das eine oder andere verwirklichen. So zum Beispiel auch eine verbesserte Situation für die Fussgänger. Der Kanton rechnet mit der Entwicklung des gesamten Gebiets Luzern-Süd, sowie mit dem bevorstehenden Bau der Pilatus-Arena mit einer Verkehrszunahme von 40 Prozent am Kreisel Mattenhof. Der Kanton befürchtet einen Verkehrskollaps und will darum eine Kreuzung mit Ampeln bauen. Ob Kreisel oder LSA, 40 Prozent Verkehrszunahme führt zwangsläufig zu mehr Stau. Ohne Anpassung respektive Ausbau der Strassenkapazität ist ein Verkehrskollaps zumindest während der Stosszeiten nicht zu verhindern. Im Gemeindeparlament Horw sind zu diesem Thema bereits mehrere Vorstösse eingegangen, die von rechts bis links unterschrieben wurden. Die Horwer befürchten zurecht einen Ausweichverkehr von der Allmend durch das Zentrum von Horw. Um langfristig eine Verbesserung zu erreichen, muss die Leistungsfähigkeit der Ringstrasse erhöht werden. Der Verkehr ist also möglichst direkt vom Mattenhof auf den Schlundkreisel zur Autobahn und umgekehrt zu leiten. Dazu braucht es nicht mehr LSA, sondern mehr Kreisel. Als erste Massnahme könnte zum Beispiel die gefährliche Kreuzung Schweighofweg/Ringstrasse in einen Kreisel umgebaut werden. Die Studien des Kantons dienen vor allem dazu eine möglichst optimale Situation für die Buslinien zu erzielen. Eine Busbevorzugung lässt sich natürlich am einfachsten mit einer LSA verwirklichen, da ist ein Kreisel natürlich sehr ungelegen. Die Zunahme der Siedlungsdichte in der Region, sowie das damit verbundene Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung werden in einem Ausmass ansteigen, das eine Kapazitätserhöhung unserer

Verkehrsverbindungen sowohl beim ÖV als auch für den motorisierten Individualverkehr erfordern, die nur mit einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Erweiterung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur gewährleistet werden kann. In den aktuell in Horw eingegangenen Postulaten wird unter anderem gefordert, dass der Kreisel Mattenhof erhalten bleibt, keine Kapazitätsreduktion beim Knoten Mattenhof sowie auf der Ringstrasse weder für den MIV noch für den ÖV erfolgt. Weitere Lösungen zur Kapazitätserhöhung der Ringstrasse im Abschnitt Kreisel Mattenhof bis zum Kreisel Schlund ausgearbeitet werden. Allgemein anerkannt ist: der Knoten Mattenplatz ist und bleibt das leistungsbestimmende Element des Strassennetzes von LuzernSüd. Änderungen daran wirken sich folglich massiv auf Kriens und Horw aus. So ist die Ringstrasse nicht allein die wesentlichste Entlastungs-Achse für das Zentrum Horw. Gleiches gilt auch für die Krienser Quartiere rund um den Kreisel Mattenhof. Diesen Aspekt scheint der Stadtrat zu vernachlässigen. Persönlich ist Patrick Koch erstaunt, dass die einzelnen Kommunen in LuzernSüd in dieser Frage offenbar nicht konstruktiv zusammenarbeiten. Bereits ist in Horw von «Egoismus» der Nachbargemeinde die Rede. Es macht schon den Anschein, dass ohne Umsicht und Rücksicht auf die unmittelbar betroffene Gemeinde Horw geplant wird. Eine bessere Zusammenarbeit von Horw und Kriens muss doch nicht nur in diesem Punkt möglich sein. Aus allen diesen Gründen soll sich die Stadt Kriens zusammen mit der Nachbargemeinde Horw in einem konstruktiven Dialog mit dem Kanton für eine langfristige Lösung des Verkehrsbrennpunktes Mattenhof mit Kreisel einsetzen. Die Erstellung des Mattenhofkreisels war eine sehr kostspielige Angelegenheit und galt als Investition in die zukünftige Mobilität. Ein Rückbau nach kurzer Nutzungsdauer ist deshalb alles andere als nachhaltig, weshalb nach anderen Lösungen als dem Ersatz durch Kreuzung gesucht werden soll. Patrick Koch dankt für die Überweisung des vorliegenden Postulates, damit es weiterhin rund läuft.

Cyrill Zosso dankt dem Stadtrat für die Begründung von diesem Postulat. Die Grüne/glp-Fraktion empfiehlt ebenfalls, dass das Postulat nicht überwiesen wird. Der Stadtrat zeigt klar auf wo die Prioritäten liegen bei der Entwicklung vom Mattenplatz und wieso diese Entwicklung so vorgesehen ist. Der Mattenplatz wird ein Schlüsselpunkt übernehmen in einem neuen Lebensraum. Es geht um die Einhaltung vom regionalen Teilrichtplan und um die aktive Steuerung der Verkehrsflüsse. Die Expertise wird von der SVP in Zweifel gezogen um mit den eigenen Empfindungen dagegen zu halten. Cyrill Zosso ist sich nicht sicher mit wie viel Expertise die Empfindung der SVP unterlegt ist. Es geht aus seiner Sicht nur um die Ideologie und das empört Cyrill Zosso an dieser Mattenhof Geschichte. Der Kanton bläst nämlich auch in dieses Horn. Mit der Lichtsignalanlage möchte der Kanton eine Kapazitätserhöhung schaffen, um mehr Individualverkehr durchzubringen. Nun kommen noch die wenigen Horwer Politiker hinzu, welche aus purem Eigeninteresse vorschlagen, dass man durch Kriens auf Krienser Boden einen Tunnel oder eine Doppelstöckige Strasse möglichst direkt zu der Autobahn machen könnte. Dies nur damit der Verkehr nicht durch Horw geleitet wird. Darauf möchte sich Cyrill Zosso als Krienser nicht abstützen. Luzern Süd ist ein Entwicklungsgebiet, in welchen Qualität geschaffen werden muss. Die Grüne/glp-Fraktion empfiehlt die Ablehnung.

Beat Tanner dankt dem Postulat im Namen der FDP-Fraktion für den Vorstoss. Der Rückbau von Verkehrsbau zu Kreuzungen mit intelligenten Ampelsystemen sorgt für Aufsehen und vielerorts auch für Unverständnisse. Die Kreisel wurden Jahrelang hochgelobt und sollen nun für die Bevorzugung vom öffentlichen Verkehr rückgebaut werden. Eine Erstellung von Verkehrskreisel ist eine Kostspielige Angelegenheit und galt immer als eine Investition für die Zukunft. Ein Rückbau nach einer so kurzen Nutzungsdauer sei deshalb alles andere als Nachhaltig. Deshalb soll aus Sicht der FDP-Fraktion nach anderen Lösungen gesucht werden. Die Zunahme der Siedlungsdichte in der Region und der damit verbundenen Mobilitätsbedürfnisse, werden in ein Ausmass steigen, welches Kapazitätserhöhung im ÖV sowie auch im MIV erfordert. Das kann nur mit nachhaltigen, intelligenten und ressourcenschonenden Erweiterungen oder den vorhandenen Verkehrswegen gewährleistet werden. Der Kreisel Mattenhof soll aus Sicht der FDP-Fraktion erhalten bleiben. Es sollen Machbarkeitsstudien gemacht werden, wie eine effiziente Abwicklung vom Verkehr auf der Ringstrasse und im Abschnitt Kreisel-Mattenhof, erfolgen kann. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die Überweisung vom Postulat.

Gemäss Bienz Viktor werden in der Begründung vom Stadtrat die vielen Vorteile der vom Kanton geplanten Verkehrsführungen aufgezeigt. Der Kanton möchte klare Vorteile mit der Busbevorzugung erreichen. Mit der Lichtsignalanlage wird man die Anbindung an die Autobahn besser steuern können. Um den Mattenplatz wirklich zu beruhigen und attraktiver zu gestalten, wäre aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion eine Tieferlegung vom Durchgangsverkehr notwendig. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion stimmt dem Postulat nicht zu, denn sie finden es nicht der richtige Weg.

Gemäss Michael Portmann empfiehlt die SP-Fraktion ebenfalls die Ablehnung dieses Postulats. Das hat drei Gründe. Die SP beobachtet, dass seit 10 Jahren um den Kreisel am Mattenhof neue, über 50 Meter hohe Gebäude aus dem Boden wachsen. Die Mobimo-Überbauung gibt die Richtung vor. Das Erdgeschoss der Mobimo-Gebäude ist konsequent für Gewerbenutzungen reserviert. Am verkehrsreichen Kreisel sind auch in den anderen Geschossen beinahe ausschliesslich Büronutzungen realisiert. Bereits heute ist sichtbar, dass die Gewerbenutzungen nahe am Kreisel leer stehen, weil vor dem Eingang prinzipiell nur Autos kreisen. Das ist mehr als unattraktiv und bleibt so, wenn der Kreisel erhalten bleibt. Wenn man nach den Gründen für die beobachtete Verdichtung am Mattenhof sucht, wird man rasch fündig. Das Erfolgsrezept des Kantons Luzern braucht Wachstum. Deshalb hat er den überregionalen Entwicklungsträger LuzernPlus geschaffen und deshalb wird das Gebiet am Mattenhof zum neuen Zentrum der Stadt Kriens umfunktioniert. Die Stadtentwicklerinnen und Stadtentwickler wissen heute, dass ein Zentrum nur funktioniert, wenn es einen zentralen Platz hat. Das Problem unfreundlicher Enteignungen wurde vermieden, indem die Fläche des Kreisels zu einem neuen, zentralen Mattenplatz umfunktioniert wurde. Grundlage war der Befund von Kanton und Astra vor etwas mehr als drei Jahren, dass am Mattenplatz der Verkehr mit einer Kreuzung besser fliesst als mit einem Kreisel. Selbst der Mehrverkehr vom Bypass ist drin. Und alles abgesichert mit Machbarkeitsstudien. Und weil eine Kreuzung weniger Fläche braucht als ein Kreisel war auch der hohe Verdichtungsgrad ums neue Zentrum Mattenplatz legitimiert. Nebenbei wurde der Bevölkerung ein Mattenplatz mit Aufenthaltsqualität als Ausgleich für die vielen Hochhäuser versprochen. Niemanden enteignen und gleichzeitig einen neuen Platz gestalten. Eine echte Win-Win-Situation. Und nun droht die SVP ausgerechnet das Herz des neuen Zentrums herauszureissen und damit auch allen Bauherrschaften rund um den Mattenplatz ihre Planungssicherheit zu vernichten. Das sei völlig falsch. Das Postulat zielt ausschliesslich auf den Kanton Luzern. Er wird dafür kritisiert, dass er Kreisel in Kreuzungen umwandeln wolle. Mit Sursee und Kriens wird versucht, die Planung in den K5-Gemeinden in Frage zu stellen, obwohl Sursee gar keine K5-Gemeinde ist. Wo ist denn der Nutzen für die Stadt Kriens, wenn die Stadt Kriens sich beim Kanton für die SVP gegen das Umwandeln von Kreiseln in Kreuzungen wehrt? Warum soll die Stadt Kriens für die SVP kantonale Verkehrspolitik betreiben? Ist es richtig die kommunalen Steuerfranken für Untersuchungen auf Ebene Kanton auszugeben, während die Stadt Kriens wie heute Morgen die Investitionen kürzt? Für die SP-Fraktion ist klar, dass sie als Minderheit im Parlament den Verdichtungshunger LuzernSüd der Mehrheit hier im Rat mittragen. Mit der Ringstrasse als Entlastungsstrasse fürs Horwer Zentrum und dem Bahnübergangs-Deal hat die Stadt Kriens für Horw bereits sehr viel gegeben. Deswegen fordert die SP-Fraktion klar und deutlich ein, dass der Mattenplatz zu einem Platz mit Aufenthaltsqualität wird und dies auch in Horw so akzeptiert wird. Deshalb empfehlen sie wie der Stadtrat die Ablehnung dieses Postulats und stützen damit die Haltung des Stadtrats. Und für dessen klare Haltung dankt die SP-Fraktion.

Bruno Amrhein konnte in der Zeitung lesen, wie der Regierungsrat im Kanton Luzern die Mobilität neu erfinden möchte. Verkehr soll vermieden, verlagert, vernetzt und verträglich gestaltet werden. Im Mattenhof fängt man nun beim vierten an, ob dies dann verträglich ist, sei dann die Frage. Wenn man das Regelwerk LuzernSüd betrachtet, kann man auf Seite neun lesen, dass die Entwicklung von LuzernSüd ohne Ausbau vom Verkehrsnetz erfolgen soll. Es steht auch, dass die Mobilitätsbedürfnisse durch Velo, ÖV und Fussverkehr abgedeckt werden müssen. Bruno Amrhein kann sich an die Diskussion betreffend den Hochhäuser erinnern, als gesagt wurde, dass kein Mehrverkehr entstehen werde.

Kriens hat ja schliesslich den Velo Highway und die S-Bahn und zwei Jahre später kommt der Regierungsrat und sagt, dass es jedes Jahr zwei Prozent mehr Verkehr geben wird. Der Vorschlag vom Regierungsrat ist für Bruno Amrhein keine Lösung. Man soll nochmal über die Bücher um eine gute Lösung zu finden und in der Zwischenzeit kann der Kreisel bleiben.

Maurus Frey hat eine Verkehrstechnisch fundierte Analyse vom Postulant gehört, jedoch muss sich der Einwohnerrat bei der Betrachtung vom Problem und der Suche nach der Lösung zwei, drei Ebenen nach oben begeben. Maurus Frey ist überrascht, wie überrascht die Einwohnerratsmitglieder sind. Wenn man in die Geschäfte vom Einwohnerrat geht sieht man den B+A Nr. 089/2014, den B+A Nr. 255/2016 und den B+A Nr. 167/2018 und in all diesen Planungswerken wurde auf die Veränderung auf dem Mattenplatz hingewiesen. Es wurde überall erklärt, dass Kriens ein extremes Wachstum erlebt im Mattenhof. Es sei ein Wachstum, welches zu der Strategie von Kriens gehört, um Mehrreinnahmen zu ermöglichen. Es geht nun darum das Wachstum zu bewältigen. Es sollen Lebensqualitäten, Wohnqualitäten aber auch Verkehrsqualitäten sichergestellt werden. Es geht nicht darum Verkehrsqualitäten zu steigern, sondern nur darum die Verkehrsqualitäten zu sichern. Es werde moniert, dass die Koordination mit Horw nicht stattfindet und das sei nicht zutreffend. Kriens und Horw haben sich intensiv ausgetauscht und man kann deshalb auch in der Begründung vom Gemeinderat in Horw an sein Parlament die gleichen Antworten lesen wie hier. Das Gebiet wird zusammen mit Horw, der Stadt Luzern und dem Kanton entwickelt. Maurus Frey findet es etwas nervend, dass Kriens hier auf kommunaler Ebene eine Stellvertreter Diskussion führt, welche in Sursee seinen Ursprung genommen haben. Es sei zu hoffen, dass solche Übungen mit einer besseren Abstimmung mit dem Kanton in Zukunft vermieden werden können. Es soll nochmal gesagt werden, dass der Einwohnerrat informiert ist und sich bewusst sein soll, dass Lebensraum für Krienserinnen und Krienser geschaffen wird. Früher war da eine grüne Wiese mit Kühen drauf und bald leben dort über 3'000 neue Krienserinnen und Krienser. Für diese Krienserinnen und Krienser muss der Lebensraum lebenswert gemacht werden, denn diese Leute kommen nicht nur um den Steuerzettel auszufüllen nach Kriens. Die Anbindung der Industriestrasse ist ein Teil vom kantonalen Strassenbauprogramm. Das hat sich von der ersten zur zweiten Version geändert und das wird beim Kantonsrat so beantragt. Das ist eine Folge daraus, dass sich die Stadt Kriens entsprechend eingesetzt hat. Es geht darum Kapazitäten langfristig zu erhalten, dass Kriens weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten hat. Die unheilige Allianz von einer fundamentalen Wachstumskritik soll kein Hindernis sein, dass viele Krienserinnen und Krienser einen lebenswerten Lebensraum erhalten.

Patrick Koch glaubt, dass es sehr wichtig ist, dass Kriens und Horw hier die Köpfe zusammenstreckt. Es geht nicht nur um den Mattenhofkreisel, sondern auch um die Ringstrasse und den Schlundkreisel. Patrick Koch passt deshalb seine Forderung vom Postulat wie folgt an: «Die Stadt Kriens soll sich mit der Nachbargemeinde Horw in einem konstruktiven Dialog mit dem Kanton für eine langfristige und nachhaltige Lösung, der Verkehrsbrennpunkte Mattenhof und Ringstrasse einsetzen. Der Mattenhofkreisel soll dabei eine Option bleiben».

Cyrill Zosso findet die abgeschwächte Version durchaus diskussionswürdig, jedoch hat er das Gefühl, dass ein Teil dieser Fragen auch in seiner Interpellation aufgegriffen wird. Der Stadtrat hat auch in der Begründung bereits einige dieser Fragen aufgegriffen. Die Zusammenarbeit mit Horw und dem Kanton findet statt. Es sein nun die Frage, ob Kriens weiterhin versuchen möchte Kantonspolitik zu machen und probiert am Kantonsstrassennetz herumzuschrauben. Der Prozess vom Kanton ist bereits so weit fortgeschritten, dass das Projekt mit den Partnern bereits ausgearbeitet wurde. Cyrill Zosso ist deshalb weiterhin für die Ablehnung.

Michael Portmann vertraut dem Stadtrat, dass er wie gesagt in einem intensiven Austausch mit LuzernPlus ist. Wenn der Einwohnerrat dem Postulat nun zustimmt, bedeutet dies lediglich, dass noch jemand aus der Verwaltung einen Bericht dazu schreiben muss. Dies sei nicht notwendig und deshalb ist Michael Portmann für Ablehnung vom Postulat

Patrick Koch findet es wäre vom Interesse von allen, wenn der Vorschlag so zur Abstimmung kommen kann. Die Horwer sind nicht glücklich mit der aktuellen Situation und deshalb muss nochmal miteinander gesprochen werden. Dies wäre ein guter Beitrag für eine gute Nachbarschaft.

Abstimmung über die Ablehnung vom Postulat Koch: Mattenhofkreisel soll Kreisel bleiben – damit es weiterhin rund läuft

Das Postulat wird mit 16:11 Stimmen abgelehnt.

17. Velo- und Fussgängerfreundliche Baustellen-Signalisation in Kriens

Cyrill Zosso dankt dem Stadtrat für den Bericht und die Ausführungen zu der Baustellensicherung und der Verkehrsführung, wenn die Strassen aufgerissen werden. Der Bericht zeigt auf, dass Kriens viele Baustellen hat. Es sei deshalb immer eine Herausforderung, dass der Verkehrsfluss nicht gestört wird. Die Ausführungen lassen die Grüne/glp-Fraktion spüren, dass es dem Stadtrat ein Anliegen ist, dass der Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer gewährleistet ist. Die Grüne/glp-Fraktion vermisst in diesem Bericht jedoch die Beantwortung der Kernfrage. Die Frage war nach höheren Priorisierung und nach Massnahmen wie man an das Ziel kommt, dass der Fuss- und Fahrradverkehr bei Baustellen bessergestellt werden kann. Entweder ging es vergessen oder der Stadtrat erachtet es als nicht notwendig, dass dies höher priorisiert wird. Cyrill Zosso dankt dem Stadtrat, wenn er dazu noch zwei drei Ausführungen machen könnte.

Gemäss Hans Fluder ist das aus Sicht der SVP-Fraktion nicht die Aufgabe der Stadt Kriens, Baustellen zu sichern, sondern die des Bauherrn. Die Signalisation sei so aufzustellen, dass Velo, Rollstuhlfahrer und Fussgänger gefahrenlos die Baustellen begehen können. Bei Aushubarbeiten oder grösseren Anlieferungen kommt es zu starkem Verkehrsaufkommen. In dieser Zeit muss der Bauherr eine Sicherheitsfirma aufbieten, die den Verkehr leiten muss, so dass der Fussgänger, der Rollstuhlfahrer, der Velofahrer und der Autofahrer hindernisfrei die Baustelle passieren kann. Der Kanton Nidwalden löst dieses Problem sehr gut. Im ganzen Kanton werden die Bushaltestellen behindertengerecht gemacht. Das Baugeschäft, welches die Steinsockel montiert und asphaltiert, sowie die Firma, die die Malerarbeiten auf dem Boden ausführen sind verantwortlich, dass eine Sicherheitsfirma in dieser Zeit den Verkehr regelt. Nimmt diese Arbeit längere Zeit in Anspruch, wird mit einer Verkehrsampel der Verkehr geführt. Solche Firmen gibt es einige, die in solchen Situationen geschultes Personal zur Verfügung stellen können. Diese Firmen kann man auch Stundenweise aufbieten. Bei Fragen stehe Hans Fluder gerne bereit, um Auskunft zu geben.

Bruno Purtschert dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für den Bericht zu diesem Postulat. Die Anzahl Baustellen in Kriens sei tatsächlich sehr eindrücklich. Jeder Arbeitstag gibt es eine neue Baustelle. Aufgrund der Antwort hat Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion den Eindruck erhalten, dass sich der Stadtrat den Gefahren von den Baustellen bewusst ist. Ein gewisser Teil der Baustellen wird auch überwacht. Der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist klar, dass die Stadt Kriens nicht alle Baustellen überwachen kann, wenn man die grosse Anzahl an Baustellen sieht. Der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass wenn jemand aus der Bevölkerung eine Meldung macht, soll dem nachgegangen werden.

Reto Felber bedankt sich im Namen der SP-Fraktion beim Postulant für den Vorstoss und beim Stadtrat für den Bericht. Der Bericht hat sehr viel Text und ein Satz zeigt deutlich auf, wo das Problem liegt.

Dieser Satz befindet sich auf der Seite drei ziemlich weit unten, Reto Felber zitiert: «Es ist aus Gründen der personellen Ressourcen und weiteren Aufgaben der Verkehrsfachleute nicht möglich, jederzeit sämtliche Baustellen zu überprüfen». Die SP-Fraktion stellt hier einen Mangel an Ressourcen aber keine Verbesserungsmassnahmen fest. Gemäss der VSS Norm, muss die zuständige Behörde die Aufsicht von der Signalisation und allen weiteren relevanten Sicherheitsvorkehrungen durchführen. Wird aufgrund von Personalmangel auf diese Kontrolle verzichtet? Dies würde bedeuten, dass die Stadt Kriens ihre gesetzlichen Verpflichtungen nicht vollkommen wahrnimmt. Reto Felber erlaubt sich die beiden folgenoffenen Fragen. Wer haftet im Schadensfall, wenn die Kontrolle nicht richtig durchgeführt wurde? Ist die Situation nicht vergleichbar mit der Sicherheitsargumentation, welche bei der Schlittel Piste Krienseregg – Kriens ins Feld geführt wurde?

Gemäss Maurus Frey muss bei einer Baustelle der bisherige Verkehrsfluss weiterhin stattfinden. Es ist nicht immer möglich die Gleichen Kapazitäten beizubehalten, wie zum Beispiel bei einer Spurverengung. Das Ziel ist es, den aktuell dominierenden Verkehrsfluss sicherzustellen. Dies sieht man am Beispiel beim Eichhof, denn da sind die Velofahrer mit 4'000 Fahrten in beide Richtungen die dominanten Verkehrsteilnehmer und wurden deshalb auch bevorzugt. Hans Fluder hat dies richtig gesagt, denn es ist nicht die Aufgabe der Stadt die Signalisation zu installieren. Dies liegt in der Verantwortung vom Bauherr. Es wurde jedoch auch richtig festgestellt, dass es die Aufgabe der Stadt ist, im Rahmen der Baubewilligungsverfahren die Sicherheit zu überprüfen beziehungsweise bei einer Baukontrolle zu kontrollieren. Wenn moniert wird, dass Gesetze nicht eingehalten werden, dann sollen die Einwohnerratsmitglieder sich diese Bemerkung aufschreiben für die nächste Budgetdiskussion in einem Jahr um dort eine Stellenerhöhung zu beantragen.

18. Postulat Kobi Weniger Schottergärten mehr Grünflächen in Kriens

Peter Stofer vertritt der abwesende Postulant Tomas Kobi. Schottergärten sind ohne Zweifel lieblos und sie geben eine schlechte Visitenkarte für Kriens ab. Das ist aber nicht der Punkt. Sie bergen eine Reihe ökologischer Probleme. Die Grüne/glp-Fraktion lehnt sie aus folgenden Gründen ab: Schottergärten heizen das Mikroklima an, am Tag werden sie bis 70°C heiss, in der Nacht speichern sie die Wärme und behindern so das Abkühlen. Schottergärten sind lebensfeindliche Wüsten, schlecht für die Artenvielfalt. Die Wasserretention ist nicht gewährleistet, das Regenwasser fliesst unterhalb des Schotters ab und wird nicht zurückgehalten. So gesehen widersprechen sie sogar dem Bau und Zonenreglement. Die Steine vermoosen nach wenigen Jahren. Oft werden illegal Pestizide eingesetzt die nicht gebunden werden und in die Gewässer gelangen. Der Postulant und mit ihm die Grüne/glp-Fraktion bittet den Einwohnerrat, den Vorstoss zu überweisen.

Martin Zellweger findet eine Stadt, welche in einem Millionen-schweren Projekt einen neuen, grossen, zentralen Stadtplatz komplett zu-teert lediglich um einmal im Jahr eine Putschautobahn aufzustellen, eine Stadt, die einen zentralen Hof im Kulturzentrum Schappe Süd als Teerplatz konzipiert und alte Paletten aufstellen lassen muss, damit wenigstens ein bisschen grün vorhanden ist – eine solche Stadt muss ihm an der grünen Peripherie nicht vorschreiben, ob er in seinem grünen Garten einen Steingarten mache oder nicht. Der Stadtrat weiss gemäss dem Titel seiner Antwort nicht, ob er zustimmen oder ablehnen will. Die SVP Fraktion weiss es: Ablehnen.

Ivo Durrer dankt dem Stadtrat im Namen der FDP-Fraktion für die ausführliche Begründung. Die FDP-Fraktion ist etwas erstaunt, dass der Stadtrat dieses Postulat entgegennehmen möchte. Da es in diesem Postulat hauptsächlich um die Gartengestaltung geht, ist die FDP der Auffassung, dass dies keinen Bericht benötigt, da das Ganze bereits im Bau- und Zonenreglement geregelt ist. Wenn die Postulanten eine Änderung möchten, müssten sie das Bau- und Zonenreglement ändern um den Insekten einen neuen Lebensraum zu gewähren. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Gemäss Andreas Vonesch gibt es bessere Alternativen als die Gärten des Grauens. Der Stadtrat ist bereit dem Einwohnerrat aufzuzeigen, wie man dem Trend entgegenwirken könnte. Das heisst nicht, dass der Stadtrat Vorschriften macht, sondern er möchte aufzeigen welche Massnahmen gemacht werden könnten um die Schottergärten zu vermeiden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion unterstützt die Überweisung von diesem Postulat.

Cedric Seger pflichtet Martin Zellweger bei, dass es nicht sein kann, dass so grosse Plätze wie der Stadtplatz zugeteert werden. Wenn man jedoch dieser Denkweise folgt, bedeutet dies, dass man einen permanenten Status Quo hat. Man trifft Entscheidungen und macht alles Nachfolgende aufgrund von diesen Entscheidungen genau gleich. Das möchte die SP-Fraktion nicht. Man soll doch aus Fehlern lernen und das war ganz klar ein Fehler. Das Postulat ist ein Weg dazu, eine gewisse Denkweise zu definieren. Peter Stofer hat aufgezeigt, wieso Schottergärten prekär für das Klima sind. Es gibt auch Alternativen wie zum Beispiel die sogenannten Ruderalflächen, welche ebenfalls aus verschiedenen Schottersteinen bestehen, jedoch mit dem Unterschied, dass unten kein Fliess verlegt wird. Die Krienser Bevölkerung soll für das Problem von Schottergärten sensibilisiert werden. Der Umweltbericht sagt auch, dass ein grosser Wahrnehmungsgap besteht, was Biodiversität angeht. Viele Schweizerinnen und Schweizer haben das Gefühl, dass die Schweiz eine gute Biodiversität hat. Deshalb verhalten sich die Bürgerinnen und Bürger auch nicht so, dass das Problem angegangen werden kann. Es sei deshalb wichtig, dass die Stadt Kriens die Bevölkerung aktiv darauf aufmerksam macht.

Maurus Frey dankt für die Bemerkungen vom Einwohnerrat, welche durchaus angebracht sind. «Wer frei von Sünden ist, soll den ersten Stein werfen» oder «Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen». Die Sensibilität von der Stadt Kriens gegenüber dieser Problematik wurde treffend dargelegt, dass soll jedoch kein Grund sein, sich diesem Thema nicht anzunehmen. Es ist gemäss Maurus Frey, welches die Aufmerksamkeit verdient. Die Aufmerksamkeit für die Lösungssuche, dies heisst jedoch nicht, dass die Lösung eine neue gesetzliche Bestimmung ist. Es wäre durchaus möglich, dass die Lösung durch eine Sensibilisierung gefunden werden kann. Der Stadtrat gedenkt diese Fragestellung aufzunehmen und im Rahmen von der Ortsplanungsrevision aufzuzeigen, wie man das Problem lösen kann. Es gibt die eine Variante über Verbote und gesetzliche Bestimmungen und auf der anderen Seite können positive Anreize für naturnahe Gärten geschaffen werden. Maurus Frey dankt für die Überweisung von diesem Postulat.

Abstimmung Postulat Kobi: Weniger Schottergärten mehr Grünflächen in Kriens

Postulat wird mit 17:10 Stimmen Überwiesen

19. Motion Portmann: Quartierentwicklungsbericht für alle Krienser Quartiere

Michael Portmann findet in der ablehnenden Begründung des Stadtrats tönt alles ganz gut. Leider wird nach der Lektüre des Budgets 2023 aber auch sichtbar, dass die Stadtentwicklung in Kriens alle ihre Berichte einkauft. Wie sonst kann eine 10-20 % Stelle überhaupt eine Stadt mit knapp 30'000 Menschen entwickeln? Und eigentlich basiert die Ablehnung nur darauf, dass es schlicht niemanden gibt, der Zeit hat diesen Bericht zu schreiben. Noch mehr Geld ausgegeben an Externe für den Bericht ist auch nicht drin. Wer also hätte Knowhow und Zeit, um den Bericht zu schreiben? Aktuell niemand. Und da fragt sich Michael Portmann, wofür Kriens eine Quartier- und Stadtentwicklung im Leistungsauftrag der Präsidialdienste hat? Und wenn Michael Portmann schon dabei ist, hat er folgende vier Fragen zur Stadtentwicklung: Welche rechtlichen Grundlagen hat eigentlich die Stadtentwicklung in einer Stadt wie Kriens? Der Befund ist: Der Bund hat die Verdichtung der Siedlungen mit zwei Konzepten geregelt: Das sind einmal das Konzept nachhaltige Quartiere Schweiz und einmal das Raumkonzept Schweiz.

Im Regelwerk für den Bereich LuzernSüd fliesst dies ein und mit einem sozialräumlichen Konzept untermauert. Ziel ist immer die Verdichtung in den Quartier verträglich zu gestalten. Macht es Sinn rechtliche Grundlagen, aber keinen Kostenträger Quartier- und Stadtentwicklung zu haben? Nein. Das zeigt auch der Blick in andere Städte in der Schweiz. In keiner anderen Stadt versucht die Stadtentwicklung die Arbeit aller anderen Abteilungen anzuzapfen, damit sie ihre Arbeit mit einer 10-20 % Stelle machen kann. Alle anderen pflegen ihre Stadt mit einer eigenen mehrköpfigen Stadtentwicklung, die selbst Knowhow entwickeln und Konzepte umsetzen kann. Das ist eh kostengünstiger als extern einkaufen. Wie werden die Gelder der Stadtentwicklung aktuell verwendet? Alles fliesst in den Bypass. Insgesamt fließen rund Fr. 200'000.00 in die Testplanung für die Überdachung der Autobahn ein und ob das klappt ist ungewiss. Wie viele Quartiere hat Kriens? 8 oder 21? Im Moment pflegt die Stadt Kriens zwei unterschiedliche Quartiereinteilungen. Ein Konzept ist keines sichtbar. Wo ist was in welchem Quartier? Wie gross sind sie? Und viele andere Fragen bleiben unbeantwortet. Und das ist der Grund, warum Michael Portmann gerne wissen möchte, wo in welchem Quartier was ist. Viele Stadtentwicklungen haben als erstes damit begonnen, darzustellen, was wo ist. Wie viele Kita's gibt es in Kriens? Wo sind sie? Was ist ihre Spezialität? Und schon will das BKD für die frühe Sprachförderung wissen wie viele Plätze da sind und Eltern sind neugierig, was es mit der spanisch sprachigen Kita beim Eichhof auf sich hat und ob noch Plätze frei sind. Das ist Quartier- und Stadtentwicklung. Wissen für die Krienserinnen und Krienser bereitstellen und sie vernetzen. Und dazu braucht es als erstes einen Start. Deshalb wäre Michael Portmann froh, wenn der Einwohnerrat seine Motion unterstützen würde, damit der Stadtrat auch diese wichtige Arbeit anpacken kann. Ein Postulat mit Prüfauftrag, ob der Bericht sinnvoll sei, macht wenig Sinn. Eine Interpellation wohl eher, aber wenn da ja niemand ist, der Zeit und Ressourcen hat, um zu antworten, wäre das unfair. So betrachtet, beinhaltet eine Überweisung seiner Motion eigentlich auch den Auftrag zur befristeten Stellenaufstockung und ist damit grundehrlich.

Laut Peter Stofer ist die Grüne/glp-Fraktion der Ansicht, dass als Grundlage für die laufende Ortsplanungsrevision eine Quartieranalyse notwendig ist. Schliesslich muss man vertieft wissen, wo die Stärken und vor allem die Defizite der einzelnen Quartiere sind. Wie ist die Versorgungssituation des Quartiers im Vergleich zur Gesamtstadt? (z.B. Läden, Schule, Kinderkrippen, Spielplätze, Freiflächen, Treffpunkte usw.). Wie hat sich das Quartier in den letzten Jahren soziodemografisch und ökonomisch entwickelt? (z.B. Alters- und Sozialstruktur, Arbeitsplatzentwicklung, Einkommensentwicklung). Wie ist die städtebauliche Ausgangslage? (z.B. Innenentwicklungspotenzial, Eigentümerstruktur, Freiraumstruktur, Gebäudetypen und Gebäudealter, Leerstände). Wie stellt sich die Verkehrssituation dar? (z.B.: Sicherheit, Durchgangsverkehr, Erschliessung MIV und ÖV, Fuss- / Veloverkehrsnetze, Lärmbelastung). Welche Investitionsprojekte der öffentlichen Hand und Privater sind im Projektperimeter geplant? (z.B.: Verkehr, öffentlicher Raum, Immobilien). Der Stadtrat lehnt die Motion mit der Begründung ab, das Präsidialdepartement habe bereits die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes STEK und eines ROK gestartet. Und, die Quartierentwicklung sei ein Bestandteil des STEK. Ist das Stadtentwicklungskonzept STEK nun der Quartierentwicklungsbericht, welcher der Motionär fordert? Falls ja, kann die Motion tatsächlich abgelehnt werden. Sie rennt offene Türen ein. Falls nein, wäre der Zeitpunkt da, die Arbeiten so zu steuern, dass sie für die Ortsplanungsrevision grösstmöglichen Nutzen bringen kann.

Martin Zellweger findet es Hervorragend. Gerade eben hat der Einwohnerrat ein Budget verabschiedet, welches Disziplin verlangt und jetzt legt der Einwohnerrat schon wieder die erste Motion auf, welche Geld kostet, für etwas das bereits in Umsetzung ist. Der Motionär hätte hier die Gelegenheit der Stadtverwaltung nicht noch zusätzliche Mehrarbeit aufzubürden. Mit dieser Motion wird etwas verlangt, dass schon in Umsetzung ist. Es ist bereits Teil eines gesamten Stadtentwicklungskonzeptes und soll nicht durch einen einzelnen politischen Vorstoss wieder aufgestückelt werden. Das Konzept wurde bei uns in der KFG umfassend vorgestellt und der Einwohnerrat ist bestens über das Vorgehen informiert. Mit der Ablehnung der Überweisung dieser Motion verzichtet die SVP darauf die laufenden Arbeiten zu komplizieren und teurer zu gestalten indem quasi vorgeschrieben wird, welches Kapitel des Konzepts

in welcher Reihenfolge zu schreiben wäre. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats auf Ablehnung, da bereits adressiert.

Marco Meier schliesst sich dem Vorredner an. Der Stadtrat hat in der Beantwortung aufgezeigt, dass die Stadtentwicklung in Erarbeitung ist und eine Ortsplanung überarbeitet wird, welche dann im übergeordneten Ziel vom Postulant Rechnung tragen wird. Der angeforderte Bericht ist sehr umfassend und schiesst aus der Sicht der FDP-Fraktion über das Ziel hinaus. Es hat schon fast etwas von einer eierlegenden Wollmilchsau, welche hier gefordert wird. Die FDP-Fraktion wird der Empfehlung vom Stadtrat folgen und die Motion ablehnen.

Gemäss Beda Lengwiler schliesst sich Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion der Begründung vom Stadtrat an. Die Stadt ist bereits daran ein Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten und die Ortsplanung wird überarbeitet. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion möchte nicht, dass noch ein Bericht erstellt werden muss, welcher noch zusätzlichen Aufwand gibt.

Laut Christine Kaufmann-Wolf verlangt die vorliegende Motion unter anderem eine zukunftsorientierte Stadt- und Quartierentwicklung mit einem Bericht und einer Analyse in den einzelnen Quartieren. Wieso lehnt der Stadtrat diese ab? Dies sei ganz einfach, weil die Stadt aktuell an der Aufgleisung der Stadtentwicklung ist. Die Stadtentwicklung beschäftigt sich mit der Frage, wie die Stadt Kriens von morgen aussehen soll. Dabei wird bei der Stadtentwicklung die räumlichen, ökologischen und ökonomischen aber auch sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Belangen betrachtet. Aktuell ist die Stadt Kriens am finish des Stadtentwicklungskonzepts. Mit der Stadtentwicklung STEK sollen die Potentiale der Stadt Kriens erkannt und dazu die entsprechenden Strategien entwickelt werden, um diese dann zu stärken und zu entfalten. Mit einer interdisziplinären, integrierten und zukunftsgerichteter Herangehensweise wird die Entwicklung im Ganzen miteinbezogen. Die Bevölkerung und die Anspruchsgruppen werden mit partizipativen Prozessen beteiligt. Das sei dem Stadtrat sehr wichtig. Im Legislativprogramm steht unter anderem: «Austausch mit den Quartiervereinen und Anspruchsgruppen in den Quartieren fördern». Es steht ebenfalls: «Die Stek schafft neue Qualitäten und identitätsstiftende Quartiere». Das sind einzelne Punkte, welche der Stadtrat berücksichtigen wird. Der Motionär hat nun einen riesen Fragebogen auferlegt, welcher die Stadtpräsidentin nicht seriös aus dem Ärmel schütteln kann. Dies wäre allenfalls eine Interpellation selbst. Der Stadtrat möchte hier noch den Hinweis machen, dass heute das Budget verabschiedet wurde und da hat der Einwohnerrat gesehen, wie viele Personen die Stadt Kriens hat. Es kann also nicht zwei Stunden später eine neue Stelle geschaffen werden. Wenn der Hinweis kommt, dass Kriens eine externe Beratung kauft, sei dies nicht abschliessend korrekt. Die Stadt holt sich Unterstützung für gewisse Themen, wie zum Beispiel der Wohnkalkulator oder Kommunikationsbegleitung. Die Stadt Kriens hat einen Stadtentwickler im Haus, welcher grosse Erfahrung hat. Die Stadt Kriens ist jedoch mit der Mitarbeiteranzahl sehr tief. Der Motionär hat gesagt, dass es günstiger wäre Mitarbeiter dafür einzustellen. Die Stadt Kriens kann jedoch nicht nur für ein Projekt Leute einstellen. Christine Kaufmann-Wolf holt sich lieber eine externe Unterstützung für eine gewisse Phase und wenn das Projekt fertig ist, ist auch das Mandat fertig. Auf Wunsch vom Motionär wird die wichtigste gesetzliche Grundlage in den AFP aufgenommen. Dem Stadtrat ist es sehr wichtig, dass sie mit der Stadtentwicklung eine gute Arbeit machen. Die Stadt Kriens soll in Zukunft eine Perle in der Agglomeration sein und wenn die Stadtentwicklung richtig angegangen wird, besteht die Chance diese Ziel umzusetzen.

Abtimmung über Motion: Quartierentwicklungsbericht für alle Krienser Quartiere

Motion wird mit 16:11 Stimmen abgelehnt

Raoul Niederberger hat der Zeitung entnommen, dass die Sanierung von der Rengglochstrasse aufgrund von einem Gerichtsverfahren Verzögerungen hat. Hat sich die Stadt Kriens mit den Auswirkungen für die Stadt Kriens von dieser Verzögerung auseinandergesetzt?

Maurus Frey dankt für die Frage. Die Verzögerung hat einen Einfluss auf die untere Phase der K4 Sanierung der Obernauerstrasse. Es wird auch Auswirkungen auf die Koordination der Sanierung Hergiswaldstrasse haben. Ebenfalls wird es auch auf die Krienbachsanierungen eine Auswirkung haben.

Hans Fluder hat festgestellt, dass im Obernau Tafeln «entdecke Obernau» auf massiven Sockeln stehen. Wer hat diese aufgestellt und finanziert?

Gemäss Marco Frauenknecht wurden die Stehlen vom Quartierverein Obernau aufgestellt. Dies geht zurück auf den Industrie- und Kulturweg im Obernau. Es wurde auch ein Baugesuch dafür eingereicht und bewilligt. Die Eröffnung findet dieses Wochenende statt.

Beat Tanner hat gelesen, dass das Kantonsgericht eine Beschwerde von verschiedenen Gemeinden gegen den Regierungsrat gutgeheissen hat. Das Gericht hat festgestellt, dass der Regierungsrat das falsche Recht angewendet hat und muss nun den Finanzausgleich 2020 neu berechnen. Was hat dies für Auswirkungen auf die Stadt Kriens?

Marco Frauenknecht klärt diese Frage ab.

Ergänzung Protokollführer: Dieser Entscheid trifft Kriens nicht. Der Entscheid betrifft nur diejenigen Gemeinden, welche Einsprache erhoben; 5 fochten diesen Entscheid an: Neben der Stadt Luzern die Gemeinden Dierikon, Eich, Meggen und Schenkon. Es wurde insbesondere die Vorwirkung gerügt; mit dem AFR18 wurde ein politischer Kompromiss gefunden – dieser politische Entscheid war bei der Verfügung noch nicht Rechtskraft erwachsen. Übrigens: Der Härte-Ausgleich ist noch pendent vor Bundesgericht. Quelle für diese Information: Telefon zwischen Roger Erni & Thomas Keist, Bereichsleiter Finanzaufsicht Gemeinden, Kanton Luzern

Gemäss Bruno Purtschert kann man am freien Markt einkaufen, wenn man mehr als 100'000 kW Energie bezieht. Macht das die Stadt Kriens und welche Preissteigerungen müssen aktuell in den Kauf genommen werden?

Laut Maurus Frey bezieht die Stadt Kriens die Energie vom freien Markt und es wird höhere Preise geben. Die Mehrausgaben sind im Budget berücksichtigt.

Schluss

Räto Camenisch hat zusammen mit der Geschäftsleitung beschlossen, dass die Ersatzsitzung vom 24. November 2022 nicht stattfinden wird.

Die nächste Sitzung findet somit am 15. Dezember 2022 statt.

Der Einwohnerratspräsident dankt allen für ihre Mitarbeit und wünsch einen schönen Abend.

Die Sitzung schliesst um 18:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

Räto Camenisch

Der Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Des Protokollführers

Sascha Frevel